

# die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION

# **DIE KAPITALISTISCHE WIRTSCHAFT VERSINKT IM CHAOS**

## INHALT

### die internationale

#### #Aufstehen

**#Aufstehen – Spaltpilz oder Chance?**, Michael Schilwa und Friedrich Dorn ..... 3

**Aufstehen – wofür?** Jakob Schäfer ..... 8

**Resolution des AKL-Länderrats** ..... 13

#### Österreich

**Hinter dem Paravent**, Kurt Hofmann ..... 15

#### Geschichte

**Revolution in Deutschland**, Fernand Charlier ..... 19

#### Buchbesprechung

**„Der Mann hinter der Novemberrevolution“**, Johann-Friedrich Anders ..... 25

### inprekorr

#### Slowenien

**Gegen Janša, gegen Brüssel**, Tonja Jerele u. a. .... 28

#### Ökologie

**Auf dem Weg zum Nulltarif im Nahverkehr?** Lukasz Ługowski ..... 33

#### China

**Chinesische Weltpolitik**, Pierre Rousset ..... 37

**Stärke und Widersprüche der chinesischen  
Wirtschaft**, Interview mit Au Loong-Yu ..... 43

#### Ökonomie

**Krise und weltweites Chaos**, Michel Husson ..... 49

**Den Bankensektor sozialisieren – aber wie?** Eric Toussaint und Patrick Saurin ..... 56

#### Europa

**Die Herausforderungen für die Linke in Europa**, Eric Toussaint ..... 59

#### IPCC

**Unser Planet, unsere Leben sind mehr wert als ihre Profite** ..... 64

## IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss\*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor\*innen wieder.

#### Redaktion:

Edith Bartelmus-Scholich, Tom Bogen, Wilfried Dubois, Jochen Herzog, Dr. Matte, Paul Michel, Björn Mertens, Maximilian Sarra, Jakob Schäfer, Michael Weis  
V.i.S.d.P. Michael Weis

#### Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-  
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

[www.intersoz.org](http://www.intersoz.org)

#### Konto:

Neuer Kurs GmbH, Köln  
Postbank Frankfurt  
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04  
BIC: PBNKDEFF

#### Verlag, Verwaltung & Vertrieb:

die internationale  
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
Vertrieb:  
[internationale-vertrieb@intersoz.org](mailto:internationale-vertrieb@intersoz.org)

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

#### Kontaktadressen:

- Deutschland:  
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,  
[iso@intersoz.org](mailto:iso@intersoz.org)
- Österreich:  
SOAL, Sozialistische Alternative,  
[office@soal.at](mailto:office@soal.at)
- Schweiz:  
BFS/MPS, [info@bfs-zh.ch](mailto:info@bfs-zh.ch),  
<https://sozialismus.ch/>

# #AUFSTEHEN – SPALTPILZ ODER CHANCE?

Ein Plädoyer für eine solidarische Debatte und einen „sozialistischen Wettbewerb“ um die besseren Konzepte im Kampf gegen den Aufstieg der Rechten.

■ **Michael Schilwa und Friedrich Dorn**

Am 4. September ist Sahra Wagenknechts Sammlungsbewegung offiziell an den Start gegangen. Die Resonanz dürfte selbst die Initiator\*innen positiv überrascht haben. Schon vor dem offiziellen Start hatten sich über 100 000 Unterstützer\*innen registriert<sup>1</sup>, mittlerweile sind es über 140 000 – das sind immerhin mehr als doppelt so viele, wie die ganze Linkspartei Mitglieder hat.

Sicher haben sich manche nur registriert, um via Newsletter an Infos aus erster Hand zu kommen. Und natürlich wird das politische Aktivitätsniveau vieler „Gesammelter“ nicht darüber hinausgehen, am Sonntag vor dem TV ihre Ikone Sahra bei „Anne Will“ zu bewundern. Andererseits: Sich bei einem politischen Projekt als Unterstützer\*in zu registrieren, ist schon mehr als ein „Like“ bei Facebook.

Aber es soll ja auch keine Kaderpartei werden, auch Mitgliederparteien und politische „Bewegungen“ wie Podemos oder „La France insoumise“ (Unbeugsames Frankreich) bestehen nicht zu 100 % aus Aktivist\*innen.

Auf jeden Fall ist dieser fulminante Start zunächst mal ein gutes Zeichen gegen den Rechtsruck in Deutschland – das vorherrschende Bild, dass die Rechtspopulisten die Unzufriedenen und Abgehängten gegen das Establishment von CSU bis Linkspartei sammeln, bekommt Risse. Vielleicht geht ja auch was von links.

## Ein Schritt nach rechts?

Das sieht die organisierte (parlamentarische und außerparlamentarische) Linke in Deutschland naturgemäß anders.

„Anpassung an die Rechtsentwicklung“ ist noch ein eher harmloser Vorwurf. Viele sehen in „Aufstehen“ sogar einen rechten Angriff auf die Linkspartei.

Das ist in dieser Pauschalität falsch. Bei einer Grobverortung der Sammlungsbewegung im politischen Koordinatensystem landet diese irgendwo links der SPD und rechts von der Partei Die Linke. Betrachtet mensch nur Linkspartei und „Aufstehen“, dann – aber nur dann – ist letztere tatsächlich „rechts“.

Das aktuell gültige Erfurter Programm der Linkspartei bietet durchaus marxistische Antworten auf die kapitalistische Krise, während im Gründungsaufwurf von „Aufstehen“ Begriffe wie Kapitalismus – Imperialismus – Klassen(-kampf) nicht ein einziges Mal auftauchen. Aber dieser Fokus ist zu eng eingestellt. Die entscheidende Perspektive ist *gesamtgesellschaftlich*.

Und hier stellt „Aufstehen“ einen – wenn auch zaghaften – Schritt nach links dar. Wir reden doch im Moment nicht über irgendwelche Linksverschiebungen, sondern über einen ziemlich heftigen Rechtsruck – alle linken Bemühungen müssen aktuell daran gemessen werden, ob sie ein Beitrag gegen diesen Rechtsruck sind oder nicht.

## Mit dem Ordoliberalismus gegen den Neoliberalismus?

Bei unserer programmatischen Kritik der Sammlungsbewegung sollten wir die Kirche im Dorf lassen. Es ist klar, dass ein derart breit angelegtes Projekt nicht kristall-

klar revolutionär-marxistisch sein kann. Ein tatsächlich linkssozialdemokratischer Aufbruch wäre ja schon mal was in diesem Land. Klar ist auch: Wer wie „Aufstehen“ auf neue parlamentarische Mehrheiten zielt, zahlt dafür auch einen programmatischen Preis. Das merkt mensch dem Gründungsaufwurf an – er ist ein einziges Plädoyer für eine Rückkehr zum Sozialstaat des sozialdemokratischen „Modell Deutschland“ der 1970er Jahre. Wir sollten das nicht so kritisieren, dass wir sagen: Revolution ist aber besser!

Zielführender ist der Hinweis, dass selbst „eine anti-neoliberale Reformpolitik ohne einen Bruch mit der kapitalistischen Logik“ heute nicht mehr möglich ist (Ulla Jelpke).<sup>2</sup> Die ökonomischen Rahmenbedingungen und das politische Kräfteverhältnis haben sich spätestens seit Thatcher und Reagan dramatisch verändert – der damalige Klassenkompromiss wurde nicht von unten, sondern von oben aufgekündigt. Gerade hat das Beispiel Griechenland gezeigt, wie brutal und effektiv das transnationale Kapital selbst bescheidenste Ausbruchsversuche aus dem Austeritäts-Dogma bekämpft.

Eine rot-rot-grüne Bundesregierung hängt auch nicht an der Frage, ob der Mindestlohn 8,50 € oder 12 € betragen soll, sondern an der Akzeptanz der bundesdeutschen EU- und NATO-Staatsräson. Nicht umsonst ist der Gründungsaufwurf hier besonders schwammig.

Es ist durchaus legitim, die Programmatik der neuen Bewegung auch anhand von Äußerungen der unbestrittenen Führerin zu kritisieren. Grotteske Übertreibungen wie „Reichtum ohne Gier“ oder Ludwig Erhard als neues linkes Vorbild sorgen sicher auch bei vielen „Aufstehen“-Anhänger\*innen für Unbehagen. Sahra Wagenknecht will einen sozialverträglichen Kuschel-Kapitalismus – neustes Beispiel ist ein Interview in der *Berliner Zeitung* vom 4. August, in dem sie allen Ernstes „seriöse und risikolose (sic!) Geldanlagen“ fordert, aber natürlich mit „angemessener Rendite“.<sup>3</sup> Das grenzt an Volksverdummung – mensch muss kein Börsenexperte sein, um zu wissen: Je höher die Rendite, desto größer das Risiko – und umgekehrt.

### **Kann eine Bewegung „gegründet“ werden?**

Natürlich entwickeln sich soziale Bewegungen nicht immer idealtypisch (aus unserer Sicht): Entstanden in praktischen Kämpfen – lupenrein demokratisch – geprägt ausschließlich von Aktivist\*innen. „Aufstehen“ allerdings ist bislang ein geradezu prototypisches Top-Down-Projekt, überdeutlich orientiert am „Unbeugsamen Frankreich“ des egomani-schen Autokraten Jean-Luc Mélenchon.

Über 100 000 Menschen wollten mitmachen (auf welchem Level auch immer) und standen wochenlang vor der kafkaesken Situation, dass sie die Führung ihrer eigenen Bewegung nicht nur nicht gewählt hatten, sondern nicht einmal kannten!

Ob „Aufstehen“ tatsächlich nicht mehr wird als ein „Prominentenkreis mit Internetverteiler“ (Ulla Jelpke) oder ein „als Werbeevent organisierter Internetauftritt“ (Thies Gleiss) scheint uns allerdings noch nicht ausgemacht. Es gibt in der Geschichte genug Beispiele, dass Apparate die Kontrolle über Bewegungen verloren haben. Jeremy Corbyn hätte vor Jahren eigentlich gar nicht für den Labour-Vorsitz kandidieren dürfen, weil er irgendwelche satzungsgemäßen Quoten nicht erfüllte – die blairistische Führung gab ihm dann quasi eine „wild card“, damit die Wahl (zwischen lauter neoliberalen Kandidat\*innen) nicht zu langweilig wird. Vorgesehen war er als „kämpferische Deko“ – seine überraschende Wahl und die sich anschließende ungeheure Dynamik der Momentum-Bewegung hatte niemand auf dem Schirm.

Es ist heute durchaus möglich, demokratische Diskussions- und Entscheidungsprozesse auch einer großen Zahl von Menschen digital zu organisieren. „Aufstehen“ setzt (wie die Piratenpartei) auf „Liquid Democracy“ und verwendet die Software Pol.is. Die wird nicht nur von Regierungen von Kanada bis Neuseeland genutzt, sondern spielte auch bei „Occupy Wallstreet“ eine zentrale Rolle. Ob wir es gut finden sollen, nach dem Schreiben eigener und dem Bewerten anderer Kommentare automatisch einer „Meinungsgruppe“ zugeordnet zu werden, ist eine andere Frage.

Sehr schlecht funktioniert bislang die Abwehr von Kaperungsversuchen durch Rechte, Querfrontler und „Trolle“, da die Registrierung bei „Aufstehen“ nicht überprüft oder einem Plausibilitäts-Check unterzogen wird (was aber bei 140 000 Registrierungen und einer Handvoll Administrator\*innen auch eine Herkules-Aufgabe darstellt).

Aber auch „analog“ gibt es zumindest die Chance, dass sich die „Gesammelten“ nicht dauerhaft wie eine Fan-Gemeinde oder Schafherde verhalten. Dafür spricht nicht nur die „eigenmächtige“ Gründung von „Aufstehen“-Ortsgruppen schon vor dem offiziellen Start etwa in Berlin und Hamburg, sondern auch die nahezu flächendeckende Basisverankerung binnen kürzester Zeit nach dem Start. Im Osten performt „Aufstehen“ spürbar stärker als im Westen – überfüllte Säle von Potsdam bis Leipzig, in Berlin musste am Samstag, 29. September, zusätzlich zu einer Versammlung in der UFA-Fabrik eine „Kennenlern-Kundgebung“

auf der Straße angesetzt werden, zu der 400 Leute kamen. Das sollte nicht nur, aber vor allem den ostdeutschen Landesverbänden der Linkspartei zu denken geben. Aber auch im Westen war der reale Start der Bewegung beachtlich.

In der Altersstruktur dominiert die Generation „Ü 50“. Die Grundstimmung bei fast allen Versammlungen: Raus aus dem Internet, rein in die Straßen.

Vielleicht wird das ja doch noch eine „richtige“ Bewegung. Dafür spricht, dass sich auf den Versammlungen wie auf Facebook sehr viele, die bei „Aufstehen“ mitmachen wollen, dafür aussprechen, dass die Sammlungsbewegung etwa bei den Großdemos am Hambacher Forst am 6.10. oder bei „#unteilbar“ in Berlin am 13.10. dabei ist, gut sichtbar und mit einem eigenen Block.<sup>4</sup>

### Zurück zu Willy Brandt?

Der Gründungsaufwurf fordert eine Rückbesinnung auf „die Friedenspolitik Willy Brandts“. Nichts gegen die Ostverträge, die die Kriegsgefahr tatsächlich reduziert haben. Wir erlauben uns aber daran zu erinnern, dass der „Friedenspolitiker“ Brandt auch führend an der Strangulierung der portugiesischen Nelkenrevolution von 1974 beteiligt war – immerhin der letzte ernsthafte Versuch, in Europa den Kapitalismus infrage zu stellen.

Relevanter als das Fremdschämen für derart peinliches Bedienen der Willy-Nostalgie ist die Skepsis gegenüber der Größe des von „Aufstehen“ vermuteten dissidenten Potentials in Grünen und SPD. Wer nach 30 Jahren Agenda-Politik mit Sozialabbau, Deregulierung und Privatisierung noch in einer dieser Parteien ist, hat bestenfalls resigniert bzw. ist ein Karrierist oder auch eine Karrieristin. Das gilt für die Grünen vollumfänglich, für die SPD mit Abstrichen/Fragezeichen (Stichwort: Corbyn).

### Treten sie an oder nicht?

Dass die Frage der Wahlbeteiligung besonders heißblütig diskutiert wird, verwundert nicht. Hier geht's schließlich ums Eingemachte, sprich: Posten, Kohle, Macht, Privilegien.

Sahra Wagenknecht und die Ihren haben mehrfach unmissverständlich deutlich gemacht, dass „Aufstehen“ ganz bewusst keine Partei sein will und also auch nicht bei Wahlen anzutreten gedenkt. Wollen wir eine seriöse und solidarische Debatte, müssen wir das erstmal ernst nehmen. Die Resolution des Länderrats der Antikapitalistische Linke (AKL) vom 16. September<sup>5</sup> tut genau das nicht und wirft „Aufstehen“ eine „ausschließliche (sic!) Orientierung auf Wahlkämpfe und Regierungsbeteiligung“ vor.

Gleichwohl darf gefragt werden, welche Halbwertszeit dieses Bekenntnis zur Wahlabstinenz haben wird. Denn gleichzeitig verkündet Wagenknecht immer wieder das strategische Ziel neuer parlamentarischer Mehrheiten.

### Es sind aber auch durchaus andere Szenarien denkbar:

Die nächste „große“ Wahl ist die Europa-Wahl. In seiner jetzigen Verfasstheit würde „Aufstehen“ gut zu dem von Mélenchon gegründeten europäischen Wahlbündnis passen (wobei unklar ist, ob das ohne Parteistatus in Deutschland überhaupt geht).

Eine weitere nicht unwahrscheinliche Variante: Wagenknecht setzt – mit „Aufstehen“ als Druckmittel in der Hinterhand – bei kommenden Wahlen in der Linkspartei Offene Listen durch, die dann natürlich mit möglichst vielen Gefolgsleuten besetzt werden sollen.

### Spaltpilz?

An die Frage der Wahlbeteiligung schließt direkt an die Frage, ob „Aufstehen“ der Linkspartei schaden oder sie gar spalten wird. Faustformel: Je weniger beide um dasselbe Klientel balgen, desto geringer die direkte Konkurrenz auf der Wahl- und Organisationsebene.

Es schwirren jede Menge Zahlen durch die Debatte, realistisch scheint uns folgende Annahme: Bei „Aufstehen“ registriert haben sich ca. 10 % der Mandats- und Funktionsträger\*innen und etwa 20 % der Mitglieder der Partei Die Linke. Laut Umfragen können sich bis zu 40 % der bisherigen Linkspartei-Wähler\*innen vorstellen, „Aufstehen“ zu wählen, so sie denn anträte. Was eine positive und eine negative Seite hat, es bietet Chancen und Risiken.

Grob gerechnet fühlen sich bis jetzt um die 100 000 Menschen von „Aufstehen“ angesprochen, die die Linkspartei nicht (mehr) erreicht – ein Riesenpotential für deutsche Verhältnisse, das die gesamte Linke nicht einfach „rechts“ liegen lassen darf. Gelänge es nur die Hälfte oder ein Drittel dieses Potentials tatsächlich für eine reale Bewegung zu aktivieren, würde „links“ gestärkt und nicht geschwächt.

Aber natürlich kann das für das „linke Lager“ auch böse in die Hose gehen. Bewegungen kommen und gehen, Parteien sind (nicht immer, aber meist) „haltbarer“.

Die durch die Neoliberalisierung der Sozialdemokratie und die Implosion des Stalinismus entstandene „Lücke“ wurde in Europa und Deutschland von „neuen linken Formationen“ gefüllt. Die schiere – auch und

gerade parlamentarische – Existenz der Partei Die Linke ist eine historische Errungenschaft, die die gesamte Linke (also auch „Aufstehen“) nicht leichtfertig aufs Spiel setzen darf. Träte „Aufstehen“ zu Wahlen an und würde tatsächlich von sagen wir 20 bis 40 % bisheriger Wähler\*innen der Linkspartei gewählt, so flöge diese höchstwahrscheinlich aus dem Bundestag und den westdeutschen Landesparlamenten – das kann auch bei „Aufstehen“ niemand wollen.

Wem diese Argumentation zu „wahlarithmetisch“ ist, dem geben wir zu bedenken, dass z.B. der Mindestlohn in Deutschland nicht durch Massenstreiks erkämpft wurde, sondern eher eine Reaktion auf allgemeinen politischen Druck war, der sich *auch* durch Wahlerfolge der Linkspartei aufgebaut hat. Im Übrigen sind Wahlen nun mal auch für viele Menschen in dieser Partei und bei „Aufstehen“ das entscheidende politische Terrain (auch wenn uns das noch so wenig gefällt).

## R2G „von unten“?

Das erklärte strategische Ziel von „Aufstehen“ sind „neue Mehrheiten“. Nicht nur Raul Zelik<sup>6</sup> fragt daher zu Recht, warum sie sich nicht einfach den „Bartschisten“, also dem Regierungsfügel der Linkspartei anschließen. Neben den üblichen Machtkämpfen um aussichtsreiche Listenplätze, persönliche Animositäten etc. sehen wir zwei Gründe:

Erstens zeigt das Forum Demokratischer Sozialismus (fds) Auflösungserscheinungen. Wichtiger ist zweitens, dass es durch den dramatischen Absturz der SPD (nach neuesten Umfragen liegt die AfD nicht nur im Osten, sondern auch bundesweit vor der SPD) schon rein rechnerisch nicht mehr für Rot-Rot-Grün (R2G) reicht.

Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht schwebt nun wohl so etwas wie eine „Basis-Frischzellenkur“ vor – sie wollen die Führungen von SPD und Grünen durch Druck von unten zu einem Politikwechsel zwingen, der dann die ersehnten Parlamentsmehrheiten erzeugen soll.

Aufschlussreich war die große Debatte, die am 5. September im Berliner Kino Babylon stattgefunden hat.<sup>7</sup> Jakob Augstein verglich „Aufstehen“ mit einem politischen „Bypass“, der gebraucht werde, um verstopfte Adern zu umgehen. Wagenknecht griff das auf und erklärte nicht unplausibel, warum eine Bewegung und keine Partei gegründet worden sei. Unzufriedene SPD-Mitglieder sollen mitmachen können, ohne sie in die Zwangslage zu bringen, dafür die SPD verlassen zu müssen.

Das stimmt ja erstmal: Mitmachen in SPD und in der Partei Die Linke zugleich geht nicht – SPD und „Aufste-

hen“ schon. Fragt sich nur, wie viele enttäuschte Basis-SPDler\*innen es zur neuen Bewegung zieht...

## Warum trifft „Aufstehen“ offensichtlich einen Nerv?

Die Linkspartei macht es sich erstaunlich einfach mit der neuen Herausforderung und tut sich damit selbst keinen Gefallen. Von Bernd Riexinger bis zu den Flügeln (von ganz rechts bis ganz links) – der Tenor geht ungefähr so: Neue Sammlungsbewegung? Was soll das denn? Die gibt's doch schon – wir sind die Sammlungsbewegung!

Das ist nicht nur arrogant (ähnlich wie die anmaßende Selbstbezeichnung DIE LINKE), sondern verstellt auch den Raum für eine selbstkritische Reflexion der eigenen Schwächen und Defizite.

Warum fühlen sich so viele von Wagenknecht angesprochen, die die Linkspartei nicht oder nicht mehr erreicht? Wagenknechts mediale Dauerpräsenz? Altmaier und Oppermann sind auch andauernd im TV und werden trotzdem nicht als „Volkstribüne“ wahrgenommen.

Dass die Linkspartei zunehmend als Teil des Allparteien-Kartells und nicht als radikale Opposition wahrgenommen wird (im Osten zu Recht, im Westen meist zu Unrecht) hat natürlich viel mit Regierungsbeteiligungen zu tun. Im Gegensatz etwa zu SAV<sup>8</sup> und AKL sehen wir da aber nicht den einzigen Grund.

Holzschnittartig formuliert: Die Performance von „Aufstehen“ (ebenso wie der Aufstieg der AfD!) ist eine schallende Ohrfeige für die Bionade-Bourgeoisie.

Und dass das „juste milieu“ der Identitätspolitik\*innen so hysterisch reagiert, bestärkt die Abgehängten nur. Die Linkspartei und die Linke insgesamt drohen den Zugang insbesondere zu den subproletarischen Schichten (neudeutsch: Prekariat) zu verlieren. Bei Sahra Wagenknecht hingegen sagen die Leute: Ich bin nicht mit allem einverstanden, aber die weiß wenigstens noch, wie es bei uns hier unten aussieht.

Warum? Unter anderem deshalb, weil sie sich traut, auch über Tabus und weiße Flecken auf der linken Agenda zu sprechen. Beispiel: Kriminalität. Es nutzt dir nichts, von den Linken immer wieder zu hören: Die sinkt doch laut Statistik, wenn du in einem Viertel lebst, in dem es nachts nicht ganz ungefährlich ist, rauszugehen.

Sagen wir mal so: Wagenknecht und die Lafontainisten geben teilweise falsche Antworten auf richtige Fragen. Das ist allemal besser, als die Fragen überhaupt nicht zu stellen.

Was ist der Grundsound von „Aufstehen“? Die Ansage an den „white trash“: Jetzt seid ihr mal dran! Raul Zelik



formuliert es vornehmer: Wagenknecht „will mit einem anderen Migrationskurs und einem nationaleren Zuschnitt der Sozialpolitik punkten.“ Oder Ulla Jelpke kurz und bündig: „nationalreformistische Logik“. Da ist was dran – und es bietet Gefahr (Querfront) und Chance (es sind in Teilen „unsere“ Leute).

### Für innerlinken Wettbewerb

Natürlich ist die ganze Debatte um „Aufstehen“ auch Ausdruck eines Machtkampfes in der Partei – zwischen Parteivorstand und Bundestagsfraktion oder vielmehr Mehrheit des Parteivorstands und konträrer Mehrheit der Linksfraktion, aber auch in der Fraktion selbst. Wir sollten uns in diesem Machtkampf nicht zur Partei machen (lassen).

Genoss\*innen, die in Gremien und Gliederungen der Linkspartei mitarbeiten (vor allem in NRW) und mitbekommen, was sich da abspielt, berichten von einer scharfen Polarisierung, ja teilweise einer geradezu hasserfüllten Atmosphäre zwischen Anhänger\*innen und Gegner\*innen des neuen Projekts. Dadurch erhöht sich natürlich der Druck auf „abwägende Mittelpositionen“, sich dezidiert pro oder contra „Aufstehen“ zu positionieren.

Wir möchten abschließend ausdrücklich eine Lanze brechen für solch eine abwägende „Mittelposition“ und für mehr Gelassenheit: „Aufstehen“ ist weder „ein rechter Angriff auf die Linkspartei“ noch der „neue linke Königsweg“ noch *die* Lösung für die strategischen Probleme der Linken in Deutschland.

Der recht fulminante Start von „Aufstehen“ legt aber sehr wohl Defizite und Akzeptanzprobleme der Linkspartei bloß. Diese sollten in der Partei seriöser und vor allem selbstkritischer diskutiert werden. „Aufstehen“ wiederum muss die „Spaltpilz-Sorgen“ der Linken innerhalb und außerhalb der Linkspartei ernst nehmen und stärker darauf fokussieren, wie die gesamte Linke in Deutschland durch das neue Projekt gestärkt werden kann.

Die organisierte sozialistische Linke sollte die Diskussion und den Austausch mit Anhänger\*innen der neuen Bewegung suchen. Bei aller nötigen (und manchmal auch scharfen) Kritik, etwa an Programmatik und organisatorischer Verfasstheit von „Aufstehen“ oder auch der modischen Attitüde „Wir sind nicht rechts oder links, sondern frisch und neu“ – diese Debatte muss solidarisch und nicht ausgrenzend geführt werden. Nicht „Rechte“ gegen „Linke“ oder „Nationalist\*innen“ gegen „Internationalist\*innen“, sondern sozialistischer Wettbewerb innerhalb des breiten Spektrums der politischen und sozialen Linken darum, wer die besseren Konzepte für den Kampf ge-

gen den Aufstieg der Rechten hat. Und wer daraus eine praktisch wirksame Massen- und Klassenpolitik machen kann – sicher nicht im Alleingang.

10. Oktober 2018

**1** Die Website <https://www.aufstehen.de> war am 4. August in Betrieb gegangen.

Vor „Aufstehen – Die Sammlungsbewegung“ war die Bezeichnung „#fairland“ im Gespräch. Siehe hierzu: „#Fairland – eine zaghafte Sammlungsbewegung vom Reißbrett“, am 15. Juni 2018 eingestellt auf: <http://intersoz.org/fairland-eine-zaghafte-sammlungsbewegung-vom-reissbrett/>.

**2** <https://www.ulla-jelpke.de/2018/09/sozialdemokratisches-terrain/>.

**3** Zitiert nach: <https://www.jungewelt.de/artikel/337328.aufstehen-aufstehen-f%C3%BCr-renditen.html>; <https://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2018-08/44457761-wagenknecht-beklagt-vermoegensspaltung-in-deutschland-003.htm>.

**4** Siehe etwa die auf der Website von „Aufstehen“ verlinkten Videos „Aufstehen im Hambacher Forst“ (Ludger Vollmer) und „#AufstehenFuerHambi am 6. Oktober“, <https://www.facebook.com/202102663791918/posts/231656037512167> und <https://www.facebook.com/202102663791918/posts/2239382176073928>.

**5** Beschluss des Bundessprecher\*innenrats der Antikapitalistischen Linken vom 16.09.2018, <https://www.antikapitalistische-linke.de/?p=2750>.

**6** „Bewegung ohne Basis“, in: *ak – analyse & kritik* – Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 640, 21.8.2018, [https://www.akweb.de/ak\\_s/ak640/33.htm](https://www.akweb.de/ak_s/ak640/33.htm).

**7** Auf der Website von Radio Berlin Brandenburg gibt es einen Mitschnitt: <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/09/inforadio-forum-wagenknecht-linke-bewegung-babylon.html>.

**8** Siehe u. a. <https://www.sozialismus.info/2018/08/aufstehen-kein-schritt-vorwaerts-fuer-die-linke/>; <https://www.sozialismus.info/2018/09/aufstehen-und-dann>.



# AUFSTEHEN – WOFÜR?

---

Wer das von Wagenknecht/Lafontaine initiierte Projekt #Aufstehen halbwegs fundiert bewerten will, kommt an einer Betrachtung ihrer politischen Grundpositionen nicht vorbei.

■ Jakob Schäfer

---

Den Kern von Wagenknechts politischen Anschauungen fasst Friedrich Voßkuhler gut zusammen: „Dass der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts ungerecht sei, weil er wieder die Schere der Ungleichheit zwischen Arm und Reich weit geöffnet und alle Errungenschaften der ‚großen Kompression‘ nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgenommen habe, macht ihn anrühlich und befeuert auf der Seite der Linken politische Strategien, die darauf abheben, ihn in Richtung größerer Gerechtigkeit zu re-formieren. ‚Freiheit statt Kapitalismus‘, so lautet die Devise, und ‚Reichtum ohne Gier!‘ Die gleichlautenden Bestseller Sahra Wagenknechts geben diese Devise vor. Es geht dabei, wenn man Wagenknechts Argumentation folgt, geradezu wortwörtlich um eine Re-form des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts. Also darum, ihn wieder auf eine Form zurückzuführen, die er schon einmal vor seiner neoliberalistischen Pervertierung hatte, als – wie man meint – die ‚soziale Marktwirtschaft‘ herrschte. Die Reform des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts: Das ist seine Re-formulierung im Sinne des Ordoliberalismus zum Beispiel Alfred Müller-Armacks. Das ist der Appell an den Kapitalismus, dass er das Versprechen Ludwig Erhards einlöse, nämlich «Wohlstand für alle!». Das ist das Versprechen, das nun – da das Kapital es gebrochen habe – die Linke einzulösen aufgefordert sei.

„Es wird Zeit zu zeigen, wie man, wenn man die originären marktwirtschaftlichen Ideen zu Ende denkt, direkt in den Sozialismus gelangt, einen Sozialismus, der nicht Zentralismus, sondern Leistung und Wettbewerb

hochhält‘ (Sahra Wagenknecht: Freiheit statt Kapitalismus. Frankfurt 2011, S. 12). Und Wagenknecht zitiert zustimmend den liberalen österreichischen Ökonomen Friedrich von Hayek, der 1949 schrieb:

„Wir müssen es schaffen, die philosophischen Grundlagen einer freien Gesellschaft erneut zu einer spannenden intellektuellen Angelegenheit zu machen, und wir müssen ihre Verwirklichung als Aufgabe benennen, von der sich die fähigsten und kreativsten Köpfe herausgefordert fühlen. Wenn wir diesen Glauben an die Macht der Ideen zurückgewinnen, der die Stärke des Liberalismus in seinen besten Zeiten war, dann ist der Kampf nicht verloren‘ (zit. nach ebd., S. 11f.).

Wagenknecht fügt hinzu: ‚Diese Aufgabe [...] hat nicht an Aktualität verloren. Allerdings kommt ihre Lösung heute nicht mehr dem falschen Liberalismus, sondern einem *kreativen Sozialismus* zu‘ [kursive Hervorhebung durch Wagenknecht].“<sup>1</sup>

Folgen wir Wagenknechts Argumentation in ‚Reichtum ohne Gier‘, dann ist der von ihr so bezeichnete ‚kreative Sozialismus‘ der legitime Erbe des Ordoliberalismus. Von antagonistisch sich gegenüberstehenden Klassen oder gar von Klassenkampf ist da natürlich in keiner Weise die Rede. Sie schreibt: „Es geht darum, einer Wirtschaft näher zu kommen, in der tatsächlich Talent und Leistung belohnt und Menschen mit Ideen, Power und Geschäftssinn in die Lage versetzt werden, Unternehmen zu gründen, auch dann, wenn ihnen nicht der Zufall der Geburt ein reiches Erbe in die Wiege gelegt hat.“<sup>2</sup>



„Immerhin zerstören die Giganten mit ihrer Marktmacht nicht nur demokratische Gestaltungshoheit, sondern auch echten Wettbewerb.“<sup>3</sup> Überhaupt macht sich Wagenknecht auf den 287 Seiten ihres Buches vor allem Gedanken darüber, wie Unternehmensgründungen unterstützt werden können. Nur ein Beispiel unter vielen: „Und wenn wir eine wettbewerbsintensive, flexible Wirtschaft wollen, ist es angebracht, den Banken eine Mindestquote vorzugeben, in deren Umfang Kredite an Unternehmensgründer, und eine weitere, in deren Höhe Kredite an kleine und mittlere Unternehmen fließen müssen.“<sup>4</sup>

Neben Wagenknechts durchaus an vielen Stellen richtigen Kritik an den vorhandenen Missständen in diesem Land ist es aber letztlich gerade dieses ordo-liberale Gedankengut, das sie zu einem gern gesehenen Gast in den Talkshows macht. Vor dem Hintergrund der oben von Friedrich Voßkuhler zusammengefassten Grundvorstellungen bleibt Wagenknecht durchweg an Oberflächenphänomenen hängen. Auf die verheerende Logik der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kommt sie aufgrund ihrer Begeisterung für die Marktwirtschaft natürlich überhaupt nicht zu sprechen.

Dass Wagenknecht sich mit Oskar Lafontaine gut versteht, ist nicht verwunderlich. Er war schon immer engagierter Sozialdemokrat für einen reformierten Kapitalismus. Und auch er hatte nationalistische Vorbehalte gegen Einwanderer, als es in den frühen 1990er Jahren um die Russlanddeutschen ging. Im Grunde teilen Wagenknecht und Lafontaine einen waschechten Wohlstandschauvinismus, den sie nun mal nicht den offen rechts Agierenden (vor allem der AfD) überlassen wollen. Sie haben aber bezeichnenderweise keine Scheu, als Unterstützer\*innen ihres Projekts auch AfD-Mitglieder zu dulden (wohl gemerkt Mitglieder, also nicht beschränkt auf bisherige AfD-Wähler\*innen).

Überhaupt ist Wagenknecht für Zucht und Ordnung: „Der Staat muss jetzt alles dafür tun, dass sich die Menschen in unserem Land wieder sicher fühlen können. Das setzt voraus, dass wir wissen, wer sich im Land befindet und nach Möglichkeit auch, wo es Gefahrenpotentiale gibt. Ich denke, Frau Merkel und die Bundesregierung sind jetzt in besonderer Weise in der Verantwortung, das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Staates und seiner Sicherheitsbehörden zu erhalten.“ (Pressemitteilung Sahra Wagenknechts vom 25.7.2016). Dass diese Herangehensweise leider einem Teil der Führungsfiguren der Partei Die LINKE nicht besonders fremd ist, zeigt eine Aussage des thüringischen Ministerpräsidenten

Bodo Ramelow: „Es geht um Völkerwanderung, machen wir uns nichts vor. Wenn wir jedenfalls nicht bald reagieren, wird es uns am Ende allen auf die Füße fallen, egal, welches Parteibuch wir haben.“

### **Institutions- und autoritätsgläubig**

Um Sicherheit herzustellen und um die Gier der Konzernbosse in den Griff zu bekommen, setzen Lafontaine/Wagenknecht auf die Institutionen des real existierenden Kapitalismus. Für sie ist dieser Staat gerade nicht der geschäftsführende Ausschuss für die Umsetzung der Kapitalinteressen. Dass der Staat (der „ideelle Gesamtkapitalist“, Engels) auch die Aufgabe hat, alle „faux frais“ (etwa die Sozialausgaben) nach Maßgabe der politischen Kräfteverhältnisse möglichst gering zu halten, oder etwa den Repressionsapparat nach innen und außen aufrechtzuerhalten und auszubauen, findet deswegen keinen Eingang in ihre politischen Vorstellungen.

Folgerichtig messen sie der Arbeiter\*innenklasse (ganz gleich, wie eng oder weit gefasst) keine besondere Rolle im Kampf gegen die von ihnen aufgezeigten Missstände zu. Für Sozialist\*innen ist die organisierte und politisch bewusste Klasse der Lohnabhängigen die einzige Kraft, die der zerstörerischen Logik des Kapitals wirksamen Widerstand entgegensetzen kann. Nur sie hat auch das Potenzial, eine andere, eine menschliche Gesellschaftsordnung durchzusetzen. Dazu braucht es mehr Selbsttätigkeit derjenigen, die nichts anderes für ihren Lebensunterhalt aufbringen können als den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft. Und es braucht eine bewusste Organisation, eine andere Gewerkschaftspolitik usw. Von alledem ist bei Wagenknecht und bei #Aufstehen keine Rede, natürlich auch nicht von der Gewerkschaftsbürokratie, die viele Kämpfe im Interesse der Standortpolitik abwürgt usw.

Das A und O der politischen Instrumente von Wagenknecht/Lafontaine ist die Fixierung auf die Wahlebene. Da Letzteres auch ein zentrales Moment der Partei Die LINKE ist, müssten sich eigentlich beide nach wie vor (oder auch mehr denn je) dort gut aufgehoben sehen. Aber sie fühlen sich zu Höherem berufen, sie möchten gerne die Parteienlandschaft umkrepeln. Das von ihnen ausgedachte Projekt besteht darin, mit einer „Bewegung von unten“ Druck zu machen, damit Grüne, SPD und LINKE ihren Kurs ändern. „Bewegung von unten“ heißt also: eine Bewegung in der Mitgliedschaft dieser Parteien erzeugen, nicht etwa um sich in reale gesellschaftliche Bewegungen zu integrieren und diese zu befördern, sondern um über diesen Weg doch noch Rot-Rot-Grün zu realisieren.

Mit Hilfe eines linkspopulistischen Diskurses wollen sich Wagenknecht/Lafontaine an die Spitze einer Neuformierung stellen. Pate für diesen Ehrgeiz und speziell für diese Methode stehen sowohl Mélenchon als auch Macron. Beiden war es – mindestens für eine gewisse Zeit – gelungen, sich ein Fußvolk für ihre hoch gesteckten Ambitionen zu schaffen. Macron braucht dies vorläufig nicht mehr und wird seine Bewegung nur bei einer erneuten Präsidentschaftskandidatur beleben. Und Mélenchon ist erst mal an die Grenzen seines linkspopulistischen Projekts gestoßen. Er deutet in letzter Zeit zaghafte Schritte der Wiederannäherung an andere Linkskräfte und die Gewerkschaften an.

Der oft (auch von Andrej Hunko) gezogene Vergleich von #Aufstehen zu Podemos passt aber überhaupt nicht, denn Podemos ist immerhin aus einer real existierenden kämpfenden Bewegung hervorgegangen (15-M)<sup>5</sup>. Inzwischen ist allerdings auch Podemos mehrheitlich alles andere als eine antikapitalistische Partei. Falls sie in die Regierung aufgenommen wird, wird sie dort – wie auch die die LINKE in Berlin, Brandenburg und Thüringen – die allgemeine Misere mitverwalten müssen, oder sie fliegt schneller aus der Regierung raus, als sie dort aufgenommen sein wird.

### „Einen Nerv getroffen“?

Nun argumentieren Hunko<sup>6</sup> und andere, dass mit dem Aufruf zur Bildung der „Sammlungsbewegung“ #Aufstehen ein Nerv getroffen wurde. In der *jungen Welt* vom 19. 9. 2018 schreibt er:

„Auch wenn keine dieser Bewegungen [Bernie Sanders, Jeremy Corbyn, Luc Mélenchon] tatsächlich bislang Mehrheiten organisieren konnte, haben sie doch, politisch weit links von der Sozialdemokratie, in einer Breite Massen mobilisiert, wie es noch vor einigen Jahren undenkbar schien.“

### Diskursverschiebung

In einer solchen Situation kann eine Initiative ‚von oben‘ durchaus eine nachhaltige Bewegung auslösen, wenn sie den Nerv der Zeit trifft. Mit einer solchen Bewegung meine ich nicht nur die Sammlung einiger 10 000 Aktivistinnen und Aktivistinnen, die allwöchentlich gegen die neuen Polizeigesetze, gegen die rechte Hetze oder die Rodung von Wäldern zum Zweck der klimaschädlichen Braunkohleverfeuerung auf die Straßen gehen. Es geht dabei auch um die vielen Millionen, die vielleicht noch nie auf einer Demo waren und für die ein Internetklick ein Einstieg in gesellschaftliches Engagement sein kann.

Dabei spielt eine glaubwürdige und charismatische Frontperson ebenso eine Rolle wie die in ihrer Bedeutung stark gestiegenen sozialen Medien und der offene Mitmachcharakter. ‚Aufstehen‘ ist der Versuch, etwas Ähnliches in Deutschland zu schaffen.“

Hier wird vollkommen von den realen politischen Verhältnissen in der BRD abstrahiert, auch von der Existenz der Partei Die LINKE, für die es in den USA z.B. keine Entsprechung gibt. Letztlich liegt die Differenz zwischen Befürwortern und Gegnern der selbst ernannten „Sammlungsbewegung“ in der Beantwortung folgender Fragen: Wird sich politisch etwas verändern, wenn viele Menschen sich per Mausclick zu diesem Projekt positionieren? Und: Wird es zu konkreten Aktivitäten dieser Menschen kommen? Wer von den Regierenden wird sich davon beeindrucken lassen bzw. was wird sich konkret an den Verhältnissen ändern?

Aus zwei Gründen ist durch dieses Projekt – außer einem zeitlich befristeten Medienhype – kein politischer Umbruch in diesem Land zu erwarten. *Erstens* ist das inhaltliche Programm so beschränkt und vor allem auch so unkonkret, dass damit keine motivierenden, lebendigen Bewegungen angestoßen werden können. Schon der Ansatz (siehe oben) macht deutlich, dass die Initiator\*innen meinen, sie könnten heute – in Zeiten des Neoliberalismus – mit den Rezepten der 1960er Jahre (vor allem des Keynesianismus) nennenswerte Veränderungen in Gang setzen. Alles ist auf Regierungsbeteiligung einer klassisch sozialdemokratischen Partei ausgerichtet.

Nur ein paar Beispiele aus dem bisher bekannt gewordenen Programm:

„Die Bundeswehr als Verteidigungsarmee in eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft einbinden, die Ost und West umfasst. [...] Sicherheit im Alltag: mehr Personal und bessere Ausstattung von Polizei, Justiz und sozialer Arbeit; ein Strafrecht für Unternehmen statt Kapitulation des Rechtsstaats. Ein europäisches Deutschland in einem geeinten Europa souveräner Demokratien. [...] Hilfe für Menschen in Not: Das Recht auf Asyl für Verfolgte gewährleisten, Waffenexporte in Spannungsgebiete stoppen [warum eigentlich nur solche in Spannungsgebiete?] und unfaire Handelspraktiken beenden, Kriegs- und Klimaflüchtlingen helfen, Armut, Hunger und Elendskrankheiten vor Ort bekämpfen und in den Heimatländern Perspektiven schaffen.“

Dies bleibt alles so unkonkret, dass es nichts anderes darstellt als ein „klassisch“ sozialdemokratisches Wahlprogramm. Und genau dies entspricht ja auch der Existenz-

berechtigung dieser „Sammlungsbewegung“. Wenn sie nicht vorher schlapp macht, wird sie sich spätestens 2020 (rechtzeitig zur Bundestagswahl 2021) als neue Partei konstituieren. Ein konkretes Engagement in den realen Widerstandsbewegungen ist überhaupt nicht in der Planung.

Kann dies denn nicht von den neu sich dort (in der „Sammlungsbewegung“) engagierenden Kräften durchgesetzt werden? Das führt zu dem zweiten Grund, weshalb #Aufstehen keine positive Rolle spielen kann. Dieses Projekt wird aufgrund seiner ganzen Anlage und der Struktur, die die Macher\*innen eingerichtet haben, immer unter der Kontrolle ihrer Initiator\*innen bleiben. Ihr Hauptargument für ihre besondere (alles entscheidende) Kompetenz wird sein, dass sie als die medial im Mittelpunkt stehenden Figuren das Sagen haben müssen. Sie verantworten das, wofür die „Sammlungsbewegung“ steht....

### „Konkrete Kampagnen“?

Hunko: „Im Unterschied zu den bisherigen Gesprächen über mögliche »rot-rot-grüne« Koalitionen ist »Aufstehen« weit weniger ein Hinterzimmer- und Funktionärsprojekt, sondern sucht neben parteilosen Anhängerinnen und Anhängern der drei Parteien entlang konkreter Kampagnen zu mobilisieren.“ Um welche konkreten Kampagnen kann es sich denn handeln, wenn die Mitglieder dieser „Sammlungsbewegung“ in den auf der Straße (oder im Hambacher Forst) real aktiven Bewegungen nicht aufzufinden sind? Ist es nicht vielmehr so, dass die von Hunko erhofften „Kampagnen“ nichts anderes sein werden als Wahlkampagnen?

Mit Hilfe der Medien ist das Projekt auf die medial gehypte Person Sahra Wagenknecht zugeschnitten. Eine Mitwirkung an der Ausarbeitung der Ziele und der *zentralen politischen Strategie* ist dadurch für diejenigen, die sich als Interessierte gemeldet haben, völlig ausgeschlossen. Bestenfalls können sie Nuancen in das auszuformulierende Programm einbringen. Dadurch, dass #Aufstehen ein absolutes Top-Down-Projekt ist, und auch Monate nach der Ankündigung (die ersten Ankündigungen stammen vom Jahresanfang!) nicht klar ist, wer eigentlich die Macher\*innen sind (es ist ein geheim operierender Kreis aus dem „Team Sahra“), haben die örtlichen Mitgliederversammlungen, die sich in den letzten Wochen an einer Reihe von Orten gebildet haben, keine Möglichkeit, sich innerhalb der „Sammlungsbewegung“ für die eine oder andere konkrete Kampagne stark zu machen, sich mit anderen dafür kurzzuschließen und Beschlüsse herbeizuführen. Da helfen letztlich auch die sozialen Medien oder die

sogenannte „liquid democracy“ nicht weiter. Die öffentliche Darstellung des Projekts bleibt fest in den Händen der Initiator\*innen, die nicht bereit sind, sich einer demokratischen Willensbildung zu unterwerfen.

Im Unterschied zu den nur der Selbstdarstellung dienenden „Kampagnen“ von #Aufstehen (wozu auch die angedachte „Großdemo“ vor dem Kanzleramt gehört, zu der sie sich wohl mit keiner anderen Organisation verabreden wollen) gibt es in der BRD sehr wohl reale Bewegungen: bei der Unterstützung von Flüchtlingen, im antirassistischen Kampf, bei Mieterinitiativen, bei antimilitaristischen Mobilisierungen, bei Stuttgart 21, beim Hambacher Forst usw. Und es gibt einen wachsenden Teil der Gesamtbevölkerung mit zumindest ansatzweise antikapitalistischem Bewusstsein. Es ist allerdings noch keine politische Kraft entstanden, die es vermag, all diese Bewegungen zusammenzubringen, um mit vereinter Kraft mehr als nur punktuelle Erfolge zu erzielen.

Eine solche Kraft aufzubauen, ist die große Herausforderung unserer Zeit. Die Partei Die LINKE ist dies ansatzweise dort, wo sie Teil der real existierenden Bewegungen ist. Sie ist es nicht, soweit sie mitregiert, denn Teil einer bürgerlichen Regierung in nicht revolutionären Zeiten zu sein, hat zwangsläufig zur Folge, dass man die Misere mitverwaltet. In Zeiten des Neoliberalismus müssen die Mitregierenden sogar neoliberale Politik praktizieren, von Privatisierungen, über Braunkohleabbau bis zu Abschiebungen.

### Gefahr der Spaltung der LINKEN

In keiner Weise lassen die Aussagen der Initiator\*innen Lafontaine/Wagenknecht oder das Programm einen sozialistischen Anspruch erkennen, und zwar mit Absicht, denn es soll ja für Menschen der heutigen SPD und der heutigen Grünen akzeptabel sein. Weder wird die Bedeutung realer Bewegungen herausgestellt, noch gibt es konkrete Forderungen, die der Bewusstseinsbildung wirklich förderlich wären.

Somit hat dieses Programm einzig und allein die Funktion eines Wahlprogramms und steht damit auch deutlich rechts von dem der Partei Die LINKE. Leider ist nun ein bedeutsamer Teil der Partei für ein solches Herangehen empfänglich und neigt zum Mitmachen bzw. ist dort schon Mitglied. Was sind die Effekte?

Trotz dieser schweren politischen Hypothek, die die Initiator\*innen diesem Projekt auferlegt haben und von der sie auch nicht lassen werden (dafür ist Wagenknecht schon zu lange darauf festgelegt), sind unter den mehr als

100 000 bei #Aufstehen Registrierten sicher auch viele Menschen, die den Kapitalismus satt haben und die für eine sozialistische Perspektive gewonnen werden können (im Programm von #Aufstehen ist rein gar nichts zu finden, das auf ein Ziel jenseits des Kapitalismus orientieren würde). Mit diesen Menschen wollen wir ins Gespräch kommen. Aber ich sehe in diesem Projekt als solchem keine positiven Erfolgchancen. Im Gegenteil!

Eine politische Verschiebung der bundesdeutschen Verhältnisse ist – trotz des Medienrummels – mit diesem Projekt erst mal nicht verbunden. Medienevents können keine realen Kräfteverhältnisse in den Betrieben, in den Gewerkschaften oder auf der Straße (oder gegen die Polizeigesetze) bewirken, jedenfalls nicht im Sinne der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Dazu bedarf es realer Bewegungen.

So kritisch wir gegenüber der LINKEN sind, so sollten wir doch festhalten: Die einzige – wenn auch reformistische und in manchen Dingen scharf zu kritisierende – Partei, die an der Seite der meisten realen Bewegungen steht, ist die Partei Die LINKE. Sie ist aufgrund ihrer Heterogenität schon eine Art Sammlungspartei. Genau diese Partei aber wird durch die selbstproklamierte „Sammlungsbewegung“ #Aufstehen infrage gestellt.

Die einzige Existenzberechtigung von #Aufstehen liegt in der Vorbereitung einer Parteigründung, auch wenn dies bislang bestritten wird. Kommt diese Gründung zustande, dann ist es eine Konkurrenz zur Partei Die LINKE von rechts. Das Ergebnis einer solchen Konstellation ist heute noch ungewiss, aber es wird bestimmt nicht zu einer größeren Glaubwürdigkeit und Attraktivität der linken und antikapitalistischen Kräfte führen. Und eine SPD der 1960er oder 1970er Jahre „reloaded“ brauchen wir ja nun wirklich nicht.

**1** Friedrich Voßkuhler, „Gerechtigkeit? Was ist das?“ (Vortrag für den Kongress „Gesellschaftliche Spaltungen“ der Neuen Gesellschaft für Psychologie vom 9. bis 12. März 2017 in Berlin), in: Klaus-Jürgen Bruder, Christoph Bialluch, Jürgen Günther (Hg.): „Gesellschaftliche Spaltungen. Zur Wahrnehmung von Ungleichheit und Ungerechtigkeit in Politik und Gesellschaft“, Gießen (Psychosozial-Verlag) 2018, S. 195 f.

**2** Wagenknecht, a. a. O. S. 22 f.

**3** a. a. O. S. 27

**4** a. a. O. S. 231

**5** Ihr Manifest *Mover ficha: convertir la indignación en cambio político* („Spielstein bewegen: Die Empörung in politische Veränderung verwandeln“) wurde im Januar 2014 vorgestellt und bezieht sich auf die am 15. Mai 2011 durchgeführte landesweite Großmobilisierung des *Movimiento 15-M* („Bewegung

15. Mai“), also der *Indignados* („Empörten“). Sie formierten sich als Reaktion auf die Sozialabbauprogramme im Gefolge der Wirtschaftskrise von 2008/2009.

**6** Andrej Hunko ist Mitglied im Parteivorstand der Partei Die LINKE.

---

## WOCHENENDSEMINAR

---

### Rätedemokratie und Arbeiter\*innen-selbstverwaltung

#### Mosaiksteine einer konkreten Utopie

**Sa./So., 26./27. Januar 2019/ Frankfurt am Main**

Beginn: Samstag, 13 Uhr, Ende: Sonntag, 13 Uhr

Anmeldung sowie Informationen zu Kosten und Übernachtung:

[wochenendseminare@intersoz.org](mailto:wochenendseminare@intersoz.org)

Die Ausstrahlungskraft und Wirkmächtigkeit der Linken leidet darunter, dass sie nicht in der Lage ist, anschaulich dazulegen, wie im 21. Jahrhundert eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus aussehen könnte.

Wir haben weder ein „Mutterland des Sozialismus“, auf das wir stolz verweisen können, noch ein kurzes handliches Kochbuch, in dem wir alle Antworten auf die Probleme der Menschen im real existierenden Kapitalismus des 21. Jahrhunderts nachschlagen können.

Was wir haben, ist eine Vielzahl von Erfahrungen, an die wir anknüpfen können.

Zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution von 1918 wollen wir einige dieser Erfahrungen aufgreifen und der Frage nachgehen, inwiefern sie einen Beitrag zu der noch zu entwickelnden konkreten Utopie leisten können.

■ Die Rätebewegung in Deutschland 1918 bis 1920 – Theorie und Praxis

■ Licht- und Schattenseiten der jugoslawischen Arbeiter\*innenselbstverwaltung: Was wir von Jugoslawien lernen können

■ Die Konzepte des demokratischen Föderalismus, der Autonomie und der Räte in Rojava

■ Was bedeutet das für hier und heute?

■ Plädoyer für sozialistische Demokratie und demokratisch geplante Wirtschaft

Mit unserem Seminar versuchen wir einen Beitrag zur „Vermessung der Utopie“ zu leisten.

**Veranstalter:**

**Internationale Sozialistische Organisation (ISO)**

---

# RESOLUTION DES AKL-LÄNDERRATS VOM 16.09.2018

Für eine demokratische und antikapitalistische Linke – Aufstehen ist kein Schritt in diese Richtung

**1** Nichts hätte dieses Land nötiger als eine breite gesellschaftliche Oppositionsbewegung, in der alle Kritiken und Widerstandsbewegungen gegen einzelne Aspekte des realen Kapitalismus – vom Niedriglohnsektor und Prekariat; über Wohnraumangel und Mietwucher; Überwachungsstaat und Abbau demokratischer Rechte; Diskriminierung von Migrant\*innen und Rassismus; den Kampf um Geschlechtergerechtigkeit und sexuelle Selbstbestimmung, gegen die Profitlogik in der gesamten öffentlichen Daseinsvorsorge, dem Protest gegen die Handels- und Investitionsschutzabkommen des Kapitals; Zerstörung von Klima und Umwelt bis zum Kampf gegen die permanente Kriegsgefahr und Rüstungsproduktion – in einer gemeinsamen politischen Opposition zusammengeführt werden. Eine Bewegung, der sich auch junge Leute anschließen können, die ihrer Unzufriedenheit und Zukunftsängsten entkommen wollen. Eine Bewegung, die alle gesellschaftlichen Kräfte, allen voran die Gewerkschaften, auf Trab bringt und eine neue Welle an emanzipatorischer, kritischer und sozialistischer Wissenschaft und Kultur auslöst. Eine Bewegung für die Vielen, eine Bewegung für den Sozialismus.

**2** Wir sehen die Partei DIE LINKE als einen Ausgangspunkt für eine solche Bewegung. Wir kämpfen dafür, dass die LINKE in diesem Sinne mehr bewegungsorientiert wird. Dass sie sich als Partei von Aktiven in Betrieben, Schulen, Universitäten und Stadtteilen aufbaut. Wir sehen in den Kampagnen der LINKEN gegen die Krise im Pflege- und Gesundheitsbereich sowie gegen die Wohnungsnot und Mietwucher ebenfalls gute Ansätze. Wir beteiligen uns mit aller Macht an den Bewegungen gegen den Rassismus im Alltag und gegen die rassistische Politik aller anderen Parteien gegen Geflüchtete.

Unsere Kritik an der LINKEN richtet sich gegen die immer wieder aufflackernde Unterordnung unter angebliche Sachzwänge des Kapitalismus. Sie richtet sich gegen Regierungsbeteiligungen mit prokapitalistischen Parteien,

in denen die Missstände verwaltet und die Verhältnisse nicht im Sinne der arbeitenden Bevölkerung verändert werden sowie gegen die wachsende Versumpfung im Parlamentarismus, der immer wieder auch lebenswichtige demokratische Strukturen und Umgangsformen in der Partei geopfert werden.

**3** Wir messen auch die neue Initiative „Aufstehen“ vorrangig nur an diesen Zielen und Aufgaben. Alle bisherigen Bausteine von „Aufstehen“ – die Art der Entstehung der Initiative, ihre inhaltliche Plattform, ihre innere Verfasstheit, ihre Ansprache an die möglichen Unterstützer\*innen und deren demokratische Beteiligung und nicht zuletzt ihre gegen die reale LINKE gerichtete Wirkung – lassen uns zur Auffassung kommen, dass „Aufstehen“ keinen Schritt in Richtung einer solchen breiten Oppositionsbewegung ist, wie sie oben skizziert wird, sondern leider ein echter Rückschritt in vielen Aspekten.

**4** „Aufstehen“ wirbt mit einem unverantwortlich reduzierten inhaltlichen Aufruf. Die kapitalistische Realität von heute wird nicht annähernd richtig beschrieben. Die für Linke entscheidende Eigentumsfrage wird nicht oder falsch gestellt. Die wichtigsten gesellschaftlichen Bewegungen werden nicht genannt. Wir erleben einen neuen großen Aufschwung der Bewegung gegen Rassismus und für Solidarität mit den Geflüchteten. Aufgrund der üblen Politik vom Innenminister Seehofer besteht nach zwanzig Jahren erstmals wieder die Chance, dass eine Wahl nicht mit Ausländerfeindlichkeit und Rassismus gewonnen, sondern verloren werden kann. Uns ist unbegreiflich, wie eine neue linke „Bewegung“ sich dieser realen Bewegung so verweigern kann.

Die Umweltbewegung und auch die LINKE mobilisieren aktuell massiv für einen schnellen Kohleausstieg. Jedes Jahr im Januar findet eine der größten Demonstrationen in Deutschland gegen die Umweltzerstörung und sichere Landwirtschaft und Nahrungsversorgung statt. Es gibt massenhafte Proteste gegen die Feinstaubbelas-



tung in den Städten, gegen Glyphosat auf den Feldern und gegen die nach wie vor betriebene und geförderte Atomenergie. All das findet im Aufruf von „Aufstehen“ nicht statt.

**5** „Aufstehen“ ist ein Versuch, ein altes sozialdemokratisches Politikmodell modisch aufzupeppen. Es soll der Kapitalismus repariert und flott gemacht werden. Dabei wird eine fahrlässige Gleichsetzung von Sozialstaat und Nationalstaat betrieben, dass einem angst und bange werden kann, wie leicht an dieser Schnittstelle auch rechte politische Kräfte andocken können und bereits andocken.

Es wird kein Revival einer sozialdemokratischen Politik mit kleinen Rosinchen für die Volksmassen und ungestörtem kapitalistischem Wachstum geben. Linke Politik muss antikapitalistisch sein, sonst ist sie keine linke Politik.

Gar nicht zu reden, dass „Aufstehen“ nicht einen Atemzug dafür verwendet, für eine neue Gesellschaft, für sozialistisch-demokratische Produktionsverhältnisse zu werben.

**6** „Aufstehen“ ist ein undemokratisches, intransparentes Projekt, das von oben initiiert und gesteuert wird. Auch die versprochene Mitgestaltung durch digitale Mittel einer „liquid democracy“ wird diese demokratischen Defizite nicht beheben. Viele Erfahrungen zeigen, dass eine internetbasierte Mitgliederbeteiligung nicht zu wirklich demokratischen Diskussions-, Entscheidungs- und Wahlprozessen führt, sondern die Kontrolle und Entscheidungsmacht von Politprofis und Prominenz stärkt. Es gibt keinen Weg an einer demokratischen Verfasstheit vorbei – mit Mehr- und Minderheiten, politischen Meinungsstreit, politischen Strömungen und einer Dialektik von demokratischer Debatte mit Einheit in der Aktion. Die Organisationsform der LINKEN ist in unseren Augen auch nicht perfekt, aber um Längen demokratischer als das, was „Aufstehen“ verspricht. Wir werden unermüdlich an einem Ausbau der Demokratie in der LINKEN und der Überwindung ihrer Fixierung auf den Parlamentarismus arbeiten.

**7** „Aufstehen“ ist eine ärgerliche Zweitauflage von Rot-Rot-Grün mit ausschließlicher Orientierung auf Wahlkämpfe und Regierungsbeteiligung. Während die alte R2G-Orientierung auf ein Bündnis der realen Parteien SPD, GRÜNE und LINKE orientierte, inklusive der gewählten Parteivorstände, will „Aufstehen“ diese Einheit von SPD, GRÜNEN und LINKE von „unten“ an den gewählten Parteiführungen vorbei organisieren. Es sollen die „anständigen“ Sozialdemokraten und Grünen geworben und die LINKE umgekrenpelt werden.

Wir sind davon überzeugt, dass dies in der Praxis nicht klappen wird, weil der Charakter von SPD und Grünen als seit vielen Jahren für die neoliberale Politik verantwortliche Regierungsparteien in Bund, Ländern und Kommunen dazu geführt hat, dass die klassische Basis der Sozialdemokratie unter einfachen Lohnabhängigen weitgehend erodiert ist und es kaum linke Kräfte in der Partei gibt, die bereit sind, einen dafür nötigen Konflikt mit der eigenen Partei und ihrem Apparat einzugehen bzw. die Grünen ihre fortschrittliche Aktivenbasis weitgehend verloren haben.

Wir befürchten, „Aufstehen“ wird deshalb nur wenig Eindruck bei SPD und GRÜNEN hinterlassen, auf die LINKE wird sie allerdings – auch und gerade weil sie am wenigsten direkt angesprochen und einbezogen wird – sehr stark und sehr schnell spalterisch wirken.

**8** Der Länderrat der AKL bleibt deshalb überaus skeptisch gegenüber der Initiative „Aufstehen“. Wir werden uns daran nicht beteiligen. Aber wir werden sie weiterhin kritisch begleiten, zur inhaltlichen Debatte auffordern und sie an ihren eigenen Ansprüchen messen. Dazu gehört auch die Unterstützerinnen und Unterstützer von „Aufstehen“ zu aktiver Beteiligung an den Kämpfen und Kampagnen für mehr Personal in den Krankenhäusern, gegen Wohnungsnot und Mietwucher, gegen Rassismus und Rechtspopulismus, für Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz aufzufordern und zur Zusammenarbeit bereit zu sein. Gleichzeitig fordern wir die Genossinnen und Genossen, und vor allem die Funktions- und Mandatsträger\*innen der LINKEN, die „Aufstehen“ unterstützen auf, sich an die Beschlüsse und Grundsätze der Partei zu halten.

<https://www.antikapitalistische-linke.de/?p=2750>





# HINTER DEM PARAVENT

---

Sie sind gekommen, um zu bleiben: das schwarz-blaue Bündnis zwischen der „neuen“, jedenfalls neoliberalen ÖVP und der altbekannten, jedenfalls rechtsradikalen FPÖ will auf Jahre hinaus „übernehmen“, das Ziel ist ein „schlanker, jederzeit überwachbarer Staat. Da stören soziale Rechte ebenso wie der lästige Wunsch nach Kontrolle. Wie das rechte Duo in Österreich agiert, was es noch vor hat und wen es stört, dass alle nach deren Fassung glücklich werden sollen.

■ **Kurt Hofmann**

---

■ Sie sind wohl ein seltsames Paar, der selbsternannte „Bewegungs“-Anführer Kurz und der altgediente rechte Führer Strache. Dennoch wissen beide, wie man mit Ressentiments (gegen Flüchtlinge) Stimmen gewinnt und das konsequente „message control“ Einigkeit vortäuscht – das reicht schon fürs Erste zum erfolgreichen Regieren in diesem schönen Land ...

## Der eine Teil: Die FPÖ

„Egal, wo du hinfährst und dieses Thema ansprichst, überall sind die Leute schockiert darüber, dass die FPÖ in der Regierung sitzt. Nur in Österreich nicht. Hier wird über diesen skandalösen Umstand im selben Tonfall geplaudert wie über den Wetterbericht. [...] Mitglieder dieser Partei haben sich seit Jahrzehnten mit antisemitischen (seit neuestem vermehrt pauschal antiislamischen), nationalistischen und sonstigen widerlichen Rülpsen hervorgetan, den Hitlerismus verharmlost und gutgeheißen. Feindlichkeit gegen Zugereiste zur Wahlkampfmunition gemacht, kritische Kunst verunglimpft und sich laufend durch unappetitlichen Chauvinismus hervorgetan. Sie haben uns ausreichend wissen lassen, welcher Gesinnung sie sind.“  
(*Der Standard* 5./6./7.1.2018, S.42; – Der Heimvorteil – Kommentar der Anderen) So äußert sich der Musiker Markus Binder in einem Gastkommentar für die Tageszeitung

*Der Standard* und lässt seiner Empörung freien Lauf.

So ist es, und doch pochen sie auf „Normalität“. Hätte man sie denn gewählt, wären sie so, wie man sie sieht? Was sagt das denn über ihre Wähler\*innen aus? Freilich beherrschen sie – anders als etwa die AfD – die Kunst, für eine gewisse Zeit den Eindruck zu erwecken, einigermaßen domestiziert zu sein. Bis ...

## Rechter Machtrausch: Kickl

Ausgerechnet Herbert Kickl, der mit seinen Brandreden in der internationalen rechtsradikalen Szene seit Jahren ein vielgebuchter Referent ist, zum Innenminister zu berufen, hieß, den Bock zum Gärtner zu machen. Und wie er sein neues Betätigungsfeld liebt: Längst schon hat er es auch in dieser Funktion zu internationaler Bekanntheit gebracht: Da wäre die wohl durch ihn initiierte „BVT-Affäre“, die mittlerweile auch einen Parlaments-Untersuchungsausschuss beschäftigt.

Für die – mittlerweile gerichtlich als rechtswidrig erkannte – Durchsuchung des BVT (Bundesamt für Verfassungsschutz) wurde die – nicht zuständige, aber unter freiheitlicher Leitung stehende – Polizeieinheit für Straßenkriminalität eingesetzt. Die Belastungszeugen gegen die Beschuldigten erschienen durchwegs jeweils mit einem von Kickls Generalsekretär Goldgruber „empfohlen-

nen“ Begleiter. Keine Beschuldigte, allenfalls Zeugin war die Leiterin des Extremismusreferates, die einige Tage vor der Durchsuchung eine informelle Anfrage erhielt, ob und wenn ja, von wem gegen Burschenschaftler ermittelt werde ... Später, in ihrer Aussage vor dem Untersuchungsausschuss, merkt sie an: „Meine erste Überlegung war: „Das ist jetzt der Tag X, von dem in der Szene immer gesprochen wurde [...]“ Die Szene meint die rechtsradikale Szene und das Szenario für den Tag X erscheint ihr angesichts des martialischen Auftritts des Polizeitrupps als jenes eines rechten Putsches. So schlimm kommt es zwar nicht, doch es werden ihr angesichts ihrer „unkooperativen Haltung“ Konsequenzen angedroht.

Und da wären die von Kickls Ressortsprecher an die Landespolizeidirektionen versandten „Anregungen“ zum Umgang mit der Presse. Die Kommunikation mit kritischen Medien sei auf das Notwendigste einzuschränken, bei befreundeten Medien müsse wiederum die Polizei quasi die Regie für den endzufertigenden Bericht führen. Die Medien als Spielball der Polizeiinteressen: Angesichts dieses offenkundigen Angriffs auf die Pressefreiheit leuchteten selbst beim stets den koalitionären Vorgängen ihren Lauf lassenden Kanzler die Warnsignale – es folgte eine (sehr formale) Distanzierung ... Noch schlimmer aber war die Randanmerkung des Rundmails: so sollten künftig bei jedem Delikt die Herkunft und der Aufenthaltsstatus eines jeden Straftäters genannt werden – die offenkundige Absicht dieser Maßnahme ist die Errichtung eines xenophobischen Prangers – zwecks Aufhetzung.

Kickl hat die niedrigsten Beliebtheitswerte aller Minister\*innen: zu eindeutig ist seine Positionierung, zu hasserfüllt sein Gehabe. Sein Rücktritt wäre ein Erfolg des Protests der parlamentarischen wie der außerparlamentarischen Opposition. Allerdings ist zu hinterfragen, was der Austausch einer Charaktermaske gegen eine andere bewirken sollte, auch darf nicht vergessen werden, dass Kickl derzeit der Dorn im Fleisch einer auf „message control“ und sorgsamste Bedachtnahme in Bezug auf ihre Außenwirkung legenden Regierung ist. Kickl gewährt durch seine polarisierende Wirkung einen Blick auf das Geschehen hinter den Kulissen, hinter dem „Paravent“.

### **Der andere Teil: Was die (neoliberale) „Bewegung“ vorhat**

Sebastian Kurz, ein seitenverkehrter Robin Hood, der den Armen nimmt und den Reichen gibt, hat damit begonnen, sein Programm konsequent umzusetzen. Die Unternehmen sollen entlastet werden – durch Steuergeschenke und

Gesetzesänderungen zu Gunsten der „Fleißigen“ (so nennt die Kurz'sche Propaganda die Gemeinschaft der Erben).

„Der Faktor Arbeit soll im Steuer- und Abgabenbereich nachhaltig entlastet werden, die Treffsicherheit von Sozialleistungen erhöht und das Missbrauchspotential gesenkt werden.“, heißt es im Regierungsprogramm – eine gefährliche Drohung.

Als in Arbeit Stehender krank zu werden, gilt als verdächtig („Keine Verlängerung des Arbeitslosengeldbezuges durch Krankenstände außer bei stationären Aufnahmen – Bekämpfung von Sozialmissbrauch“), krank machende Faktoren zu untersuchen, als kontraproduktiv („Arbeitnehmerschutzfaktoren: Generelle Durchforstung der Bestimmungen dahingehend, was notwendig ist ...“)

Konsequenterweise soll das Arbeitsinspektorat nur mehr „beraten“ und im Übrigen durch umfassenden Planstellenabbau geschwächt werden ...

Zweifellos krank machend ist es, wenn man zwölf Stunden am Tag arbeiten muss. Das findet selbst die ehemalige ÖVP-Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky, eine Ärztin: „Ich bin Medizinerin. Faktum ist, man kann sich nicht zwölf Stunden lang konzentrieren. Zahlreiche Studien beweisen, dass es negative gesundheitliche Auswirkungen hat, wenn man über einen längeren Zeitraum zwölf Stunden pro Tag arbeitet. Das habe ich als Spitalsärztin selbst gespürt. Noch fünf Jahre, nachdem ich den Spitaljob aufgegeben hatte, litt ich an Schlafstörungen.“ (*Kurier*, 6.7.2018, S.4) Und zur behaupteten „Freiwilligkeit“ der Maßnahme: „Die ‚Freiwilligkeit‘ wird es nicht geben. Der Druck wird sich erhöhen.“(ebd.)

Den „12-Stunden-Tag“ in die Gänge zu bringen, war Kurz so wichtig, dass er das Gesetz als Initiativantrag im Parlament einbringen ließ, um so die vorgeschriebene Begutachtung zu umgehen. Das zwölfstündige Arbeiten könne vom Unternehmer anlassbezogen angeordnet werden. Aber, selbstverständlich habe der Arbeitnehmer das Recht, in wichtigen Fällen um Dispens anzusuchen, schließlich erfolge ja alles „freiwillig“. Was es in der Praxis heißt, mehr als einmal auf diese Möglichkeit zurückzugreifen und welche Konsequenzen dies für den Lohnabhängigen hat, bedarf keiner ausgeprägten Phantasie ... Naturgemäß wird dieses Gesetz, für dessen Einhaltung anders als zuvor keine Betriebsvereinbarung mehr notwendig ist (die Gewerkschaft soll tunlichst ausgeschaltet werden) von der Gewerkschaft massiv kritisiert. Weder bedarf es einer Vorankündigung für überlange Arbeitstage, noch gilt die bisherige Beschränkung der zulässigen Zahl von Überstunden. Auch der bisher selbstverständli-

che volle Lohnausgleich für eine derartige Mehrleistung ist nicht garantiert.

Zumutbarkeitsbestimmungen: Arbeitslose sollen künftig bis zu zweieinhalb Stunden „zumutbare Wegzeiten“ akzeptieren müssen (bis jetzt: zwei Stunden), im Falle einer Teilzeitbeschäftigung gilt ein Maß von zwei Stunden für die Hin- und Rückfahrt.

Schwarzarbeit: Musste der Unternehmer bisher für jeden nicht angemeldeten Arbeiter eine Pönale zahlen, ist jetzt eine Pauschale für alle nicht Angemeldeten vorgesehen, also sozusagen ein Betrugsrabatt.

Indexierung der Familienbeihilfe für im (EU-)Ausland lebende Kinder durch Angleichung an das landesübliche Niveau: Wenn etwa eine slowakische Pflegerin bislang eine Familienbeihilfe von 114 bis 165 Euro (je nach Alter des Kindes) pro Monat erhielt, würde sie nach diesem Modell nur mehr 24 Euro pro Kind und Monat erhalten.

Kindergärten: In Zeiten von „flexiblen“ Arbeitszeiten wären arbeitende Eltern auf ein funktionierendes System von Kindergärten (bzw. Ganztagschulen) angewiesen. Das Gegenteil ist der Fall. Nur in Wien sind Kindergärten ganztägig geöffnet.

Die Zuschüsse des Bundes an die Länder für die Kindergärten wurden um 30 Millionen reduziert. Ganztagschulen sind dieser Regierung ohnedies (aus ideologischen Gründen) suspekt.

Umweltverträglichkeit: Weil lästige Umweltschützer\*innen den Bau der dritten Piste am Flughafen Schwechat durch ihre Einsprüche jahrelang verzögert und beinahe verhindert haben, gibt es nun ein in dieser Form wohl europaweit einzigartiges Anlass-Gesetz: Das Standort-Entwicklungsgesetz sieht bei Großprojekten im „besonderen Interesse der Republik“ vor, dass nach Ablauf einer bestimmten Frist ein Bau automatisch als genehmigt gilt, auch dann, wenn die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht abgeschlossen ist.

Scheinselbstständigkeit: Waren bislang die Prüfer\*innen der Gebietskrankenkassen (deren Zerschlagung übrigens demnächst in Form einer dubiosen „Kassenreform“ ansteht) für die Kontrolle bezüglich der korrekten Einstufung von Arbeitsverhältnissen zuständig, so dürfen sich ab jetzt die Unternehmer\*innen in Gestalt der Sozialversicherungsanstalt der Selbstständigen selbst kontrollieren ...

Mindestsicherung: Da es sehr wahrscheinlich ist, dass die von der Regierung angedachte Übernahme des (besonders repressiven) oberösterreichischen Modells vom Verfassungsgericht aufgehoben würde, prüft Schwarz-Blau

nun andere, möglicherweise rechtskonforme Modelle. Man will jedenfalls ein bundesweit einheitliches Modell mit der Vorgabe einer eindeutigen Schlechterstellung gegenüber dem schon bisher kaum zum Leben reichenden.

Das Vorhaben, die (über einen längeren Zeitraum gewährte) Notstandshilfe zu (Un-)Gunsten des Abstiegs in eine Hartz-IV-ähnliche Mindestsicherung zu kippen, wurde ebenfalls aus rechtlichen Überlegungen aufgeschoben.

Dies war eine unvollständige Aufzählung von Vorhaben der schwarz-blauen Regierung.

## Die Schutzsuchenden

Asylwerber\*innen und Asylberechtigte werden von der aktuellen Regierung, der sie allein durch ihre Existenz eine Mehrheit beschafft haben, ohnedies für alles, exklusiv des Wetters, verantwortlich gemacht. Die permanente Aufforderung an diese, sich endlich zu integrieren, wird durch entlarvende Aussagen eines zentralen Vordenkers der FPÖ, des derzeitigen Integrationsministers Norbert Hofer, die dieser anlässlich der Präsentation des Wahlprogrammes der FPÖ im September 2017 tätigte, ad absurdum geführt: „Hofer unterschied in Flüchtlinge und Zuwanderer. Für erstere sollte es künftig gar keine Integrationsmaßnahmen mehr geben, weil davon auszugehen sei, dass Asyl eben etwas ist, was man auf Zeit bekommt.“ (*Presse online*, 13.9.2017, Anna Thalheimer)

Und noch einmal Hofer, diesmal im O-Ton: „Ich verstehe nicht, warum es im Bereich Asyl Integrationsbemühungen gibt.“ (*Der Standard*, 13.9.2017)

Ein Denunziant spricht: „Es kann doch nicht sein, dass ein paar Nichtregierungsorganisationen das klare Ziel der 28 Staats- und Regierungschefs in Europa konterkarieren. Und das nicht nur mit dem Ziel, Leben zu retten, sondern gemeinsam mit den Schleppern Menschen nach Mitteleuropa zu bringen.“ (Sebastian Kurz im Interview mit der *FAZ Sonntagszeitung*, 14.10.2018, S.2)

## Tipps und Tricks

Ausgerechnet jene Regierung, für die Sozialkürzungen Programm sind, fordert die KV-Verhandler\*innen in einem gemeinsamen Appell auf, doch bitte für „kräftige Lohnerhöhungen“ bei den Kollektivvertragsverhandlungen zu sorgen ... War schon diese Aussage an Zynismus kaum zu überbieten, so setzte August Wöginger, ÖVP-Klubobmann (Fraktionsvorsitzender, [Anm. d. Red.] und ÖAAB-Obmann (ÖAAB: die ÖVP-„Arbeitnehmer“-Interessenvertretung) noch eins drauf, indem er die

alte langjährige (und von der ÖVP immer abgelehnte) gewerkschaftliche Forderung nach einer gesetzlichen Anrechnung von Karenzzeiten bei Lohnvorrückungen (Aufstieg in eine höhere Lohn- oder Gehaltsstufe, [Anm. d. R.]) als seine (bzw. die seiner Partei) ausgab, um die „Staffel“ – diese Frage betreffend einer gesetzlichen Umsetzung dieser hervorragenden Idee – umgehend an die Kollektivvertragspartner\*innen weiterzureichen. Frei nach dem Motto: „Macht ihr doch mal!“

### Wo bleibt die Linke?

Mit Zahlen lässt sich trefflich streiten – das wusste schon Goethe. 70 000 Demonstrant\*innen bei der ersten Demo gegen Schwarz-Blau, 100 000 bei der Gewerkschaftsdemo gegen den 12-Stunden-Tag, 20 000 bei der ersten der – nun wieder regelmäßigen (wie seinerzeit während Schwarz-Blau 1) „Donnerstag-Demos“, an die 500 000 Unterschriften für das Frauenvolksbegehren. Das alles klingt gut und überall dort war die Linke, oder präzise die radikale Linke auch mit dabei, mehr aber auch nicht. Es gab und gibt „zivilgesellschaftliche“ Kraftanstrengungen wie die erfolgreiche Verhinderung eines freiheitlichen Bundespräsidenten, es gab und gibt Projekte von diversen NGOs, auch bei alledem unter Beteiligung der Linken, die einmal mehr, einmal weniger Einfluss hatten.

Aber ein ambitioniertes Projekt wie das Einigungsprojekt „Aufbruch“ ist mittlerweile gescheitert, wegen Eitelkeiten, aus Besserwisserei gleichzeitig wie wegen zu vielen Köchen, die sich am offenbar ungenießbaren Brei versuchten, letztlich aber aus – Ermattung. Und täglich grüßt das Murmeltier ...

Noch einmal zu Zahlen: Nimmt man eine absurde Statistik zur Hand, so liegt Wien mit der Zahl der jährlich abgehaltenen Demos im europäischen Spitzenfeld. Aber da liegen Quantität und Qualität weit auseinander ...

Eine andere Statistik: Streiks werden in Österreich nach wie vor in Sekunden gemessen. Dennoch wäre die Gewerkschaft in der aktuellen Situation als Einzige imstande, langfristig dieser Regierung Paroli zu bieten. Immerhin sprechen Gewerkschafter\*innen neuerdings häufig von einem „Klassenkampf von oben“. Klassenkampf: dass diese Vokabel sich im Gewerkschafts-Duden findet, verwundert. Es wird noch dauern, bis sich der ÖGB aus der sozialpartnerschaftlichen Kuschelecke herausbewegt, aber je öfter ihm durch die „Klassenkämpfer von Oben“ klargemacht wird, dass er nicht mehr benötigt wird, umso mehr könnte das sein Bewusstsein schärfen. Selbst die alte Tante Sozialdemokratie (als größte parlamentarische Op-

position) könnte sich dazugesellen, wenn sie ihre hauseigenen Probleme zu lösen imstande ist.

Und die Linke? Sie muss – zumindest – wieder lernen, die richtigen Fragen zu stellen. Denn die Hoffnung währet immerdar ...



### Neu bei ISP



Karl Voßkuhler  
**Substanz und Differenz**

Ein Gegenentwurf zu Ernesto Laclau und Chantal Mouffe  
249 Seiten, 29,80 Euro  
2018, ISBN 3-89900-026-»

Der Kapitalismus befindet sich seit 2008 in einer Systemkrise. Ernesto Laclau und Chantal Mouffe bestreiten jedoch, dass es einen »Wesenskern des Kapitalismus« gibt. Eine politische Entscheidung zu suchen, sei ein vergeblicher Versuch der »Schließung des Sozialen«.

Das Buch kritisiert, dass Laclau/Mouffe das »automatische Subjekt« (Marx) – also das Kapital – völlig übersehen, zu dessen Gunsten das »Soziale« in der Tat »geschlossen« ist.

**Neuer ISP Verlag GmbH**  
Belfortstr. 7, D-76133 Karlsruhe  
Tel.: (0721) 3 11 83  
[neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de)  
[www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)

# REVOLUTION IN DEUTSCHLAND

Der folgende Artikel erschien vor 50 Jahren in der Zeitschrift *Quatrième Internationale* und arbeitet auf der Basis der seinerzeit verfügbaren Quellen und Untersuchungen in nach wie vor lesenswerter Art und Weise den Charakter und die Perspektiven der agierenden politischen und gesellschaftlichen Kräfte in den Monaten Oktober 1918 bis Januar 1919 heraus.

■ **Fernand Charlier**

**A**m 9. November 1918 wurde in Deutschland die Republik proklamiert und floh Kaiser Wilhelm II. mit seinem Sohn in die Niederlande. Er wurde von dem revolutionären Seegang mitgerissen, der über sein Land brandete und der bis 1923, eine Welle nach der anderen, ein ums andere Mal revolutionäre Situationen entstehen ließ. Gegenstand dieses Artikels ist es nicht, die Geschichte der deutschen Revolution von 1918 bis 1923 nachzuzeichnen. Es geht vielmehr, bescheidener, darum, den sozialistischen Charakter dieser Revolution und den Charakter der politischen und gesellschaftlichen Kräfte herauszuarbeiten, die in dieser Revolution die Akteure waren. Zu einem Zeitpunkt, wo die Armee der Verleumder aus Anlass eines Gedenkjahres wach wird, um zu ihrer Arbeit der Entstehung der Geschichte zu schreiten, kann solch ein Vorhaben nicht unnütz sein.

Die deutsche Revolution war direktes Produkt des militärischen Zusammenbruchs des Kaiserreichs und nicht, wie es die Oberbefehlshaber des Heeres wie General

Groener<sup>1</sup> nachher glauben machen wollten, deren Ursache. Die unhaltbare militärische Lage September/Oktober 1918 - nach der französischen Gegenoffensive, den Siegen der britischen Tanks, dem Zurückgehen der Front auf die Siegfried-Linie - drängte die Admiralität dazu, dass sie eine Entscheidungsschlacht gegen die britische Flotte provozieren und 80 000 Mann in eine verzweifelte militärische Auseinandersetzung werfen wollte. Dies war die unmittelbare Ursache für die Matrosenrevolte in Kiel.<sup>2</sup> Eintausend Matrosen verweigerten sich dem Krieg und wurden in Ketten gelegt, dies hatte eine Solidaritätsbewegung ihrer Kameraden zur Folge, die die Erfahrung der Matrosenrevolte vom März 1917 hinter sich hatten.<sup>3</sup> Die Bewegung dehnte sich rasch auf alle Zentren der Flotte aus, insbesondere auf Hamburg<sup>4</sup> und Bremen, während in Kiel selber erst Soldaten- und dann auch Arbeiterräte gebildet wurden.

Die Bewegung dehnt sich von der Küste auf das übrige Land aus. Dort geht die Vereinigung der Soldaten und der



Arbeiter, die von dem Krieg und dem Elend genug haben<sup>5</sup>, noch schneller vor sich.

Am 7. November übernehmen Arbeiter- und Soldatenräte in Köln, Hannover, Braunschweig, Bremen, Hamburg, Wittmund, Wilhelmshaven, Cuxhaven, Brunsbüttelkoog, Lokstedt, Rendsburg, Kiel, Lübeck, Altona, Rostock, Schwerin, Lehe, Geestemünde und München die Macht.<sup>6</sup> Diese Arbeiter- und Soldatenräte waren nicht spontan oder willkürlich entstanden: Wenn die Arbeiter und Soldaten diese Organisationsform übernahmen, folgten sie dem Beispiel der russischen Revolution und dem Beispiel ihrer eigenen Erfahrung der Streiks im April 1917 in Leipzig und in Berlin, die von den „Revolutionären Obleuten“ und den „unabhängigen Sozialisten“ angeführt wurden, und der Streiks vom Januar 1918 in Kiel und in Berlin.<sup>7</sup>

In der Nacht vom 7. auf den 8. November wird in München die Republik proklamiert.<sup>8</sup>

Berlin erreicht diese Bewegung erst ganz zuletzt, erst am 9. November ruft der Arbeiter- und Soldatenrat dort den Generalstreik aus, nachdem der Beschluss unter dem Druck der zentristischen Führung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) andauernd auf später aufgeschoben worden war.<sup>9</sup> Der Beschluss war dann der Gnadestoß für das Kaiserreich: Prinz Max von Baden übergab seine Vollmacht als Kanzler dem Sozialdemokraten Fritz Ebert, dessen Partei, die SPD, die einzige Kraft war, die die Bewegung bremsen konnte, der Kaiser musste abdanken.

Kern der Aktivitäten in Berlin waren die „Revolutionären Obleute“, ein Netzwerk von Delegierten, die eine Avantgarde ausmachten; es hatte sich während des Kriegs gebildet und seither bei allen großen Aktionen des Berliner Proletariats die Rolle eines „Zünders“ gespielt.<sup>10</sup>

Die Bewegung der Obleute entstand in der Metallindustrie. Ihre wichtigste Führungsperson war Richard Müller, der Leiter der Dreherbranche im Deutschen Metallarbeiterverband Berlin. So gut wie alle Mitglieder – anfangs nicht mehr als etwa 50 – waren Arbeiter, Ausnahmen waren Ernst Däumig, bis 1916 Redakteur des *Vorwärts*, und der unabhängige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Georg Ledebour<sup>11</sup>. Ihre Mittel waren Streiks und Straßendemonstrationen, damit unterschieden sie sich von der USPD, sie machten deren äußerste Linke aus. Ihr charakteristisches Merkmal war die Verbindung zu den proletarischen Massen, sie war deren Repräsentantin par excellence; das unterschied sie von der Mehrzahl der Spartakisten und Spartakistinnen.

Erst am 26. Oktober 1918 wurden drei Mitglieder der „Gruppe Internationale“, Karl Liebknecht (der drei Tage vorher freigelassen worden war), Wilhelm Pieck und Ernst Meyer in die Leitung der Obleute kooptiert.<sup>12</sup> Die Obleute, die tief in die Berliner Arbeiterklasse integriert waren, lösten den Generalstreik vom November aus. Auf ihre Initiative hin wurde die Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Berlin beschlossen; sie fand am 10. Dezember auf der Grundlage „ein Delegierter pro 1000 Beschäftigte“ bzw. „eines Delegierten pro Bataillon“ statt, sie versammelten sich am gleichen Tag im Zirkus Busch zur Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte von Groß-Berlin.

Auf dieser Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte von Groß-Berlin wurde ein Vollzugsausschuss eingesetzt, der zusammen mit der Vollversammlung selber zur permanenten Organisationsform der Rätewahl wurde und die neue Regierung einsetzte, die „Rat der Volksbeauftragten“ genannt wurde. Sie bestand aus drei Mitgliedern der SPD (Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Otto Landsberg) und drei Mitgliedern der USPD (Hugo Haase, Erwin Barth, Wilhelm Dittmann) und war am Morgen gebildet worden. Die sozialdemokratische Partei hatte sich sehr darum bemüht, die Beteiligung der Unabhängigen vor dem Zusammentreten der Räte zu erreichen, so dass diese die Zusammensetzung des Rats der Volksbeauftragten nur noch zu billigen hatten.

Der neu gewählte Vollzugsausschuss (Vorsitzende waren Richard Müller, USPD, und Hermann Molkenbuhr, SPD) war strikt paritätisch zusammengesetzt: 6 Mitglieder der USPD, 6 von der SPD, 12 Soldaten), dies geschah auf Druck der SPD, die bei den Soldaten eine überwältigende Mehrheit bekam. Wenn die USPD nachgab und in die Ebert-Regierung eintrat, so geschah das unter dem Druck der Soldatenvertreter.<sup>13</sup> Die Spartakisten hatten auf der Vollversammlung zu erreichen versucht, dass die Sozialdemokraten draußen gehalten würden, doch war es ihnen nur mit Mühe und Not gelungen, sich überhaupt Gehör zu verschaffen. Die Obleute waren Gefangene des Legalismus der USPD.

Die Spartakisten nannten sich noch bis zum 11. November „Gruppe Internationale“, an diesem Tag wurde die Bezeichnung der Gruppe auf ihrer Konferenz, die im [Hotel Exzelsior am] Anhalter Bahnhof in Berlin stattfand, in „Spartakusbund“ geändert.<sup>14</sup> Sie bildeten eine recht kleine Tendenz. Es wird geschätzt, dass es Anfang November nicht mehr als eintausend aktive Mitglieder des Spartakusbunds gab. Gruppen existierten in Stuttgart,



Braunschweig, Dresden, Chemnitz, Hanau, Duisburg, Düsseldorf und Berlin; in vielen deutschen Städten gab es also noch keine Gruppen. Bei dem Generalstreik vom Januar 1918 hatten die Spartakisten nur eine Rolle am Rande gespielt.<sup>15</sup>

Es mag paradox erscheinen, dass die in der Spartakusgruppe organisierte radikale Linke so schwach und dass die SPD ein so ausschlaggebendes Gewicht hatte, die Arbeiterklasse sich aber an einer Revolution beteiligt hat, Organe vom Typ der Sowjets, was die Räte ja waren, durchgesetzt und eine Phase der Doppelmacht eingeleitet hat. Dies fand bereits am 9. November 1918 symbolischen Ausdruck in dem Umstand, dass zum Zeitpunkt, als Scheidemann von der SPD vom Balkon des Reichstags die Republik ausrief, Karl Liebknecht einen Kilometer entfernt davon im Kaiserpalast die sozialistische Republik ausrief.

Die SPD hatte nach wie vor den Rückhalt einer Mehrheit. Ihre Ziele waren am 9. November erreicht und mehr als das. Schon im Oktober hatte die Ernennung der Regierung des Prinzen Max von Baden mit einer Beteiligung der SPD die Einführung eines parlamentarischen Systems vom bürgerlichen Typus angezeigt. Erst am 31. Oktober sprach sich der *Vorwärts*, die Tageszeitung der SPD, für den Abtritt des Kaisers aus. Als der Rücktritt am 9. November erreicht war, hielt die Revolution in ihrem Schwung an. Die Revolution vom November 1918 war Frucht der spontanen Erhebung der Soldaten und der Arbeiter\*innen gegen die Fortsetzung des Kriegs. Es war eine Revolte gegen eine Situation, die unerträglich geworden war. Doch haben die Soldaten und die Arbeiter\*innen, die der Mehrheitssozialdemokratie folgten, nicht in einem gewissen Sinn die Revolution gegen sich selber gemacht?

Die Lage ist ohne eine genauere Untersuchung der Kräfte, die sich in der Arbeiterbewegung gegenüberstehen, und ohne in Betracht zu ziehen, ein wie tiefer Graben zwischen den Führungen und der Basis in sämtlichen Tendenzen der Arbeiterbewegung existierte. Die deutsche Arbeiterbewegung war im November/Dezember 1918 nicht in zwei Tendenzen gespalten (SPD und USPD), auch nicht in drei Tendenzen (der Spartakusbund war bis zum Gründungsparteitag der KPD am 30. und 31. Dezember 1918 und 1. Januar 1919 formell noch innerhalb der USPD). Die Arbeiterbewegung insgesamt teilte sich in Wirklichkeit in sechs Strömungen auf.

Erstens gab es das politische Führungspersonal der SPD mit Ebert und Scheidemann und auf der äußersten

Rechten Männer wie Eduard David und Gustav Noske, die seit Jahren ganz eng mit der Bourgeoisie zusammenarbeiteten; das am Abend des 10. November abgeschlossene Geheimabkommen zwischen General Groener und Ebert war nur die Fortsetzung dieser Praxis.<sup>16</sup> Diese Führungsgruppe der SPD hat mit ihrem Bündnis mit dem Heer verhindert, dass die Novemberrevolution, die sich unter Verwendung der russischen Bezeichnung als „Februarrevolution“ eingestuft werden kann, auf eine siegreiche „Oktoberrevolution“ hinausläuft.

Zweitens gab es die Masse der Basismitglieder der SPD, die in den Arbeiter- und Soldatenräten, zu deren Bildung sie beigetragen hatten (in Kiel beteiligte sich die SPD ab den ersten Tagen an der Revolution), ein Instrument zur Bildung eines sozialistischen Deutschlands erblickten, zusammen mit weiteren Instrumenten wie dem Rat der Volksbeauftragten (oder Ministerrat), der von SPD und USPD gestellt wurde. Die Mehrheit dieser Lohnabhängigen nahm im November und Dezember 1918 den Widerspruch noch nicht wahr, der zwischen der Politik ihrer Führungen, und ihren eigenen Bestrebungen bestand.

Drittens sind eine Minderheit in der SPD und die politische Leitung der unabhängigen Partei zu nennen, die eine Theorie der Koexistenz der Arbeiterräte und der verfassungsgebenden Nationalversammlung entwickelten; der SPD gelang es, die Einberufung der Nationalversammlung als originelles System auszugeben, das den Übergang zu einem sozialistischen Deutschland sicherstellen werde.<sup>17</sup>

Der linke Flügel der unabhängigen Partei repräsentierte zusammen mit den Revolutionären Obleuten eine vierte Tendenz, die sich unzweideutig für das Räte-system aussprach.<sup>18</sup> Diese Tendenz repräsentierte die Vorhut der Klasse, die radikalisierten Arbeiter [und Arbeiterinnen], die im Oktober 1918 in einigen Berliner Fabriken die Idee einer Regierung Haase-Ledebour<sup>19</sup> lancierten.<sup>20</sup> Auf dem Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte, der vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin stattfand, brachte Richard Müller in seiner Eröffnungsrede ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass auf diesem Kongress „das Fundament der deutschen sozialistischen Republik“ gelegt wird.<sup>21</sup> Aber sie waren auf diesem Kongress unterlegen, die Räte unternahmen Harakiri, indem sie die Übertragung der gesetzgebenden und der ausführenden Macht an die Volksbeauftragten beschlossen, indem sie ihnen auch das Kommando über das Heer und die Marine anvertrauten und indem sie die Wahl für eine verfassungsgebende Versammlung für den 19. Januar ansetzten.

Für eine fünfte Tendenz stand die spartakistische Führung – Rosa Luxemburg, Paul Levi und Leo Jogiches; sie war der Auffassung, die Revolution müsse den Sieg der Arbeiterräte über eine Abfolge von sehr harten und sehr gewaltsamen Kämpfen, auf die es sich vorzubereiten galt, sicherstellen. Dies belegt der folgende Auszug aus dem Programm von Spartakus, das Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der kommunistischen Partei vorgestellt hat:

„Der Spartakusbund wird es auch ablehnen, zur Macht zu gelangen, nur weil sich die Scheidemann-Ebert abgewirtschaftet haben und die Unabhängigen durch die Zusammenarbeit mit ihnen in eine Sackgasse geraten sind. – Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Aussichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes. – Die proletarische Revolution kann sich nur stufenweise, Schritt für Schritt, auf dem Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen, durch Niederlagen und Siege zur vollen Klarheit und Reife durchringen. – Der Sieg des Spartakusbundes steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution“.<sup>22</sup>

Schließlich sind sechstens die Basis von Spartakus sowie die Gruppe „Internationale Kommunisten Deutschlands“ (IKD) aus Bremen<sup>23</sup> zu nennen; sie neigten zu sofortigen revolutionären Initiativen und lehnten auf dem Gründungsparteitag die Beteiligung an den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung ab. Auf diesem Parteitag gab es 62 Stimmen für den Boykott gegenüber nur 23 für die Beteiligung, deswegen wollte Paul Levi sich weigern, in die Zentrale zu gehen, während Leo Jogiches sich fragte, ob man in der soeben gegründeten neuen Partei bleiben solle oder nicht. Es bedurfte der ganzen Überzeugungskraft von Rosa Luxemburg, um Clara Zetkin zum Beitritt zu überreden.<sup>24</sup>

Anders ausgedrückt, der Krieg, der großartige Beschleuniger der Geschichte, hatte der deutschen Arbeiterklasse, die nicht über eine revolutionäre Partei verfügte, die Aufgabe gestellt, ohne eine kampferprobte und anerkannte Führung, wie die russische Arbeiterklasse sie hatte, vom „Februar“ zum „Oktober“ überzugehen; nur solch eine Führung hätte die Ereignisse vorantreiben oder sie bremsen können, je nach den Erfordernissen des Augenblicks und nach Grad der mangelnden Vorbereitung der Gesamtklasse. Das Gegenteil war der Fall, die deutsche Arbeiterklasse folgte mehrheitlich noch der SPD, dem

„konterrevolutionärsten Faktor in der Weltgeschichte“, wie Leo Trotzki es ausgedrückt hat.<sup>25</sup>

Von daher ließ die Arbeitervorhut sich provozieren, sie ging die „Marneschlacht“ der Revolution an, wie es gelegentlich genannt worden ist<sup>26</sup>, die Januartage 1919 nach der Absetzung des unabhängigen sozialistischen Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Er war unabhängiger sozialistischer Abgeordneter und hatte in den Novembertagen den Berliner Polizeipräsidenten Heinrich von Oppen abgelöst. Die SPD begann Anfang Januar 1919 mit einer Verleumdungskampagne gegen Eichhorn und warf ihm Missbrauch von öffentlichen Mitteln vor. Am 3. Januar verlangte die Regierung seinen Rücktritt, am 4. Januar wurde er entlassen. Eichhorns Absetzung war eine richtiggehende Provokation, die nur zum Ziel hatte, die Repression gegen die KPD (Spartakusbund) und den linken Flügel der USPD einleiten zu können.<sup>27</sup>

Die USPD, die KPD und die Obleute riefen die Arbeiter\*innen auf, am 5. Januar für Eichhorn zu demonstrieren. In Anbetracht des Erfolgs der Demonstration beschloss ein Revolutionsausschuss unter Leitung von Karl Liebknecht, Georg Ledebour und Paul Scholze, einen frontalen Kampf gegen die Ebert-Regierung aufzunehmen, mit dem Ziel, die Macht zu übernehmen. Das war die von der Regierung erhoffte verfrühte Schlacht.

Die Lage an jenem Anfang des Januars 1919 lässt sich auf folgende Weise charakterisieren: Ende Dezember hatten die revolutionären Kräfte der Volksmarinedivision, die zusammen mit anderen Vorhutkräften Berlin seit November kontrollierten, ihre vorherrschende Position dadurch verloren, dass Ebert das „reguläre“ Heer nach Berlin hatte einrücken lassen; auf dem Rätekongress, der vom 16. bis 21. Dezember abgehalten worden war, waren die revolutionären Kräfte unterlegen und die Macht war wieder der Regierung übertragen worden. Sowohl militärisch als auch gesetzlich gesehen hatte die revolutionäre Linke die Macht verloren. Auf der anderen Seite vollzog sich jedoch innerhalb der unabhängigen Partei eine rasche Differenzierung: Die Minister mussten am 29. Dezember aus der Regierung austreten. Das Kalkül der Regierung war es also, sich den Vorteil zunutze zu machen, den ihr die beiden ersten Elemente gaben, um zu verhindern, dass die linken Unabhängigen stärker wurden und sich mit den Spartakisten zusammaten.

In einem Kontext dieser Art hätte die ganze Kunst einer kampferprobten Führung im Januar 1919 darin bestanden, einen vorzeitigen Zusammenstoß zu vermeiden, wie es den Bolschewiki im Juli 1917 gelungen war.

Karl Liebknecht und die Obleute zogen jedoch die Zentrale der KPD mit sich. Erst am 8. Januar, als es bereits zu spät ist, beschloss die Leitung ohne Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck, dass die KPD das Vorgehen des Revolutionärausschusses nicht mehr billigen konnte. Rosas Artikel, der am 8. Januar in der *Roten Fahne* veröffentlicht wurde, klingt eher wie eine Polemik an die Adresse von Liebknecht denn wie ein Aufruf zum Handeln: „Die Regierung Ebert-Scheidemann hinwegräumen heißt nicht, ins Reichskanzleramt stürmen und die paar Leute verjagen oder festnehmen, es heißt, vor allem, sämtliche tatsächliche Machtpositionen ergreifen und sie auch *festhalten* und *gebrauchen*.“<sup>28</sup>

Doch war die Regierung Herrin der Lage. Am 15. Januar wurden Liebknecht und Rosa in ihrer letzten Zuflucht im Bezirk Wilmersdorf festgenommen, ihre Leichname zogen eine Blutspur zwischen der SPD von Ebert-Noske-Scheidemann auf der einen und den revolutionären Arbeiterinnen und Arbeitern auf der anderen Seite.<sup>29</sup>

Bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar erhielt die USPD nur 7,6 % der Stimmen, weniger als ein Fünftel der Stimmen für die SPD (37,9 %). Zusammen erhielten die beiden Parteien 45,5 % der Stimmen. Berücksichtigt man, dass die KPD sich gegen die Beteiligung an der Wahl ausgesprochen hatte und dass viele Soldaten keine Gelegenheit zur Stimmabgabe gehabt hatten, kann man die Schlussfolgerung ziehen, dass eine absolute Mehrheit der stimmberechtigten Bevölkerung und des deutschen Volks sich im Januar 1919 zu Parteien bekannten, die sich als sozialistisch verstanden. Aber die Macht steckte nicht in den Wahlurnen, sie befand sich in den Betrieben und auf der Straße. Um sie zu erobern, hieß es eine revolutionäre Massenpartei schmieden. An diese Aufgabe hat sich die Führung der KPD im Verlaufe der Kämpfe in den folgenden Jahren herangemacht.

*Aus dem Französischen übersetzt, bearbeitet und mit einigen zusätzlichen Anmerkungen versehen von Wilfried Dubois*

**1** Wilhelm Groener, *Lebenserinnerungen*. Jugend, Generalstab, Weltkrieg, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1957, S. 466–491 [Kapitel „Revolution über Deutschland“].

**2** Bernhard Rausch, *Am Springquell der Revolution*. Die Kieler Matrosenerhebung, Kiel: Chr. Haase & Co., (Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung), 1918, [Faksimile-Nachdruck in: *Zur Geschichte der Kieler Arbeiterbewegung*. Sonderveröffentli-

chung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Nr. 15, Kiel: Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, 1983, (Reprints zur Kieler Stadtgeschichte, Bd. 2)].

**3** Icarus [Ernst Schneider]: *The Wilhelmshaven Revolt. A Chapter of the Revolutionary Movement in the German Navy 1918-1919*, London: Freedom Press, 1944 [neue Ausgabe: Honley, West Yorkshire: Simian, 1975]. Zu der „Marinemuterei“ von 1917 siehe: *Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution*, Berlin: Internationaler Arbeiter-Verlag, 1929, S. 157-160 (unveränderter Nachdruck: Frankfurt a. M.: Verlag Neue Kritik, 1970).

**4** Richard A. Comfort, *Revolutionary Hamburg. Labor Politics in the Early Weimar Republic*, Stanford, California: Stanford University Press, 1966, S. 35–40.

**5** Vgl. Jürgen Kuczynski, *Studien zur Geschichte der Überproduktionskrisen in Deutschland 1918 bis 1945*, Berlin: Akademie-Verlag, 1963, (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 15), S. 4/5.

**6** Siehe die Karte in: *Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution*, S. 191.

**7** Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919*, Düsseldorf: Droste, 1962, S. 57/58; *1918 – Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution (1914-1920)*, hrsg. von Arbeitskreis Verdienter Gewerkschaftsveteranen beim Bundesvorstand des FDGB, [1. Ausg.], Berlin: Tribüne, 1958 (2. Ausg. 1960).

**8** Allan Mitchell, *Revolution in Bayern 1918/1919*. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik, München: C. H. Beck, 1967, S. 80–94 [Originalausgabe: Princeton, New Jersey: Princeton University Press, 1965].

**9** Wilhelm Pieck, „Die Gründung der KPD. Erinnerungen an die Novemberrevolution“ [zuerst veröffentlicht als Broschüre, 1928], in: *1918 – Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution*, 1958, S. 28–34.

**10** Peter von Oertzen, *Betriebsräte in der Novemberrevolution*. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf: Droste, 1963, S. 71–78 [2. Ausg. 1976].

**11** [Zu Georg Ledebour liegt eine ältere Biographie vor: Ursula Ratz, *Georg Ledebour, 1850–1947. Weg und Wirken eines sozialistischen Politikers*, Berlin: Walter de Gruyter, 1969. Leo Trotzki hat ihn 1932 in dem Buch *Was nun?* als den „besten Vertreter des Zentrismus“ und zugleich als „alten Revolutionär“ charakterisiert (*Schriften über Deutschland*, hrsg. von Helmut Dahmer, Bd. I, Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt, 1971, S. 245, 246).]

**12** Siehe Wilhelm Piecks Beitrag [S. 28].

**13** Vgl. die zitierten Arbeiten von Wilhelm Pieck und Eberhard Kolb.

**14** Hermann Duncker, „Ein Geleitwort zum 9. November“, in: *1918 – Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution*, 1958, S. 21 (2. Ausg., 1960, S. 23/24); sowie Artikel von W. Pieck [S. 46].

**15** E. Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919*, S. 47, 48, 59.

**16** W. Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 467.

**17** Siehe den Bericht von Max Cohen in: Bericht über Nationalversammlung oder Rätensystem, in: *Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands*. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte, Berlin: Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands, 1919, S. 105–112.

**18** Siehe den Bericht von Ernst Däumig im gleichen Band [S. 115–118].

**19** [Zu Hugo Haase (1863–1919), ab 1897 Abgeordneter im Reichstag, im September 1911 zu einem der beiden gleichberechtigten Vorsitzenden der SPD gewählt (nach dem Tod von August Bebel im August 1913 mit Friedrich Ebert), im April 1917 Mitbegründer und Vorsitzender der USPD, starb an den Folgen eines Attentats vom Oktober 1919, siehe [https://de.wikipedia.org/wiki/Hugo\\_Haase](https://de.wikipedia.org/wiki/Hugo_Haase) und die dort verzeichnete Literatur.]

**20** E. Kolb, *Die Arbeiterräte*, S. 29.

**21** [Richard Müller, Eröffnungsansprache, in: *Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands*, S. 1.]

**22** [„Que veut Spartacus? (Programme de la Ligue Spartacus)“, zitiert nach:] André u. Dori Prudhommeaux, *Spartacus et la Commune de Berlin*, Paris: Spartacus, René Lefevre, 1949, S. 98. [Rosa Luxemburg, „Was will der Spartakusbund?“, in: dies., *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Berlin: Dietz Verlag, 1974, S. 448/449.]

**23** [Zu den „Bremer Linksradikalen“, ihrem führenden Kopf Johann Knief (1880–1919) und den IKD siehe außer Wikipedia-Einträgen vor allem zahlreiche Arbeiten des DDR-Historikers Gerhard Engel, darunter: *Johann Knief – ein unvollendetes Leben*, Berlin: Karl Dietz Verlag, 2011, (Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus, Bd. XV); „The International Communists of Germany, 1916–1919“ (aus dem Deutschen übersetzt von Joe Keady), in: Ralf Hoffrogge / Norman LaPorte (Hrsg.): *Weimar Communism as Mass Movement, 1918–1933*, London: Lawrence and Wishart, 2017, S. 25–44.]

**24** Paul Levi, *Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran?* Rede auf der Sitzung des Zentralaussschusses der V.K.P.D. am 4. Mai 1921, Berlin: A. Seehof, 1921, [S. 33/34?].

**25** Léon Trotsky, „Une révolution qui traîne en longueur“ (zuerst veröffentlicht in *Prawda*, 23. April 1919), in: Rosa Luxemburg / Léon Trotsky, *La révolution allemande de 1918–1919*, Beilage zu *La Vérité*. Mensuel trotskyste, Nr. 515, 1. Februar 1959), S. 12. [Auf Englisch: Leon Trotsky, „A Creeping Revolution“, in: ders., *The First Five Years of the Communist International*, 2. Ausg., Bd. 1, aus dem Russischen übersetzt von John G. Wright, New York: Monad Press, 1972, S. 45; andere Übersetzung: Leon Trotsky, „A Creeping Revolution“, in: ders., *How the Revolution Armed*, Bd. III: The Year 1920, aus dem Russischen übersetzt von Brian Pearce, London: New Park Publications, 1981, S. 340.]

**26** [Vgl. Arthur Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, 2. Ausg., hrsg. von Kurt Kersten, Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt, 1961, S. 60/61.]

**27** Siehe *Emil Eichhorn über die Januar-Ereignisse*. Meine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium und mein Anteil an den Januarereignissen, Berlin: Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, 1919.

**28** [„Versäumte Pflichten“, in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte*

*Werke*, Bd. 4, Berlin: Dietz, 1974, S. 520 (Hervorhebungen in der Vorlage).]

**29** Siehe Elisabeth Hannover-Drück u. Heinrich Hannover, *Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht*. Dokumentation eines politischen Verbrechens, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1967 [2. Ausg., Göttingen: Lamuv, 1989]; W. Pieck, „Die Gründung der KPD. Erinnerungen an die Novemberrevolution“, [S. 67]. [Aus der neueren Literatur: Klaus Gietinger, *Eine Leiche im Landwehrkanal*. Die Ermordung der Rosa L., Berlin: Verlag 1900, 1995; Annelies Laschitza / Klaus Gietinger (Hrsg.), *Rosa Luxemburgs Tod*. Dokumentare und Materialien, Leipzig: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, 2010, (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, Heft 7).]



# „DER MANN HINTER DER NOVEMBERREVOLUTION“

**Johann-Friedrich Anders**

## Einleitung

Wer weiß, wer der wichtigste Organisator der Novemberrevolution in Deutschland 1918 war? Wer weiß, wer das Staatsoberhaupt der „Deutschen Sozialistischen Republik“ war, die von Karl Liebknecht am 9. November 1918 ausgerufen, aber bald zur kapitalistisch verfassten „Weimarer Republik“ wurde?

Über diese weitgehend unbekannt wichtige Person der deutschen Arbeiterbewegung gibt es bei Dietz (Berlin) in der Reihe „Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus“ eine Biografie:

**Ralf Hoffrogge: Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution** (erstmalig 2008; 2018 in 2., korrigierter und erweiterter Auflage. Preis € 24,90).

Richard Müller – so Hoffrogge – war als Vorsitzender der Revolutionären Obleute „einer der maßgeblichen Hintermänner der Revolution in Berlin“. „Gemeinsam mit den Revolutionären Obleuten organisierte er die großen Berliner Massenstreiks der Jahre 1916–1918 und schuf damit die Voraussetzungen für den Umsturz. In der Revolutionsregierung war er Vorsitzender des ‚Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte‘“. Dieser Vollzugsrat „vertrat provisorisch alle revolutionären Räte in Deutschland und war damit vom Anspruch her dem Rat der Volksbeauftragten übergeordnet. Der Vollzugsrat hatte das formale Recht, diese zu kontrollieren und abzusetzen und stellte damit die höchste Gewalt der provisorischen ‚Deutschen Sozialistischen Republik‘ dar.“

## Hoffrogges Darstellung

Hoffrogge rekonstruiert zunächst die Biografie Richard Müllers (1880–1943), soweit die Quellen es erlauben. Anschließend würdigt er Richard Müllers zentrale politische Leistung: Müller war Mitorganisator der Revolutionären Obleute und spielte eine führende Rolle in der Rätebewegung.

Wie Hoffrogge darstellt, gab es in den Kriegsjahren zwei wichtige Entwicklungen in der deutschen Arbeiterbewegung: Zum Einen schufen Richard Müller und die gewerkschaftlichen Vertrauensleuten der Dreher in den Berliner Großbetrieben ein immer dichteres oppositionelles Netzwerk, das ab 1917 auch reichsweite Kontakte knüpfte und das sich 1918 den Namen „Revolutionäre Obleute“ gab. Diese Aktivitäten waren „nur im geheimen möglich, da die offiziellen Gewerkschaftsversammlungen trotz des Burgfriedens von der Polizei bespitzelt wurden.“ „Demonstrationen oder andere Straßenpropaganda betrieben sie nicht. Überhaupt waren sie eher auf Aktionen ausgerichtet, auf aufklärende Propaganda oder Theoriearbeit, wie bei der Spartakusgruppe üblich, legten sie wenig Wert. Ihr Aktionsfeld war die Fabrik, ihre politische Aktionsform der Generalstreik.“ Erst Wochen nach der Revolution, im Dezember 1918, trafen sich die Revolutionären Obleute zum ersten Mal öffentlich.

Zum anderen schufen sich die Arbeiter\*innen, „deren Interesse an Beendigung von Krieg und Burgfrieden in Partei und Gewerkschaften nicht mehr vertreten war, ... im Prozeß der Revolution mit den Räten neue Interessenvertretungen“. Seit dem Frühjahr 1917 bildeten sich in Deutschland Streikkomitees, die sich „Arbeiterrat“ nannten.

Deren „Machtposition“ galt allerdings – so Hoffrogge – „in SPD-Kreisen nicht als revolutionäre Errungenschaft, sondern wurde in Agitationsschriften als ‚Zustand der Rechtlosigkeit, in dem nur die Gewalt gilt‘ bezeichnet.“ Für SPD und Gewerkschaften waren – so schrieb Peter von Oertzen einmal – „die Arbeiter ‚als solche‘ ... keine handlungsfähigen Subjekte. Handlungsfähig, und das heißt damit auch handlungsberechtigt, waren in ihren Augen einzig und allein Partei- und Gewerkschaftsorganisation.“

Schließlich liefert Hoffrogge eine Charakterisierung Richard Müllers. Müller war – so der Autor – nicht nur „der Mann hinter der Novemberrevolution“. Er war auch ein „kommunistischer Sisyphos“: „Spätestens seit 1917

stellte er all seine Energie und Organisationskraft in den Dienst der Revolution, deren Notwendigkeit er später trotz einer kaum enden wollenden Serie von Niederlagen immer wieder verteidigte.“ „Viermal baute er eine Organisation im Dienste der Revolution auf“: erst den Vollzugsrat, dann die Betriebsrätezentrale, dann die Reichsgewerkschaftszentrale. „Ein viertes Mal wiederholte er diesen Anlauf im DIV... Jedes Mal wurde seine Aufbauarbeit zerstört und zunichte gemacht.“

### Kritische Anmerkungen

So informativ die politische Biografie von Richard Müller ist, so scheint mir ein zentraler Punkt problematisch: Hoffrogges Charakterisierung Richard Müllers als „der Mann hinter der Novemberrevolution“ und als „Sisyphos der Revolution“.

Beide Bilder sind zweifellos anschaulich, aber sie suggerieren als Sachverhalt, was laut Hoffrogges eigener Darstellung nicht der Fall war.

Richard Müller ist nicht **der** Mann (Singular!) hinter der Novemberrevolution (Mann ist übrigens zutreffend, denn Frauen gab's in diesem Kreis mit einer einzigen späten Ausnahme anscheinend keine). Und er ist nicht der Mann **hinter** der Novemberrevolution – also ein Drahtzieher. Er agierte zwar nicht im Licht der Öffentlichkeit – angesichts der Repression im wilhelminischen Obrigkeitsstaat war das schlicht nicht möglich. Aber das macht Richard Müller keineswegs zum Drahtzieher im Hintergrund, und die Massen waren keineswegs seine Marionetten.

Und dass alle seine politischen Bemühungen schließlich scheitern, macht Richard Müller nicht zu einem Sisyphos – der ja etwas prinzipiell Unmögliches versuchte: einen Stein auf einem spitzen Gipfel eines Berges zu platzieren, wo ein Stein nicht liegen bleiben kann. Und Hoffrogge will doch wohl kaum zum Ausdruck bringen, dass Revolutionen etwas prinzipiell Unmögliches seien.

### Zur Kritik der korrigierten und erweiterten Auflage von 2018

Diese zweite Auflage unterscheidet sich gegenüber der Erstausgabe vor allem durch den Abdruck eines 2012 von Hoffrogge in einem Moskauer Archiv gefundenen Dokuments: Richard Müllers ausführlicher Einspruch an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (KI) gegen seinen 1924 erfolgten Ausschluss aus der KPD.

Diese zweite Auflage finde ich eine Enttäuschung. Viele Fehler der Erstausgabe sind nicht korrigiert.

So steht in dieser „korrigierten“ Neuauflage immer noch, die „Geschichte der KPdSU (B). Kurzer Lehrgang“ sei von Stalin „verfaßt“ worden.

Stalin hat diese Geschichtsklitterung verfassen lassen, er hat sie nicht selber „verfaßt“. Nicht einmal das Philosophie-Kapitel des „Kurzen Lehrgangs“ „Über dialektischen und historischen Materialismus“ hat er anscheinend selber verfasst, sondern eine Autorengruppe unter der Leitung von Mark B. Mitin (1901–1987), zu der Zeit Chefredakteur der Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“.

Weiter gestattet Hoffrogge sich eine Mischung aus ungenauer Formulierung und unterlassener inhaltlicher Korrektur: „Aus der KPD, in die er nach dem Zerfall der USPD eingetreten war, wurde er infolge eines Fraktionskampfes ausgeschlossen. Wie viele der Räte-sozialisten aus dem USPD-Umfeld verließ auch Richard Müller die Partei schon nach wenigen Monaten Mitgliedschaft, weil er in Konflikt mit dem sich verfestigenden Autoritarismus der KPD geriet.“

Aus einer Partei „ausgeschlossen“ werden ist etwas durchaus anderes als eine Partei „verlassen“. „... nur wenige Monate Mitgliedschaft“ konnte Hoffrogge nur in der ersten Auflage schreiben, als er die von ihm erst 2012 in Moskau gefundenen Dokumente noch nicht kannte. Schließlich: Fraktionskämpfe sind sicherlich nicht dasselbe wie Autoritarismus.

Wiederholt sieht Hoffrogge zu einer Zeit Leninismus vorliegen, als es ihn noch gar nicht gab. So schreibt er etwa: „Das Fehlen einer handlungsfähigen revolutionären Organisation hatte sich sowohl bei der Niederschlagung der lokalen Räterepubliken als auch bei den Märzstreiks des Jahres 1919 als fatal für die revolutionäre Linke erwiesen. Aus diesen Erfahrungen heraus ist es zu erklären, daß Richard Müller und sein Kreis sich nun zum Leninismus bekehrte.“ – Was soll hier der Begriff Leninismus? 1919 kannte man vermutlich noch nicht einmal das Wort „Leninismus“.

Weiter schreibt Hoffrogge einmal von „der Notwendigkeit einer autoritären Zentralisierung der Partei durch Stalin nach Lenins Tod im Januar 1924“. – Diese Rechtfertigung der Politik Stalins, von Hoffrogge mit keinem Wort begründet, ist nicht nachvollziehbar. Wofür soll 1924 eine „autoritäre Zentralisierung der Partei“ notwendig gewesen sein – außer zur Machtsicherung der Position Stalins?

Außerdem gibt es immer noch, wie ich finde, unangebrachte Formulierungen, z. B. die Aussage über Karl Liebknechts Grab: „sein Grab ist noch heute Wallfahrtsort



für die politische Linke.“ – Linke sind keine Wallfahrer, und Liebknecht ist für sie kein Heiliger.

Des Weiteren stößt man auf Unlogisches. So schreibt Hoffrogge etwa über die Gewerkschaft DIV: „Es handelte sich hier um eine marxistische Organisation, die jedoch gleichzeitig eine grundsätzliche Kritik an der Politik sowohl der KPD als auch der Sowjetunion übte.“ – Wieso „jedoch“?

Und schließlich finden sich immer noch (nicht immer als solche erkennbare) Spekulationen, wo keine Fakten bekannt sind. So formuliert Hoffrogge z. B. über Müllers Mitstreiter Ernst Däumig: „Während ihn mit Ernst Däumig trotz dessen intellektuellem Hintergrund eine enge Freundschaft verband ...“ – Für dieses „trotz“ gibt es anscheinend keine Quelle, mit der sich die Behauptung rechtfertigen ließe. So müsste Hoffrogge offen lassen, ob die beiden eine enge Freundschaft verband „trotz“ oder „wegen“ Däumigs intellektuellem Hintergrund oder ob Däumigs intellektueller Hintergrund bei ihrer Freundschaft gar keine Rolle spielte.

Schade finde ich, dass Hoffrogge selbst in der erweiterten Auflage auf den Abdruck wichtiger Dokumente verzichtet – z. B. auf das zum Mord an Luxemburg und Liebknecht aufrufende Gedicht aus dem SPD-„Vorwärts“ vom 13.1.1919; schade auch, dass Hoffrogge nur eines der von ihm in Archiven gefundenen Dokumente veröffentlicht. Warum etwa kein Abdruck von Richard Müllers Begleitbrief von 1932 an das ADGB-Archiv zu seinen „Materialien zur Entstehung der RGO“?

Schließlich wäre eine tabellarische Chronik von Richard Müllers Leben sicherlich hilfreich; ebenso ein Personenregister.

### Schluss

So verdienstvoll ich es finde, Richard Müller zum Thema einer Biografie zu machen, so scheint mir doch, dass er eine sorgfältiger formulierte Biografie verdient hat. Hoffentlich gibt es bald eine dritte Auflage, gründlich überarbeitet und um den Abdruck wichtiger Dokumente erweitert.

Ralf Hoffrogge

## Richard Müller – Der Mann hinter der Novemberrevolution



2., korrigierte und erweiterte Auflage 2018  
Band VII der Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus, hrsg. von Klaus Kinner  
256 S., € 24,90, ISBN 978-3-320-02354-6

**Richard Louis Müller** (1880–1943) war als Kopf der illegal agierenden „Revolutionären Obleute“ wesentlich an der Vorbereitung des 9. November 1918 beteiligt. Schon die großen Berliner Massenstreiks der Jahre 1916 bis 1918 hatte er organisiert. Im Deutschen Metallarbeiter-Verband, seinerzeit der größten Gewerkschaft der Welt, galt Richard Müller als der Anführer des linken Flügels.

In der Revolutionsregierung von 1918 war Müller Vorsitzender des „Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte“, also des ranghöchsten Räteorgans. Formal war Richard Müller damit das Staatsoberhaupt. Müllers Einfluss in Berlin überstieg 1918 bei weitem den von Karl Liebknecht, der über Müller scharf fluchen konnte, wenn sich die Spartakusgruppe wieder einmal in eine Nebenrolle verwiesen sah.

Das Kräfteverhältnis zwischen den Revolutionären Obleuten und der Nach-Liebknecht-KPD sollte sich freilich drehen: Unabhängiger Sozialismus und Räte-system, jene Prinzipien, die Richard Müller vertrat, wurden zwischen den Mühlsteinen von Sozialdemokratie und Marxismus-Leninismus zermahlen.

Trotzdem beeinflusst Müller bis heute das Denken der Historiker. Seine dreibändige „Geschichte der Novemberrevolution“ (zuletzt erschienen 2017) bildet die wichtigste zeitgenössische Revolutionsdarstellung aus marxistischer Sicht.

Für die Neuauflage wurde der Band aktualisiert und um einen umfangreichen Briefwechsel Richard Müllers mit der Kommunistischen Internationale in Moskau ergänzt.

Karl Dietz Verlag  
<https://dietzberlin.de>

# GEGEN JANŠA, GEGEN BRÜSSEL

---

Im vergangenen Juni hat die extreme Rechte die Wahlen in Slowenien gewonnen. Kann es der Linken gelingen, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen?

■ **Tonja Jerele, Matej Kržanec, Božidar Kolar, Jaša Veselinovič**

---

Am 3. Juni fanden in Slowenien vorgezogene Parlamentswahlen statt. Die Wahlen waren durch den Rücktritt des damals amtierenden Premierministers, Miro Cerar, im März, drei Monate vor dem Ende seines Mandats, nötig geworden – es waren die achten Parlamentswahlen, seit die Republik 1991 ihre Unabhängigkeit von der einstigen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien erklärt hatte. Seit 2008 blieb keine Regierung bis zum Ende ihrer Mandatszeit im Amt.

Am Wahlabend dürfte eine Karte Sloweniens mit sämtlichen Wahlkreisen des Landes das beeindruckendste Bild gewesen sein. Alle leuchteten in Gelb, der Farbe des Wahlsiegers, der rechtsextremen Slowenischen Demokratischen Partei (SDS). Eine Darstellung mit den Untergliederungen der Wahlkreise (Wahlbezirke) zeigte ein ebenso homogenes Bild, in dem nur einige wenige linke Bastionen das gelbe Meer aufrissen.

Dieses kleine Alpenland, das an Italien, Österreich, Ungarn und Kroatien grenzt (alles Länder, die von traditionell rechtsgerichteten oder neu entstandenen rechtsextremen Parteien regiert werden), schien sich nun doch endlich „der neuen osteuropäischen, postkommunistischen ‚Achse des Bösen‘“ angeschlossen zu haben.

Die politische Landschaft Sloweniens ist jedoch erheblich komplexer. Um sie zu verstehen, müssen wir

zuerst die Dynamik der postsozialistischen Transformation untersuchen.

## **Die Transformation**

1991 trat nach einer kurzlebigen Allparteienregierung eine Gruppe junger Ex-Kommunisten und Ex-Sozialisten an, die Transformation weg vom Sozialismus in die Wege zu leiten. Die unter der Bezeichnung Liberaldemokratie Sloweniens (LDS) agierende Partei stand bis 2004 drei Regierungen vor.

Die Integration in westliche Märkte erfolgte schrittweise, aber effizient. Als eines der wenigen Hindernisse erwiesen sich die gewerkschaftlichen Organisationen, durch die sich der Privatisierungsprozess in die Länge zog. Dem Staat gehörende Firmen gingen letztendlich in Privatbesitz über, zum Zuge kamen dabei aber größtenteils lokale Kapitalisten. Dennoch wurden sie schnell Teil eines komplexen Netzwerks postsozialistischer Macht.

Ganz oben auf der Agenda der frühen Übergangsregierung stand die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der Europäischen Währungsunion. Dafür musste die Politik mit den EU-Kriterien in Einklang gebracht werden. Und das wiederum bedeutete, dass die slowenische Wirtschaft von externem Kapital und den Anforderungen des Marktes abhängiger gemacht werden musste. Was zunächst als neutrale Anpassung an institutionelle

Normen erschien, war in Wirklichkeit ein Abgleiten in eine immer größere wirtschaftliche Abhängigkeit.

Im Jahr 2004 trat Slowenien der EU bei. Bald darauf ging die rechtsextreme Partei SDS aus den Parlamentswahlen als Siegerin hervor. Ihre Regierungsstrategie unterschied sich von derjenigen früherer Regierungen. Sie zielte auf eine schnellere Liberalisierung und unternahm einen Angriff auf öffentliche Institutionen wie höhere Bildung und das Sozialsystem. Mobilisierungen der Gewerkschaften halfen zwar, die schlimmsten neoliberalen Reformen der Regierung, wie z. B. ein Einheitssteuersystem, zu stoppen, ihr EU-Integrationsmodell zog die SDS-geführte Regierung jedoch weiter durch. Trotz relativen Wohlstands kamen die versprochenen Trickle-down-Effekte jedoch nur bei wenigen slowenischen Arbeitenden an.

Bei der nächsten Wahl (im Jahr 2008) verlor die SDS ihre Macht aufgrund der gegen ihren Vorsitzenden, Janez Janša, erhobenen Korruptionsvorwürfe. Die Sozialdemokraten (SD) – formell Nachfolger des Bundes der Kommunisten Sloweniens, aber jetzt stramme Anhänger des „dritten Weges“ – gelangten zum ersten Mal an die Macht. Ihre Regierungszeit währte jedoch nur kurz. Der Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008 erwischte die Partei völlig unvorbereitet. Durch den geschrumpften deutschen Exportsektor verringerte sich die Produktion in Slowenien, die auf diesen Markt angewiesen war. Zwischen dem letzten Quartal 2008 und dem ersten Quartal 2009 nahm die Produktion um mehr als 25 Prozent ab, einer der stärksten Rückgänge unter allen OECD-Ländern. Den größten Zusammenbruch musste jedoch das Rückgrat der slowenischen Wirtschaft hinnehmen: Im letzten Quartal 2008 ging der Bausektor um mehr als 30 Prozent in die Knie. Zwischen 2007 und 2010 gingen fast 35 000 Arbeitsplätze verloren, die Arbeitslosigkeit stieg auf fast 7 Prozent, wobei der Wert bei den Jugendlichen im zweistelligen Bereich lag.

Die mit den Leistungen der Sozialdemokraten unzufriedenen Wähler gaben der SDS eine neue Chance. Die Partei führte daraufhin schnell eine Sparpolitik ein, was bei der Bevölkerung für so viel Unmut sorgte, dass die größten Aufstände in der Geschichte des Landes losbrachen. Der erste Massenprotest, im Herbst 2012, wurde zwar von den Gewerkschaften ausgerufen, später folgende Aufstände erfolgten jedoch spontan. Zu deren Schwerpunktthema wurde immer mehr der Kampf gegen die Korruption. Ende Februar 2013 war die SDS-geführte Regierung am Ende. Ihre Nachfolgerin war eine von

Alenka Bratušek, der ersten (und immer noch einzigen) Premierministerin, geführte Mitte-Links-Regierung. Sie verfolgte einen technokratischen Ansatz, da sie anderenfalls eine Intervention der sogenannten Troika (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds) fürchtete. Inzwischen erreichte die Krise in Slowenien ihren Höhepunkt. Die Gesamtverluste nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften beliefen sich auf 2,2 Milliarden Euro und die Arbeitslosenquote überstieg 10 Prozent der Gesamtbevölkerung (bei Jugendlichen betrug sie sogar mehr als 25 Prozent). Fast 300 000 Menschen verfügten über ein Einkommen, das unterhalb der Armutgefährdungsschwelle lag.

Aufgrund von Querelen innerhalb ihrer eigenen Partei, Positives Slowenien (PS), trat Bratušek zurück. Nach den dadurch ausgelösten Wahlen wurde sie von Miro Cerar im Amt des Premierministers abgelöst. Der weithin bekannte Jurist Cerar, Sohn eines Olympia-Medaillengewinners im Turnen und der ersten Generalstaatsanwältin, gewann die Wahl mit einer ganz offen zentristischen Plattform, die Professionalität, moralische Aufrichtigkeit und europäischen Geist versprach. Bei dieser Wahl trat auch zum ersten Mal eine neue radikale Linkskoalition an, die Vereinigte Linke. Sie eroberte sechs Sitze, gestärkt durch die noch immer auf den Schwingen der Hoffnung getragenen Winde von Griechenlands radikaler Linkspartei Syriza, der populären Unterstützung einer neu entstehenden jungen linken Szene und dem allgemeinen Gefühl, dass sich das Land auf einem falschen Kurs befand.

Miro Cerars Partei führte in eine äußerst erfolgreich wirkende Wirtschaftsepoche mit einem Wirtschaftswachstum, das zu den höchsten in der EU zählte. Das starke Wirtschaftswachstum forderte jedoch auch seine Opfer: Es wurde durch eine zunehmende Prekarisierung junger Menschen und endlose Sparmaßnahmen erzielt. Unter der Decke positiver Schlagzeilen brodelte Unzufriedenheit, Gewerkschaftsaktivitäten nahmen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor zu, auch in bisher nicht gewerkschaftlich organisierten Bereichen. Im März dieses Jahres schließlich, als die Verhandlungen zwischen dem Staat und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in eine völlige Sackgasse gerieten, trat Cerar zurück und beendete damit abrupt seine dreieinhalbjährige Amtszeit.

### **Neue Wahlen, alte politische Sackgasse**

Der ständige Wechsel von Regierungschefs und die andauernde Pattsituation in der slowenischen Politik sorgten für eine Abwärtsspirale bei der allgemeinen

Wahlbeteiligung und der Teilnahme von Jugendlichen an der Wahl. Diesmal gaben gerade einmal 52 Prozent ihre Stimme ab, noch etwas weniger als 2014.

Die SDS war die große Gewinnerin mit fast 25 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Die beiden Mitte-Links-Parteien erhielten zusammen etwa 25 Prozent, die drei zentristischen Parteien vereinten zirka 28 Prozent auf sich. Die linksgerichtete Levica (Nachfolgepartei der Koalition der Vereinigten Linken) erhielt 9 Prozent, die beiden kleineren rechtsgerichteten Parteien kamen gemeinsam auf 11 Prozent. Obwohl die SDS in fast allen Wahlbezirken gewann, gab es doch ein paar Dutzend Bezirke, in denen die Parteien der Mitte und des linken Flügel insgesamt mehr Stimmen erhielten als die Rechtsparteien.

Mit Abstand größte Verliererin war Cerars Partei, die 26 Sitze einbüßte. Ein möglicher Grund dafür war Cerars Weigerung, den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die ihn 2014 mit überwältigender Zahl gewählt hatten, höhere Löhne zuzugestehen. (Wie so oft hat die Mitte auch hier den Weg für die Rechten bereitet, denn es war Cerars Partei, die Sloweniens Südgrenze mit Stacheldraht sichern ließ, und es war der zentristische Innenminister, der in der Gesetzgebung auf die Einschränkung der Rechte von Asylsuchenden drängte.)

Und wie steht es nun um die Rechte? Die Basis der SDS unterscheidet sich z. B. recht deutlich von jenen, die an den Märschen der Ungarischen Garde teilnehmen. Trotzdem hat bei dieser Wahl zum ersten Mal eine SDS-Führungsperson ganz offen rechtsextreme Organisationen unterstützt (z. B. Generacija identitete, den slowenischen Ableger von Génération Identitaire, einer rassistischen Bewegung, die in Frankreich ihren Ursprung hat). Eine weitere neue Entwicklung ist die öffentliche und finanzielle Unterstützung durch Ungarns regierende rechtsextreme Partei, Fidesz, und die mit dem Premierminister, Viktor Orban, verbundenen Medienunternehmen. Die Freundschaft zwischen Orban und dem SDS-Anführer Janez Janša begann im Januar 2016 bei einem offiziellen Besuch Orbans in Slowenien. Nach dem Treffen mit dem damaligen Premierminister Cerar begab er sich zu einem Gespräch mit Janša hinter geschlossenen Türen. Ungarn investierte daraufhin in Medien der SDS. Heute halten drei der mit Orban verbundenen ungarischen Medienhäuser einen Anteil von 45 Prozent an den Medienunternehmen der SDS. Ungarische Medien besitzen darüber hinaus 52 Prozent von Nova Obzorja (ein Medienhaus, das eine SDS-Zeitung herausgibt). Außerdem haben Nova Obzorja und Nova24tv.si (der TV-Sender der SDS) dieselbe

Adresse. Bis zum heutigen Tag hat Ungarn mehr als 2,2 Millionen Euro in SDS-Medien investiert, einen guten Teil davon in Monaten kurz vor den Wahlen. Als deutliches Zeichen der enger werdenden Verbundenheit nahm Orban im Mai zudem am SDS-Kongress teil, wo er Janšas Partei seine volle Unterstützung zusicherte.

Janša selbst ist eine faszinierende Figur. In Jugoslawien war er ein äußerst aktives Mitglied des Bundes der Kommunisten. 1988, einige Jahre bevor die sozialistische Föderation zusammenbrach, wurde er vor einem Militärgericht der unbefugten Weitergabe militärischer Geheimnisse angeklagt und zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Während des zehn Tage währenden slowenischen Unabhängigkeitskrieges im Jahr 1991 agierte er als Verteidigungsminister und war einer der Hauptstrategen in diesem Krieg. Er absolvierte zwei Amtszeiten als Premierminister (von 2004 bis 2008 und 2012 bis 2013), bevor er wieder mit dem Gesetz in Konflikt kam. 2013 wurde er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er Bestechungsgeld von einer finnischen Firma angenommen haben soll, um ihr in seiner Eigenschaft als Premierminister zu helfen, einen Liefervertrag für Militärgüter zu erhalten. Noch während er seine Strafe verbüßte, wurde er 2014 erneut ins Parlament gewählt. Der Verfassungsgerichtshof jedoch erklärte das Urteil des Obersten Gerichts für nichtig und verwies den Fall zur erneuten Überprüfung an das Gericht zurück. Der Fall verjährte noch im selben Jahr. Janša zog sich daraufhin aus der Öffentlichkeit zurück, sorgte jedoch in den letzten Monaten für ein spektakuläres Comeback. Seither dominiert er die Politik des Landes.

Während des Wahlkampfs verbreitete Janšas Partei rechtsextreme Parolen bei einer ganzen Reihe von Themen wie Migrationskrise, Frauen- und LGBT-Rechte sowie Glaubwürdigkeit der Medien. Trotzdem entsprechen die Wahlergebnisse nicht dem Grad der sogenannten Orbanisierung von Slowenien. Die SDS erhielt am 3. Juni 220 000 Stimmen und damit 70 000 weniger als im Jahr 2011, als sie zweitstärkste Kraft wurde. Für eine Partei mit einer ungewein stabilen Wählerbasis (86,6 Prozent hatten bereits 2011 die SDS gewählt) war dies ein ziemlich mageres Ergebnis. Der Erfolg der SDS steht immer in direktem Zusammenhang mit der Anzahl nicht eingehaltener Versprechen und dem Fehlen von Alternativen aus dem Lager der zentristischen und links von der Mitte stehenden Parteien. Die slowenische Gesellschaft ist von ihrer Kultur her eher links angesiedelt und kann gegen die Rechte mobilisiert werden – sie muss allerdings davon überzeugt sein, dass die Linksparteien ihrer Unterstützung würdig sind.

Noch immer ist nicht klar, welche Regierung (falls überhaupt eine zustande kommt) aus der Abstimmung am 3. Juni hervorgehen wird. Zumindest bis zum jetzigen Zeitpunkt haben alle Mittellinks- und Mitte-Parteien erklärt, nicht Teil einer von Janša geführten Koalition sein zu wollen, und die anderen rechtsextremen Parteien verfügen nicht über die nötige Anzahl an Abgeordneten, um eine Mehrheitsregierung bilden zu können. Unwahrscheinlich ist auch eine Mittellinks-Regierung, da sich dafür mindestens sechs Parteien zusammenschließen müssten, und im Moment ist die Levica nicht wirklich daran interessiert, sich einer solchen Koalition anzuschließen. Darüber hinaus stehen die anderen Formationen der Levica eher kritisch gegenüber, deren Forderung nach einem Referendum über einen Austritt aus der NATO bei ihren möglichen Koalitionspartnern auf wenig Gegenliebe stößt.

Und so steckt die Regierungsbildung auch Wochen nach der Wahl noch immer in einer Sackgasse, wodurch die Möglichkeit einer weiteren Runde vorgezogener Neuwahlen immer wahrscheinlicher wird.

### Die slowenische Linke

Die Levica (slowenisch für „die Linke“) machte zum ersten Mal während der Wahlen im Jahr 2014 auf sich aufmerksam. Bei der Vereinigten Linken (ZL, Združena Levica) handelte es sich um eine Koalition aus drei Parteien und einigen kleinen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Zwei der drei Koalitionsgruppen gelang es, Abgeordnetensitze zu gewinnen. Doch sobald sie Teil der Nationalversammlung waren, lösten sich die Parlamentarier Schritt um Schritt von ihren Rechenschaftspflichten, bis sie die dominierende Macht ohne jegliches demokratisches Mandat von ihren Parteien waren. Der Schwerpunkt verlagerte sich immer mehr auf parlamentarische Aktivitäten unter Ausschluss jeglicher Initiative aus der Basis. Selbst ein auf Freiwilligen basierendes Projekt, das Aktivist\*innen und Intellektuelle mit Gewerkschafter\*innen zusammenbringen sollte, wurde so vernachlässigt, dass es kurz vor dem Kollaps stand.

Wie ist dann der relative Erfolg der Partei zu erklären? Ein wichtiger Faktor ist, dass die slowenische Gesellschaft, anders als in den meisten osteuropäischen und Balkan-Ländern, kulturell eher linksgerichtet ist. Die von den Kommunisten angeführte Befreiungsfront (OF) und die Partisanenbewegung während des Zweiten Weltkriegs werden immer noch positiv betrachtet aufgrund der Vorteile, die sie der Arbeiterschaft brachten, und wegen

ihres Beitrags zur slowenischen Gesellschaft. Zu Janšas erklärten Absichten gehört zwar, dieses Kapitel der Geschichte des Landes abzuwerten, seine revisionistischen Ziele erwiesen sich bisher jedoch als wenig erfolgreich. In Anbetracht der aktuellen politischen Lage in der Region (und in Europa ganz allgemein) erscheint die Levica in deutlich positiverem Licht.

Auf der anderen Seite kann die relative Verbesserung der Levica in puncto Abgeordnetenzahl bei der letzten Wahl kaum als Durchbruch gelten. Wenn man sich ihre Unter- bzw. Überrepräsentation in verschiedenen Wahlbezirken anschaut, wird ersichtlich, dass der Erfolg der Levica auf Innenstädte beschränkt ist: Die Partei gewann die meisten der Bezirke im Zentrum von Ljubljana und erzielte gute Ergebnisse im Stadtzentrum von Maribor und Nova Gorica sowie in fast allen Küstengebieten des wohlhabenderen Südwestens.

Das Wahlergebnis der Partei korrespondiert mit ihrer Strategie. Wo die Leute runde Tische, Diskussionen und andere, ähnliche Veranstaltungen wollen, in denen progressive Ideen verbreitet werden, blüht und gedeiht die Partei. Wo es keine solche Veranstaltungen oder kein Interesse an derartigem Gedankenaustausch gibt, kann die Levica nicht Fuß fassen. Und nach vier Jahren auf den Bänken des Parlaments, in denen keine Basisarbeit stattfand, haben sich sowohl die Wähler als auch die Mitgliederbasis der Levica verändert. 2016 führte ein langer interner Streit darüber, ob eine Einheitspartei gebildet werden sollte (eine Richtung, die von der parlamentarischen Gruppe und der Partei der europäischen Linken befürwortet wurde), zu einer Spaltung in der IDS, der führenden Partei innerhalb der Koalition. Mehr als einhundert aktive Mitglieder und Organisator\*innen verließen die Partei, das ist ein Sechstel der damaligen Gesamtmitgliedschaft bzw. ein Drittel der aktiven Mitglieder. Einige riefen neue Basisorganisationen ohne parlamentarische Ambitionen ins Leben; die meisten waren jedoch demoralisiert und stellten ihren Kampf ein. Die Levica verfügte nun über fast keine erfahrenen Basisorganisator\*innen mehr. Das ist auch deutlich zu sehen: Ihre Präsenz in den ärmsten Gebieten des Landes ist schwach und die Verbindung der Partei zu den Gewerkschaften besteht aus persönlichen Beziehungen unter den Anführern der Organisation.

Die Grenzen der Wahlstrategie der Levica zeigen sich auch in der Vision, die sie vorlegt. Während die vereinigte Linke (ZL) vor vier Jahren für die ausgebeuteten und entrechteten Arbeiter\*innen ihre Stimme erhob und zu



sagen wagte, dass eine andere Welt möglich sei, konzentriert sich die Levica jetzt darauf, den Wohlfahrtsstaat zu verteidigen, das Ganze vermischt mit Phrasen über Veganismus, Tierrechte und Gleichheit vor dem Gesetz. Die konkreten Manifestationen des Klassenkampfes finden unabhängig von der Levica statt. Durch ihr Unvermögen, sich mit Bewegungen zusammenzutun und gesellschaftliche Kräfte vor Ort zu verändern, hatte sie ihre Präsenz auf die Räume des Parlaments beschränkt und wurde einer traditionellen sozialdemokratischen Partei immer ähnlicher. Die Aufschlüsselung der Wahl vom 3. Juni zeigt dies ganz deutlich: Die Levica verlor mehr als 35 Prozent ihrer Wähler aus dem Jahr 2014 und ersetzte sie durch einstige Unterstützer der zentristischen SMC. Sie warf radikale politische Ideen über Bord, um gemäßigte Wähler anzuziehen und kurzfristig einen parlamentarischen Erfolg zu erzielen.

Zwar kann niemand vorhersagen, ob die Levica ihren Kurs ändern und ein Instrument für eine radikale Transformation werden wird, Sozialist\*innen und progressiven Organisationen in Slowenien ist es jedoch absolut klar, dass die Partei keine politische Heimat mehr für progressive Bewegungen bietet. Ihre gegenwärtige Dynamik hat vor allem mit dem täglichen Alltagsrott im Parlament zu tun, während ihre politische Strategie mit den maroden Strukturen der EU fest verbunden bleibt.

### Zurück zu einer Klassen- und Massenpolitik

In einer Zeit, in der es immer augenscheinlicher wird, dass die EU bereit ist, Mitgliedsstaaten ihren Willen aufzuzwingen, befindet sich der einwanderungsfeindliche Konservatismus im Aufwind. Die SDS nutzt für sich dieselbe Art von Unzufriedenheit ob dieser Abhängigkeit von der EU aus, die in Großbritannien die Wähler\*innen dazu brachte, für einen Austritt aus der EU zu stimmen. Unglücklicherweise macht die SDS das jedoch mit spaltenden und fanatischen Begriffen, durch die die krisengeschüttelte EU letztendlich nur gestärkt werden wird. Janša braucht sozialen Frieden und kontinuierliches Wachstum, um einen wirksamen Hebel gegen die Bürokraten der EU zu haben. Und er hat, um diese Ziele zu erreichen, bereits bewiesen, dass er sich durchsetzen kann und nicht davor zurückscheut, in harten Zeiten mit harter Hand zu herrschen. Aus diesem Grund spielt ihm die liberale und sogenannte linke Opposition mit ihrem Aufbau einer parteiübergreifenden Anti-Janša-Rhetorik direkt in die Hände. Im Vergleich mit Janšas selbstbewusstem Auftreten und seiner Ausrichtung an Viktor Orban

wirkt die Opposition schwach, rückgratlos und mit den gesichtslosen Brüsseler Bürokraten verbandelt.

In Wirklichkeit versuchen hier zwei Blöcke, Europa zu retten, und zwar jeder Block auf seine Art – und den Wählern ist das immer mehr egal. In diesem Sinne ist das Wahlergebnis für die Levica doch ermutigend: Es zeigt, dass es doch noch viele Menschen gibt, die bereit sind, sich dem Rechtsruck entgegenzustemmen. Parlamentarische Lösungen werden jedoch nicht ausreichen, wenn Kämpfe auf unteren Ebenen weiterhin ihrer eigenen Logik unterworfen werden. Das kommende parlamentarische Patt könnte der EU den Weg für ihr eigenes antidemokratisches, „italienisches Szenario“ ebnen, als eine Form des kleineren Übels angesichts eines lokalen, aufmüpfigen Fanatikers.

Die slowenische Linke muss einen Ausweg aus wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit bieten und sich Kämpfen anschließen, die den öffentlichen Bereich und demokratische Rechte verteidigen. Sie muss eine Kraft aufbauen, die Druck sowohl der „orbanesken“ als auch der „Brüsseler“ Art zurückweisen kann. Dafür ist eine Stärkung ihrer Beziehung zu Bewegungen der Arbeiterklasse vonnöten. Schließlich war es ja gerade die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, die in den 90er-Jahren des vorigen Jahrhunderts einen menschenwürdigen Mindestlohn, die Einrichtung des Wirtschafts- und Sozialrates sowie eine der besseren Arbeitsgesetzgebungen erzwang. Durch die Mobilisierungen der Gewerkschaften wurde 2005 die Einführung einer Einheitssteuer verhindert; 2012 waren sie mit ein Auslöser für die Aufstände im Herbst, durch die viele zivile Initiativen ins Leben gerufen und zahllose junge Aktivist\*innen mobilisiert wurden.

Und sollte die slowenische Linke der aktuellen Pattsituation entkommen können, dann nur durch eine ähnliche Art von massen- und klassenbasierter Politik.

■ **Tonja Jerele** ist Soziologiestudentin an der Universität von Ljubljana, **Matej Kržanec** ist Soziologiestudent an der Universität von Ljubljana, **Božidar Kolar** ist Philosophiestudent an der Universität von Ljubljana und **Jaša Veselinović** ist Student des Fachbereichs „Internationale Beziehungen“. Alle vier befinden sich im Master- bzw. Doktorandenstudium und sind Mitglied der fortschrittlichen sozialistischen Organisation Iskra („Der Funke“)

■ *Übersetzung aus dem Englischen: Antje Hink*

# AUF DEM WEG ZUM NULL-TARIF IM NAHVERKEHR?

Viele europäische Städte haben inzwischen einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr eingeführt, mit Tallin sogar die erste Hauptstadt. Die Nutzung ist massiv gestiegen, aber erstaunlicherweise bei fallenden Kosten. Viele europäische Städte haben inzwischen einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr eingeführt, mit Tallin sogar die erste Hauptstadt. Die Nutzung ist massiv gestiegen, aber erstaunlicherweise bei fallenden Kosten.

■ **Łukasz Ługowski**

In den 30 Jahren neoliberaler Herrschaft, die mit der Wirtschaftskrise von 2008 ihren Gipfelpunkt erreicht hat, sind die öffentlichen Dienstleistungen, besonders im Bildungs- und Gesundheitswesen, in ganz Europa zunehmend kostenpflichtig geworden. Dies trifft jedoch nicht für alle Bereiche zu, wie die Renaissance des kostenlosen Öffentlichen Personenverkehrs gerade in Osteuropa seit einigen Jahren zeigt. Während in den belgischen bzw. französischen Städten Hasselt und Colomiers – einstige Paradeferde für den Erfolg eines Bürgertickets in Westeuropa – Fahrscheine im Zuge des neoliberalen Rollback wieder kostenpflichtig geworden sind, wetteifern im Osten die Lokalpolitiker zahlreicher Städte als Verfechter des kostenlosen ÖPNV gegeneinander. Unter den über 100 Städten weltweit mit einem Bürgerticket nehmen Polen und Estland die Vorreiterrolle ein.

Als 2012 die unabhängige Gewerkschaft „Sierpień 80“ („August 80“) ihre Kampagne für einen kostenlosen ÖPNV als Reaktion auf die immer häufigeren und dreisteren Preiserhöhungen im ganzen Land aufnahm, gab es in lediglich zwei Städten ein Bürgerticket. Mittlerweile sind es 44 Verbände, angefangen von dem niederschlesischen Kurort Świeradów-Zdrój, der zwar nur 5000 Einwohner hat, aber in der Hochsaison von Touristen überlaufen wird, und einen kostenlosen Verkehrsverbund mit der tschechischen Nachbarstadt Nové Město pod Smrkem unterhält, bis hin zum

Landkreis Lubin, der 106 000 Einwohner zählt. Daneben planen etliche weitere Städte, ein solches Bürgerticket einzuführen, darunter möglicherweise auch Tschenstochau mit über 230 000 Einwohnern, die dann die drittgrößte Stadt in Europa mit einem kostenlosen ÖPNV wäre.

Anfangs hielten die Stadtverwaltungen den Nulltarif noch überwiegend für eine Schnapsidee und die Medien sahen uns als Paradiesvögel, sofern sie uns überhaupt beachteten. Inzwischen jedoch hat Polen eine Spitzenrolle inne und man kommt nicht umhin, nach den vielfältigen Gründen dafür zu suchen.

Mancherorts – wie gegenwärtig in Konin – sind Sanierungsmaßnahmen an Straßen und Brücken dafür ausschlaggebend, wobei oftmals das Bürgerticket auch nach Ende der Baumaßnahmen beibehalten wird. Andernorts sind es die Bürger\*innen selbst, die einen Bürgerhaushalt verabschieden. In vielen Städten ließ sich die Verwaltung auch von der o. g. Kampagne von „Sierpień 80“ inspirieren, wie etwa im Landkreis Lubin. Mitunter spielen auch budgetäre Gründe eine Rolle, so in Ząbki, wo der Nulltarif auf diejenigen begrenzt ist, die in der Stadt steuerlich veranlagt werden. Die politische Couleur der jeweiligen Verwaltung spielt dabei keine Rolle: Sowohl mehr oder weniger linke als auch dezidiert rechte Lokalpolitiker haben dies umgesetzt. Einige von ihnen hatten den Nulltarif in ihrem Wahlprogramm 2014 und ihn dann nach

erfolgreicher Wahl zumeist auch umgesetzt. Was zudem in Polen wie auch in anderen Ländern des vormaligen Ostblocks eine Rolle spielte, war, dass die Tarifbefreiung für bestimmte Teile der Bevölkerung oftmals beibehalten worden war und damit einfach auf die Restbevölkerung ausgeweitet werden konnte.

In Niederschlesien, wo es das Bürgerticket bereits im Landkreis Lubin, in der benachbarten Kreisstadt Polkowice und einigen ihrer Gemeinden sowie in einzelnen Gemeinden im Kreis Legnica gibt, wird inzwischen sogar diskutiert, einen kostenlosen regionalen Verkehrsverbund zu schaffen – eine gar nicht so unrealistische Perspektive.

### **Der Nulltarif in der öffentlichen Diskussion ...**

Das bekannteste Beispiel für den kostenlosen ÖPNV in Polen ist die oberschlesische Stadt Żory, die damals als mithin erste Stadt auf unsere Kampagne positiv reagierte. Im Gefolge wurde die Frage fast überall im Lande diskutiert, sowohl in den Verwaltungen als auch in den Medien und auf der Straße. Ein typisches Argument auf der Straße gegen die damaligen Preiserhöhungen in Oberschlesien lautete: „Jetzt verteuern sie auch noch die Fahrkarten und trotzdem werden die Stadtsäckel bald wieder klamm sein. Dann können sie doch gleich die Preise senken oder den Nulltarif einführen.“

Zahlreiche andere jedoch, ob Anhänger der neoliberalen Parteien oder Beamte im öffentlichen Verkehrswesen, schlugen eine andere Tonart an, etwa: „Ich bin dagegen, da sich dann die Obdachlosen in den Bussen breitmachen und diese verpesten“. Ein groteskes Argument, das nichts mit dem Nulltarif zu tun hat, sondern auf ein anderes dringliches soziales Problem verweist, nämlich die Wohnungsnot.

Inzwischen jedoch hört man kaum mehr Befürworter von Preiserhöhungen im ÖPNV. Stattdessen werden die Preise gesenkt und allerorten plädiert man für kostenlose Schülertickets. Damit ist Polen seit einigen Jahren zum weltweiten Vorreiter des Nulltarifs im ÖPNV geworden. Daneben sind in etlichen Städten kostenlose Zeitkarten für bestimmte Bevölkerungsgruppen eingeführt worden, etwa für Schüler\*innen, Arbeitslose oder Autofahrer (etwa in Zakopane), oder in den Innenstädten (z. B. in Kielce) oder bspw. an den Wochenenden für jedermann oder auf ausgewählten Streckenverbindungen. Geplant sind auch Freikarten für Touristen während der Wintersaison im schlesischen Wintersportort Szczyrk.

Der überwiegende Tenor ist mittlerweile, dass die Idee gut ist, aber schwer umzusetzen, da die Mittel dafür fehlen. In Wahrheit jedoch sind die Mittel dafür überall vorhanden,

bloß müssen die Prioritäten im Budget entsprechend gesetzt werden.

### **... und seine realen Folgen**

Tatsache ist, dass sich bspw. in Żory der kostenlose ÖPNV als Einsparung herausgestellt hat gegenüber der kostenpflichtigen Vergangenheit. Denn die Investitionen amortisieren sich vielfältig: weniger Verkehrsunfälle, sauberere Luft, weniger Lärm, schnelleres Eintreffen von Hilfsfahrzeugen (wegen freier Straßen), kein Verwaltungs- und Kontrollaufwand für Fahrscheine, mehr Mobilität und somit Aktivität und Prävention für ältere Menschen etc.

In fast allen Städten hat seit der Einführung des Nulltarifs im Nahverkehr die Zahl der Passagiere sichtlich zugenommen, während der Autoverkehr zurückgegangen ist. In Lubin ist die Zahl der Nutzer auf Anhieb um 50 % gestiegen und hat sich nach einem Jahr sogar verdoppelt. In Żory hat sich die Zahl gar verdreifacht. Auch die zuvor katastrophale Parkplatznot hat sich in den betreffenden Städten entspannt. Überall stößt die Maßnahme auf breite Zustimmung, bei den bisherigen Nutzern sowieso, aber auch bei ehemaligen Autofahrern und unter den Wissenschaftlern. Umso mehr überrascht es, dass sich manche Funktionäre im öffentlichen Verkehrswesen – nicht nur in Polen, sondern in ganz Europa – weiterhin stur stellen und gegen das Bürgerticket polemisieren.

Die Vorteile liegen aber nicht nur in der gewachsenen Mobilität und der entspannten Parkplatzsituation. Der wichtigste und zugleich oft vernachlässigte Aspekt liegt darin, dass der ÖPNV nunmehr auch den ärmsten Menschen sowohl unter den Jungen und den Lohnabhängigen als auch besonders unter den Alten zur Verfügung steht.

Nirgends auf der Welt finanziert sich der öffentliche Verkehr allein über die Fahrscheine, sondern er muss stets subventioniert werden. In nahezu ganz Polen erfolgt dies zu mehr als 50 % über Steuermittel. Dies bedeutet, dass Schwarzfahrer, die wie Kriminelle behandelt und von der Polizei abgeführt werden, wenn sie nicht sofort das Bußgeld bezahlen, ihre Fahrt im Grunde schon bezahlt haben, nämlich über ihre Steuern. Und mittellose Schwarzfahrer werden nur deshalb wie Kriminelle behandelt, weil sie arm sind. Die Gesetze schützen nun mal die Automobilkonzerne und die Autofahrer und nicht die Nutzer der öffentlichen Verkehrsmittel. Falschparker haben immer zwei Wochen Zeit, ihr Bußgeld zu begleichen. Schwarzfahrer hingegen müssen das vergleichsweise deutlich höhere Bußgeld umgehend zahlen oder bekommen den Gerichtsvollzieher an den Hals.

Seit der Einführung des Nulltarifs werden auch die Gerichte in Lubin spürbar entlastet. Dadurch spart der Landkreis etwa eine Million Złoty im Jahr, was wiederum der Finanzierung der jährlichen Gesamtkosten im ÖPNV von ca. 14 Millionen Złoty zugutekommt. Zum Vergleich lagen die Einnahmen durch den Fahrscheinverkauf früher bei jährlich 5 Millionen Złoty.

Sowohl in Lubin als auch in Żory fällt auf, dass alte Menschen, die bisher zu Hause dümpelten, seither wieder am öffentlichen Leben teilnehmen, in die Stadt fahren und dort Dinge erledigen, etwa einkaufen, die sie früher mangels Fahrgeld aufgeschoben hatten. Diese Tendenz wird von den Geschäftsleuten im Zentrum der Stadt bestätigt: Die Umsätze der Kinos, Geschäfte und Kneipen sind gestiegen, was wiederum Steuergelder in den Stadtsäckel spült. Oder sie suchen mal wieder ihre alten Laubenkolonien auf [eine Reminiszenz an die einstmalige starke Arbeiterbewegung].

### **Estland als Vorreiter ...**

Vom 9. bis 12. Mai 2018 fand in der estnischen Hauptstadt Tallinn eine internationale Konferenz über den Nulltarif im Öffentlichen Verkehr statt. Bürgermeister, Staatspräsidenten und Aktivist\*innen der ganzen Welt haben dort ihre Erfahrungen ausgetauscht, die sie mit dem Bürgerticket gemacht haben und welche Konsequenzen sich daraus ergeben haben. Als Initiatoren dieses Prozesses in Polen haben die Gewerkschafter\*innen der unabhängigen Gewerkschaft „Sierpień 80“ an dieser Konferenz teilgenommen.

Gemeinsam mit Estland ist Polen ein Vorbild auf diesem Gebiet, dem sich andere Länder in Westeuropa hoffentlich bald anschließen. Was dennoch paradox in unserem Lande ist, ist die Schere, die diesbezüglich zwischen Stadt und Land klafft: Immer mehr Stadtverwaltungen führen den Nulltarif ein, während die ländlichen Regionen oftmals vom öffentlichen Verkehr komplett abgeschnitten sind. Insofern herrscht in Polen eine extreme Ungleichheit: einerseits Nulltarif für die Städter\*innen, andererseits fehlende Anbindung an den Öffentlichen Transport für die Landbevölkerung, die dadurch zum Autofahren verdammt ist, wenn sie sich fortbewegen will.

Estland scheint noch einen Schritt weiter gehen zu wollen. Nachdem Tallinn als erste europäische Hauptstadt den Nulltarif für sämtliche öffentlichen Verkehrsmittel in der Stadt eingeführt hat, sollen nunmehr die Busse im gesamten Land kostenlos benutzt werden dürfen. Damit wäre es weltweit das erste Land, in dem der öffentliche

Nahverkehr vom Dorf auf dem Land bis hin zur Hauptstadt ein Bürgerrecht und keine Ware mehr ist.

In einem Interview am Rande der o. g. Konferenz erklärte Allan Alaküla aus Tallinn: „Der Wirtschaftsminister und der Infrastrukturminister haben versprochen, dass für alle Bürger\*innen ab dem 1. Juli 2018 der Nulltarif eingeführt wird.“ [Tatsächlich ist seit diesem Stichtag das Busfahren in 11 von 15 Regionen des Landes gratis. AdÜ] Bis dato gilt dies nur für Tallinn und die dort steuerpflichtigen Bewohner\*innen. Seit diese Regelung am 1. Januar 2013 eingeführt worden ist, ist die Zahl der Nutzer nach oben gegangen, während der Autoverkehr abgenommen hat.

Wenn sie auf das Thema Nulltarif in Tallinn zu sprechen kamen, argumentierten viele Neoliberale, dass der öffentliche Fuhrpark dort ja veraltet und heruntergekommen sei. Dabei hat das Eine mit dem Anderen gar nichts zu tun, denn alt waren die Busse auch schon, als die Fahrscheine noch kostenpflichtig waren. Es ging denen ausschließlich darum, das Bürgerticket zu diskreditieren, und mittlerweile sind sie auch verstummt. Denn in der Welthauptstadt des kostenlosen Nahverkehrs – so die Eigenwerbung – sind die Straßenbahnen nahezu komplett erneuert worden und teilweise auch die Busse und Oberleitungsbusse, die teils aus Polen importiert wurden. Auch die Züge, die ja im Raum Tallinn ebenfalls kostenlos benutzt werden können, sind zwischenzeitlich durch neue ersetzt worden, mit dem erstaunlichen Resultat, dass sich die Zahl der Passagiere verachtacht hat. Zugleich ist das Streckennetz in Tallinn ausgebaut worden und reicht jetzt auch in Stadtviertel und Vororte, die zuvor nicht angeschlossen waren. Modernisierung und Nulltarif schließen einander also nicht aus, sondern das Gegenteil ist wahr, wenn man sich die Städte betrachtet, wo das Bürgerticket gilt.

Tallinn ist nicht nur zum Vorreiter dieser Entwicklung geworden, sondern rührt auch seit Jahren die Propagandatrommel dafür. Ein Effekt davon ist, dass die Stadt von sich reden macht, was auch nebenbei den Tourismus befördert. Man kommt nicht umhin, der Stadt und auch dem gesamten Land für diese Vorreiterrolle zu gratulieren, die wegweisend für alle Länder ist.

### **... Dunkerque, Tübingen oder Avesta folgen**

In der nordfranzösischen Großstadt Dunkerque (200 000 Einwohner) ist der öffentliche Nahverkehr seit dem 1. September 2018 kostenlos, nachdem die Maßnahme zuvor in einem Pilotprojekt drei Jahre lang an den Wochenenden getestet worden war. Die Ergebnisse davon

waren mehr als überzeugend. [Wurden 2015 noch zwei Drittel aller Fahrten im Nahbereich mit dem Auto zurückgelegt und nur 5 % mit dem Bus (mit dem Fahrrad gar bloß 1 %), so hat sich der Autoverkehr drastisch reduziert. Durch 17 Linien ist die ganze Stadt eingebunden, fünf davon verkehren gar im Zehnminutentakt und sind in weniger als 300 Meter Entfernung für 80 % der Einwohner erreichbar. In der Folge ist die Mobilität besonders der älteren Bewohner gestiegen. Wie bei den oben geschilderten Erfahrungen in Polen ist auch hier die Teilnahme am öffentlichen Leben gewachsen.

Die Umsetzung dieses Projekts finanziert sich quasi von selbst. Während früher nur 10 % der Unterhalts- und Betriebskosten durch den Fahrscheinverkauf abgedeckt worden waren, wird dieser Betrag von 4,5 Millionen Euro im Jahr durch den entfallenen Verwaltungs- und Kontrollaufwand kompensiert – eine Erfahrung, die in ähnlicher Größenordnung auch für andere Städte (Aubagne oder Niort) gilt, die auf den Nulltarif umgestellt haben. Dunkerque ist damit zur größten Stadt Europas geworden, in der der Nulltarif eingeführt worden ist. Anfang September fand dort auch eine Messe statt, zu der die Stadtverwaltung Vertreter aller Städte Frankreichs und Europas eingeladen hatte (zudem die Fachwelt und alle Interessierten), in denen der Nulltarif umgesetzt worden ist, mit dem Ziel, die jeweiligen Erfahrungen auszutauschen. AdÜ].

In der baden-württembergischen Universitätsstadt Tübingen (90 000 Einwohner) wurde Anfang des Jahres der Nulltarif in den städtischen Bussen am Samstag eingeführt, [da ein zentrales Parkhaus in der Innenstadt über 20 Monate hinweg saniert werden muss]. Die Stadtverwaltung hat daneben [als bundesweit einzige Kommune] ein Konzept erstellt, wie diese Maßnahme auf die übrigen Zeiten ausgedehnt werden könnte. [Dafür müssten Fahrgeldeinnahmen von rund 9 Millionen Euro pro Jahr ersetzt und zusätzliche Kosten von etwa 6 Millionen Euro gestemmt werden, In Tübingen würden derzeit schon etwa 20 Millionen Fahrgäste pro Jahr im ÖPNV transportiert, was durch die Einführung des Nulltarifs um ein Drittel gesteigert werden kann. Momentan profitieren nur sehr wenige Einwohner davon, weil die meisten bereits über Zeitkarten verfügen. AdÜ].

Die kleine (23 500 Einwohner) schwedische Industriestadt Avesta hat bereits 2012 den öffentlichen Nahverkehr unentgeltlich gemacht. Während bis dahin die Einwohnerzahl geschrumpft war, ist sie seither um 2000 gewachsen – eine gewichtige Trendumkehr. Wie in den oben zitierten Beispielen hat auch hier die Zahl der Nutzer zugenommen,

und zwar um ganze 400%. Zugleich ist der Autoverkehr rückläufig und die Zahl der Fußgänger wächst. Das interessanteste Phänomen jedoch ist die Kostenentwicklung. Früher mussten 23,6 Millionen Kronen aus dem Stadtsäckel zugeschossen werden und dieser Betrag hätte sich sogar auf 31,8 Millionen erhöht, wenn ausschließlich Kinder und Schüler\*innen ein kostenloses Ticket erhalten hätten. Durch die Entscheidung für einen Nulltarif für alle liegt der Zuschuss heute mit 23,7 Millionen Kronen nur 0,4 % über dem Stand von vor sechs (!) Jahren.

### Die Beispiele machen Schule

Die kleine Stadt Lugoj (38 000) war die erste in Rumänien, die 2013 den kostenlosen ÖPNV eingeführt hat. Seither ziehen andere Städte im Lande nach und die Zahl wächst beständig und sei es auch, dass der Nulltarif nur eingeschränkt gilt. Bei den Kommunalwahlen 2016 in der 2,5 Millionen zählenden Hauptstadt Bukarest siegte die Kandidatin Gabriela Firea. Ihr zentraler Wahlkampflogan war die Einführung des Nulltarifs im ÖPNV. [Seither ist dieses Projekt in dieser im Verkehrschaos erstickenden Stadt über die geplante Einführung von Schulbussen allerdings nicht hinausgekommen. AdÜ]. Auch in anderen Städten wie Vilnius (Litauen), Bratislava (Slowakei) oder Sofia (Bulgarien) gibt es starke Bewegungen für einen kostenlosen Nahverkehr, die auch Eingang in die offizielle Politik finden.

Auch außerhalb Europas finden sich Beispiele dafür, dass die Idee des kostenlosen ÖPNV angesichts der drohenden Klimakatastrophe Schule macht. In der im Feinstaub erstickenden chinesischen Metropole Chengdu dürfen die Bewohner zu den Hauptverkehrszeiten die öffentlichen Verkehrsmittel gratis nutzen. In Brasilien ist der Nulltarif bereits in 12 Städten gültig, darunter Maricá, das immerhin 153 000 Einwohner zählt. Entscheidend dazu beigetragen hat die im ganzen Land aktive Protestbewegung gegen die zunehmend höheren Fahrpreise im ÖPNV und für einen kostenlosen Nahverkehr.

In Zeiten, in denen öffentliche Dienstleistungen zunehmend zu Waren degradiert und privatisiert werden, ist dies eine ermutigende Tendenz.

■ **Lukasz Ługowski** ist Mitglied der unabhängigen Gewerkschaft „Sierpień 80“ („August 80“) und einer der Initiatoren der Bewegung für den Nulltarif.

■ *Übersetzung und Bearbeitung: MiWe*



# CHINESISCHE WELTPOLITIK

---

Der Konflikt zwischen den USA, der herrschenden Weltmacht, und China, der aufstrebenden Weltmacht, strukturiert heute in einem großen Maße die Weltpolitik.

■ **Pierre Rousset**

---

■ Aus der Sicht Chinas war die Epoche, während der die europäischen Mächte den Planeten umgestaltet haben, von kurzer Dauer, bevor die Geschichte wieder ihren „normalen“ Verlauf nahm – das heißt um die internen Probleme Chinas kreiste. Diese sinozentrierte Vision bietet für den neuen chinesischen Imperialismus eine solide Grundlage – nach Art der eurozentrierten Vision der erobernden Imperialismen vor zwei Jahrhunderten. Für Xi Jinping wird das 21. Jahrhundert das „chinesische Jahrhundert“ sein.

## Weltpolitik in Ostasien

Xi Jinping hat die defensiven strategischen Vorstellungen hinter sich gelassen, die die maoistische Ära prägten. Diese sind fortan offensiv geprägt: Um die Ausweitung des neuen Imperialismus sicherzustellen, wird die Flotte zentral, umso mehr, als China meerseitig eine ungeheuer lange Grenze hat und sich den Zugang zum pazifischen und zum indischen Ozean sichern muss. Von der koreanischen bis zur malaischen Halbinsel stellen die japanischen, philippinischen oder indonesischen Inselgruppen einen Schutzschirm dar. Die auf die hohe See hin offenen Meerengen sind unter strenger Kontrolle der USA.

Die Kontrolle des südchinesischen Meeres ist deshalb für Peking überlebenswichtig. Xi Jinping hat deshalb deklariert, dass es sich um ein „innerchinesisches Meer“

handle. Man kann drei Phasen im Streit um die Kontrolle des südchinesischen Meeres unterscheiden:

**1** Die erobernde Phase. Peking zog Nutzen aus der zeitweiligen Lähmung Washingtons. Es wurden sieben künstliche Inseln gebaut. Da sie komplexe militärische Installationen beherbergen, stellen sie ein zusammenhängendes Ganzes dar, mit der der Zugang zu allen wichtigen Punkte kontrolliert werden kann; mittlerweile wurden dort strategische Bomber des Typs H-62K (mit nuklearer Schlagkraft) stationiert, ein politisches Symbol gegen die B-52 der USA. Die Militarisierung des südchinesischen Meeres ist eine Tatsache. Sicherlich, Peking kann die Durchfahrt der VII. Flotte nicht verbieten und die internationale Nutzung nicht blockieren. Washington ist jedoch nicht in der Lage, die chinesische Präsenz „zurückzudrängen“, ohne in einen Konflikt auf sehr hohem Niveau einzutreten.

Das Regime hat weiter nördlich „historische“ Ansprüche geltend gemacht und in betont aktiver Art die japanische Kontrolle über den unbewohnten Mikro-Archipel Senkaku/Diaoyu herausgefordert und damit die Möglichkeiten Japans und die Entschlossenheit der USA getestet.

**2** Die Gegenoffensive der Vereinigten Staaten. Schlussendlich hat Trump den Fehdehandschuh auf militärischem Gebiet aufgenommen und zu diesem Zwecke die nordkoreanische Frage benutzt. China wurde tatsächlich aus

diesem Gebiet des Nord-Pazifiks zurückgedrängt. Zudem blieb es in der Krise lange Zeit politisch und diplomatisch marginalisiert, die sich zwischen Washington, Pjöngjang und Seoul abspielte.

**3** Die neue Form des regionalen Konfliktes. Washington möchte heute seine Vorteile ausbauen. Für Jim Mattis, Staatssekretär für Verteidigung, kristallisiert sich der Konflikt hauptsächlich um Taiwan und das südchinesische Meer.

Der chinesische Botschafter in Großbritannien, Liu Xiaoming, hat neulich an die Position seiner Regierung erinnert, dass ein Eindringen in das südchinesische Meer einem Eindringen in die territorialen Gewässer Chinas gleichkomme; die Schiffe, die dies tun, müssten vorher ihre „friedliche“ Durchfahrt anmelden oder eine Erlaubnis erhalten. International jedoch wird diese Zone nicht gleichermaßen eingestuft: Die Durchfahrt ist frei und hängt nicht vom guten Willen Xi Jinpings ab.

### **Weshalb Taiwan?**

In der internationalen Diplomatie gilt der Grundsatz „ein einziges China“. Als Taipeh (Hauptstadt der Republik China, Taiwan) im UN-Sicherheitsrat einen Sitz innehatte, repräsentierte es das gesamte kontinentale China; als dieser Sitz 1971 von Peking übernommen wurde, wurde Taiwan (dessen Geschichte komplex ist) nur mehr als eine Provinz Chinas angesehen.

Im Januar 2016 wurde Tsai Ing-wen zur Präsidentin gewählt, mit (vorsichtigen) Unabhängigkeitsabsichten. Trump hat ihr unmittelbar darauf per Telefon gratuliert – was von China als Provokation interpretiert wurde. Washington hat zu Beginn der 1970er Jahre die offiziellen diplomatischen Beziehungen zu Taipeh abgebrochen; trotzdem wurden mit dem Taiwan Relations Act seit 1979 halboffizielle Beziehungen entwickelt. Dann trat im März 2018 ein neues Gesetz in Kraft, welches Peking in Wut versetzte: der Taiwan Travel Act, der den Verkehr zwischen den beiden Regierungen in einem bisher nie dagewesenen Ausmaß erlaubt und die US-Verpflichtung zu einer militärischen Unterstützung an die Insel enthält.

Die chinesische Regierung führt eine anhaltende Kampagne, um Taipeh zu isolieren. Vor kurzem haben Burkina Faso und die Dominikanische Republik den Abbruch ihrer offiziellen diplomatischen Beziehungen mit Taiwan angekündigt. Weltweit gibt es nur noch 18 Staaten, die solche unterhalten, darunter der Vatikan, pazifische und lateinamerikanische Staaten (Honduras,

Guatemala oder Kiribati) und Swasiland. Luftfahrtgesellschaften, die taiwanesischen Destinationen anfliegen, wird die Sperrung des chinesischen Luftraums angedroht. Am 23. April hat China in der Meerenge von Taiwan die größten Seemanöver seiner Geschichte durchgeführt. – eine spektakuläre Geste „zum Schutz der Souveränität und der territorialen Integrität“ des Vaterlandes.

Washington beabsichtigt, vor Taipeh auf hoher See eigene militärische Übungen durchzuführen, um die Chinesischen Republik ihres Schutzes zu versichern. Dieses Gebiet wird zu einem militärischen Spannungsherd zwischen den beiden Mächten. Xi Jinping jedoch kann in dieser Frage keine Kompromisse dulden. Der ideologische Zement seiner Macht ist der Großmachtnationalismus, die Berufung auf die heilige Natur der territorialen Integrität des „einigen Chinas“ – und die Insel liegt im Herzen des maritimen strategischen Raumes, dessen Kontrolle ihm lebenswichtig scheint.

### **Hongkong**

Taiwan ist ein de facto unabhängiges Land – nicht so Hongkong. Trotzdem ist der Grundsatz „Ein einziges China“ als ein Aspekt der Krise auf dessen Territorium spürbar. Ehemalige britische Kolonie, wurde sie 1997 vom Vereinigten Königreich „wieder rückübertragen“. Sie wurde zu einer „Speziellen Verwaltungszone“. Die entsprechende Vereinbarung sah vor, dass während mindestens 50 Jahren Hongkong von einem besonderen Status unter der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ profitieren würde.

Hongkong konnte keine unabhängige Politik auf dem Gebiet der Verteidigung und der Diplomatie führen, aber das wirtschaftliche und juristische System blieben unverändert, wie auch tausend andere Besonderheiten. Zum Zeitpunkt der Zwanzigjahrfeier der Rückübertragung ließ Xi Jinping verlauten, dass die chinesisch-britische Erklärung von 1984, die die Grundlagen für die Rückübertragung von 1997 legte, nicht „mehr länger zutreffend“ sei, Peking darin nur mehr ein „historisches Dokument“ sehe, das „keinerlei konkrete Bedeutung“, und „keinesfalls zwingende Kraft mehr habe“. Nach der Absicht von Xi Jinping sollen in Zukunft in Hongkong die chinesischen Gesetze angewandt werden.

Diese Perspektive trifft in der Bevölkerung Hongkongs, die ihre Bürgerrechte und politischen Rechte (Mehrparteiensystem, Freiheit des internationalen Austausches, Unabhängigkeit der Gewerkschaften und der Justiz ...)

bedroht sieht, auf viel Widerstand. Dieser Widerstand mag links, aber auch rechts jeweils eine andere Färbung haben (Xenophobie gegen die „chinesische Einwanderung“ vom Kontinent).

Xi Jinping hat vor jeder „unzulässigen“ Beeinträchtigung seiner Autorität gewarnt und hat sich dabei auf die nationale Sicherheit berufen: „Jeder Versuch einer Gefährdung der Souveränität und der Sicherheit Chinas, einer Missachtung der Macht der Zentralregierung und der Autorität des Grundgesetzes der Speziellen Verwaltungszone von Hongkong, oder jeder Ansatz, von Hongkong aus Aktivitäten der Unterwanderung und der Sabotage gegen den Kontinent einzuleiten, stellt ein Akt des Überschreitens der roten Linie dar“ – eine scharfe Formulierung, die bis anhin noch nie umgesetzt wurde.

Hongkong ist der Sitz von Vereinigungen zur Verteidigung der Rechte und der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter, wie auch von Netzwerken, die regionale Solidaritätsarbeit leisten. Die politische Repression ist deutlich spürbar. Edward Leung, 27 Jahre alt und ein Führer der Unabhängigkeitsbewegung, ist zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden. Viele Freiheiten wurden aufgehoben, ohne dass sich die im Territorium ansässige Geschäftswelt und die Multinationalen davon betroffen fühlen, wohlverstanden.

### **Peking und die koreanische Krise**

Aus allgemeiner Sicht ist Südkorea für China viel wichtiger als Nordkorea. Das Schicksal des nordkoreanischen Regimes hat beträchtliche Auswirkungen. Sollte es zusammenbrechen, so könnte die US-Armee ihre Lager an der chinesischen Grenze aufschlagen; diese Perspektive ist für Peking offensichtlich unakzeptabel. Beim Höhepunkt der Krise von 2016/17 war die Führung von Xi nicht in der Lage, wichtige Initiativen zu ergreifen, selbst wenn er die UNO-Sanktionen gegen Pjöngjang in Funktion seiner Interessen immer „modulieren“ konnte, was nicht nichts ist.

Die Lage änderte sich mit der gemeinsamen Erklärung von Kim und Trump vom 12. Juni 2018. Die Falken im Weißen Haus wollten eine blanke Kapitulation. Der auf dem Singapur-Gipfel eröffnete Verhandlungsprozess wird lang werden, vor dem Horizont eines Friedensvertrages und nicht mehr eines „gewaltsamen“ Sturzes des Regimes.<sup>1</sup>

Die Zukunft der Gespräche ist ungewiss. Im Norden ist mit der Tolerierung der Entwicklung einer Marktwirtschaft eine gesellschaftliche Elite entstanden und die Einleitung eines Übergangs in einen Kapitalismus chinesi-

scher Prägung ist denkbar. Im Süden wurde die extreme Rechte marginalisiert. Die beiden Regimes haben sich auf einen Prozess der allmählichen Annäherung geeinigt und lehnen die Brutalität des „deutschen Modells“ ab. Es geht nicht mehr um Alles (Wiedervereinigung) oder Nichts (Kriegszustand).

Diese Situation erlaubt China, in den diplomatischen Prozess in Korea einzutreten: Dies ist für Xi Jinping eine gute Nachricht. Entspannung auf der Halbinsel – Spannung wegen Taiwan? Wie lange noch können Peking und Washington in der Region auf Erhitzung und Abkühlung spielen?

### **Der Marsch nach Westen**

Das Projekt der „Neuen Seidenstraßen“ wurde erst vor kurzem in Gang gesetzt. Der Ehrgeiz dahinter ist gigantisch. Der kontinentale Weg (die Straße) soll China mit Europa verbinden und durch den asiatischen Kontinent führen. Der maritime Weg (der Gürtel) geht von Südostasien aus und soll bis nach Ostafrika und in den Maghreb führen. Sechs „regionale Korridore“ sollen dazu dienen, möglichst viele Länder an die beiden Hauptachsen anzukoppeln.<sup>2</sup>

Es geht darum, eine möglichst kohärente Entwicklung eines Infrastrukturkomplexes anzustoßen, die Investitionen zu vervielfachen, den industriellen Sektoren Märkte zu verschaffen, die im nationalen Rahmen an Überproduktion (Zement, Stahl) leiden und schnelle Kommunikationswege zu errichten, aber auch um die Stärkung des politischen und kulturellen Einflusses der chinesischen Machthaber. Schlussendlich ist das Ziel, aus China einen globalen „zivilisatorischen“ Referenzpol zu machen, als Alternative zu den USA.

Im Kern dieser multidimensionalen Expansion stehen geoökonomische und geostrategische Überlegungen. Für Peking geht es um die Sicherung seiner Versorgung mit Rohstoffen und um die Senkung der Transportkosten; um einen besseren Zugang zu den Märkten, die je nach Fall von Japan, Südkorea, Russland oder die USA dominiert werden; um Schifffahrtswege, die die Straße von Malakka zu umgehen erlauben, die im Falle einer zugespitzten Krise von Washington blockiert werden könnte; diese Wege führen vorbei an Bangladesch, Myanmar oder Pakistan ...

Das Projekt erfordert einen Finanzierungsaufwand von 800 Milliarden Euro, die teilweise dank der Asiatischen Infrastruktur Investmentbank (AIIB) aufgebracht werden. Trotz der erklärten Opposition der USA, sind vor allem

Deutschland, Australien, Frankreich und das Vereinigte Königreich dem Aufruf gefolgt.

Ungefähr 70 Länder sind von diesem Projekt betroffen! Nachdem Peking im großen Maßstab investiert hat, versucht es nun, insbesondere angesichts der zunehmenden Spannungen mit den Vereinigten Staaten, seinen Einfluss hauptsächlich auf die asiatische Peripherie auszubauen, und setzt die Hälfte seiner im Rahmen der neuen Seidenrouten gewährten Kredite dafür ein. China ist der wichtigste Handelspartner des Verbandes der Südostasiatischen Nationen (Asean). Sein Einfluss ist beherrschend in Laos und Kambodscha und beträchtlich im Mekongbecken, darunter in Thailand, und wird noch verstärkt durch den Eisenbahnbau zwischen Kunming (in Yünan) und Singapur. China kontrolliert in der Tat eine wachsende Anzahl von Häfen in Myanmar, Bangladesh, Sri Lanka, Pakistan, den Malediven, im Oman ...

Die neuen Seidenstraßen sollen Westeuropa in Portugal, Venedig und Rotterdam erreichen; es kommt zu Aufkäufen und Niederlassungen in Frankreich, Großbritannien, der Schweiz, Italien und Griechenland (der Hafen von Piräus!) . Ein Güterzug, der von Yiwu, südlich von Shanghai, abfährt, verbindet China über 12 000 Kilometer direkt mit 32 europäischen Städten, darunter London, Madrid, Kouvola (Finnland), Duisburg und Lyon.

In den meisten osteuropäischen Ländern werden bereits große Investitionen getätigt oder verhandelt. In Zentralasien führt der Landweg durch Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan und Aserbaidschan. Eine 2012 eingeleitete „Partnerschaft“, das „16+1-Format“ zwischen China und 16 mittel- und osteuropäischen Ländern (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Kroatien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Albanien und Mazedonien), wird kontinuierlich ausgebaut.

Im Nahen Osten und in Nordafrika bindet der Gürtel Dschibuti, Äthiopien, Ägypten, Algerien oder Marokko an; mit dem Iran, das dem US-Embargo unterliegt, werden derzeit erweiterte Abkommen ausgehandelt.

Im November 2017 wurde ein Abkommen zwischen China und Panama unterzeichnet, das sich dem Projekt Seidenstraßen anschließt und offiziell den dritten maritimen Zweig dieser Initiative bildet.

Ein so starker globaler Expansionskurs, der sich auf einen so begrenzten Zeitraum konzentriert, ist beispiellos. Seine sozialen, kulturellen und ökologischen Kosten werden, wie zu befürchten ist, beträchtlich sein – ebenso wie die wirtschaftlichen und finanziellen Risiken, die

durch politische Unwägbarkeiten verstärkt werden: mögliche Auflösungen von nationalen Regierungsbündnissen, Operationen in Konfliktgebieten wie der Himalaya-Grenze (von Kaschmir bis Arunachal Pradesh) oder dem Nahen Osten, Gegenangriffe konkurrierender Mächte (wie in Myanmar). Das Beispiel des Hafens von Gwadar ist bezeichnend. Er liegt an der Küste von Belutschistan, im Südwesten Pakistans, wo der Unabhängigkeitskampf weitergeht und wo sich viele Staaten beteiligen (Indien, Afghanistan ...).

### **Militärischer Aufstieg**

Die chinesische Armee gilt als die zweitgrößte der Welt, obwohl dieses Urteil weitgehend quantitativ ist. Die Kampferfahrung des Personals und der Ausrüstung bleibt begrenzt. Nachgeordnete Imperialismen wie Frankreich verfügen möglicherweise über das erforderliche Wissen (Infiltration und Kommandooperationen) oder Technologien (wie das Hubschrauberträger- und Kommandoschiff *Mistral*). Sie wird auch von Russland mit dessen Ozeanflotte strategischer U-Boote bei weitem übertroffen ...

Dennoch schreitet die internationale militärische Aufstellung Chinas, die bei Null angefangen hat, schnell voran. Die Marinekapazität wird kontinuierlich ausgebaut. Peking erhöhte die Zahl der Abkommen, die es seinen Kriegsschiffen ermöglichen, in ausländischen Häfen vor Anker zu gehen, und es ist ein wichtiger Teilnehmer an den „Peacekeeping“-Operationen der Vereinten Nationen, wo 35 000 Soldaten zu dieser sanften Art des Einsatzes beigesteuert werden (Zahlen von 2015). Es führt eigene Übungen zur Heimführung seiner Staatsangehörigen in Krisengebieten (wie z. B. dem Jemen) durch.

Das Prunkstück dieser militärischen Expansion ist natürlich die Basis von Dschibuti, die für 10 000 Soldaten ausgelegt ist. Die strategische Bedeutung dieses Gebiets ist beträchtlich (weshalb es auch amerikanische oder französische Stützpunkte beherbergt). Die internationale Ansiedlung von achtzehn Militärbasen soll geplant sein.

### **Konflikte um Einfluss**

Chinas globale Expansion steht in direktem Wettbewerb mit allen bestehenden Mächten in deren traditionellen Einflusszonen: Russland in Zentralasien und in Weißrussland, Indien in Südasien, die Vereinigten Staaten in Lateinamerika, Europa auf dem eigenen Kontinent, alle in Afrika ...

In der Arktis sucht China nach Möglichkeiten, an der Öffnung der Polarrouten zur Ausbeutung bisher unzu-

gänglicher Ressourcen teilzuhaben, die dank der globalen Erwärmung ermöglicht wird.

In Afrika hat China im allgemeinen Wettbewerb um die Kontrolle des Reichtums die Führung übernommen, sodass wir jetzt sowohl über Chinafrique als auch über Françafrique sprechen.

In Zentralasien können Moskau und Peking ihre Kräfte gegen die Vereinigten Staaten oder die Europäische Union bündeln. Die Shanghai Cooperation Organization (SCO) bietet einen dauerhaften Rahmen für eine starke Sicherheitsallianz in Zentralasien, Afghanistan und dem Nahen Osten. Vor kurzem fand am 8. Juni ein Gipfel zwischen Moskau, Peking und Teheran statt. Je weiter jedoch China in die russische Peripherie vordringt, desto struktureller wird der latente Konflikt werden. Dieser konzentriert sich insbesondere auf die Kontrolle des Ölreichtums der Region.

In der indisch-pazifischen Region entstehen neue Allianzen, um dem Machtzuwachs Chinas entgegenzuwirken, wie der im November 2017 von den Vereinigten Staaten, Australien, Japan und Indien initiierte Quad (Quadrilaterale Sicherheitsdialog).

In Lateinamerika verfolgt China seit Mitte der 2000er Jahre sehr wichtige Ziele, und zwar in verschiedener Hinsicht:

- Politik: Konsolidierung seines globalen Einflusses, etwa über finanzielle Hilfestellung angesichts der US-Hegemonie, diplomatische Isolierung Taiwans ...
- Geoökonomisch, wie der Fall Bolivien zeigt: China hat kürzlich ein Wasserkraftwerk in der Provinz Cochabamba errichtet und ist am Bau von Zucker-, Kalium- und Stahlfabriken und Straßen sowie an der Modernisierung des öffentlichen Sicherheits- und Telekommunikationssystems beteiligt und schießt dabei auf eine der größten Lithium-Reserven der Welt.
- Geostrategisch. China kann auf diesem Kontinent auch „Flagge zeigen“: Stationierung eines Kontingents in Haiti im Rahmen von UN-Operationen, eine extraterritorialisierte Basis in Patagonien (Argentinien), deren offizieller Zweck die Vorbereitung einer Entsendung einer Mission auf die verborgene Seite des Mondes ist; diese Operation wird von der Armee geführt und erlaubt Peking hauptsächlich, die Südhalbkugel zu überwachen.

China ist heute der wichtigste Handelspartner der größten Volkswirtschaften Südamerikas: Argentinien, Brasilien, Chile, Peru und Venezuela. Als Zeichen der Zeit sagte

US-Außenminister Rex Tillerson im Februar 2018, dass lateinamerikanische Länder sich nicht in die Arme eines neuen Imperiums stürzen müssten (als ob das US-Imperium „gottgegeben“ wäre!).

### Strategische Trümpfe Chinas

Trump zieht den Bilateralismus dem Multilateralismus vor, dessen Wirksamkeit er bestreitet. Er ergreift protektionistische Maßnahmen und kann im Gegenzug weitere einleiten. Dabei stellt sich allerdings ein großes Problem: Die kapitalistische Globalisierung, die globale Organisation der Produktion in Wertschöpfungsketten und die Finanzialisierung sind eine Tatsache, an der ein großer Teil der US-Wirtschaft beteiligt ist.

China hat seine eigenen Widersprüche, aber in diesem Zusammenhang verfügt es vor allem über zwei Trümpfe: seinen „hergebrachten“ internationalen, vom Staat angeführten Expansionsmodus und die große Bedeutung seiner Wirtschaft für andere. Würden die Türen des neuen Reiches der Mitte geschlossen, hätte dies fatale Folgen – und Xi Jinping kann sie tatsächlich schließen.

China ist ebenso Teil der kapitalistischen Welt, und das chinesische Glück hat die Freuden der Spekulation und der Steueroasen angestachelt. Xi Jinping reagiert auf diese „Missbräuche“, indem er seine Kontrolle über alles, einschließlich des Yuan-Wechselkurses, verstärkt oder ein Massen-Überwachungssystem einführt, das ausländische Unternehmen wie auch Staatsangehörige betrifft ... Peking verfügt daher über ernsthafte Mittel, um auf laufende Handelskonflikte zu reagieren.

Die erste Runde des Trump/Xi-Wirtschaftspokers im Mai schien sich zum Vorteil Chinas zu wenden.<sup>3</sup> Seitdem hat Peking offenbar lediglich in gleicher Höhe auf Washingtons Maßnahmen reagiert – und lässt seine Beziehungen in die Wählerbasis des US-Präsidenten spielen. Insbesondere hat Xi persönliche Beziehungen zu den Sojabohnenproduzenten in Iowa aufgebaut, deren Exporte von chinesischen Vergeltungsmaßnahmen betroffen sind.

China bleibt nach wie vor auf massive Importe von elektronischen Komponenten angewiesen. Die Telefongesellschaft ZTE musste die Herstellung von ganzen Produktlinien einstellen, nachdem sie von Washington wegen der Umgehung des Embargos gegen den Iran und Nordkorea bestraft wurde. Peking versorgt sich aber auch in Japan, Taiwan und Südkorea mit „Chips“. Die Führung um Xi legt sich jedoch mächtig ins Zeug, um Chinas anhaltenden Rückstand in der Spitzentechnologie



aufzuholen (mit welchem Erfolg?). Etwa zwanzig High-Tech-Sektoren wurden als strategisch eingestuft. Der Wettbewerb auf diesem Gebiet wird wahrscheinlich entscheidender sein als die Manipulation der Zölle.

### **Unsicherheiten, finanzielle und politische Risiken: eine Phase der „Konsolidierung“?**

Nach einer Zeit einer eindrucklichen, umfassenden Entwicklung des chinesischen Kapitalismus scheint die Xi Jinping-Führung die Notwendigkeit zu spüren, Bilanz zu ziehen und die Prioritäten neu festzulegen. Der heißhungerige Erwerb ausländischer Firmen hat die Operationen der Finanzspekulationen aus dem Blickfeld gerückt. Um Vorzugskredite zu erhalten, haben sich Investoren unge-rechtfertigterweise in das Seidenstraßenprogramm eingetragen. Finanzielle Risiken wurden allzu oft nicht ernsthaft bewertet. Die internationale Situation verändert sich jedoch rasant – und der „Trumpfaktor“ erhöht die Unsicherheit.

Venezuela ist ein Beispiel für die Gefahren, denen Peking ausgesetzt sein könnte.<sup>4</sup> Die beiden Länder näherten sich während der Zeit von Chávez schnell an. Die dabei geschlossenen Vereinbarungen sind weitgehend auf die Ölförderung ausgerichtet und an diese gebunden. Venezuela hat sich zwar von der Kontrolle der USA befreit, sich aber massiv gegenüber China verschuldet. Angesichts der aktuellen Krisensituation hat Peking große Investitionen gestoppt, seine Kredite reduziert und viele chinesische Arbeiter kehren nach Hause zurück (es waren 400 000). Als wichtigster Gläubiger, weit vor Russland, kann China eines Tages die Kontrolle über die Ölförderung verlangen. Wenn es noch nicht so weit gekommen ist, dann wahrscheinlich aus politischen Gründen. Die Lage wird für China sehr ernst, wenn das Regime gestürzt wird. Mit anderen Ländern war China weniger geduldig.

Chinas Aufstieg zur zweitgrößten Macht der Welt ist eine vollendete Tatsache. Die aktuellen Trends dürfen jedoch nicht einfach in die Zukunft projiziert werden. Die chinesische Geopolitik befindet sich in einer unsicheren Phase der Anpassung und nicht nur der Konsolidierung und der linearen Expansion.

Quelle: <https://npa2009.org/idees/international/geopolitique-chinoise>

■ Übersetzung: Willi Eberle

1 Siehe Pierre Rousset, « Péninsule coréenne: Un fragile espoir de paix après la rencontre Kim-Trump », 21. Juni 2018, auf <http://www.europe-solidaire.org/spip.php?art...>

2 Laure Siegel, « Avec la route de la soie, la Chine veut conquérir l'économie monde », Mediapart, 31 mars 2018.

3 Arnaud Leparmentier, « Les Chinois gagnants de l'armistice commercial avec Trump », le Monde de l'économie, 21 mai 2018.

4 Globalization Monitor, 13 mars 2018.



## Wo sind denn hier die Fotos?

Sie sind woanders. Aber wir arbeiten dran. Überlasse die Bilder unseres Protestes nicht länger profitorientierten Unternehmen.

Wir gründen eine **Fotoplattform für gesellschaftskritische Bilder**. Unkommerziell, aus der Bewegung, für die Bewegung. Bis 16. Dezember läuft unsere Crowdfundingkampagne. Mach mit.

<http://crowd.fotopia.cc>

# STÄRKE UND WIDERSPRÜCHE DER CHINESISCHEN WIRTSCHAFT

---

Die globalen chinesischen Ambitionen sind an den sich ausweitenden Auslandsinvestitionen des Landes erkennbar. Ein Handelskrieg mit den USA kann zerstörerische Konsequenzen haben. Darüber sprach am 10. August 2018

**Juan Ferre mit Au Loong-Yu.**

---

China hat eine Spitzenposition in der globalen Wirtschaft errungen. Das außerordentliche Wachstum des Bruttosozialprodukts in den letzten 20 Jahren, verbunden mit einem eindrucksvollen Anwachsen der Produktivkräfte, hat das Gleichgewicht des globalen Handels dramatisch verändert. Chinas schwerpunktmäßig auf den Export orientiertes Modell ist jedoch nicht frei von Widersprüchen. Die niedrigen Löhne des Landes – obwohl sie stark ansteigen – führen zu einer niedrigen heimischen Nachfrage und infolgedessen zu einer Abhängigkeit vom Außenhandel. Die chinesische Regierung hat einen neuen Plan entwickelt, um diesen Zyklus zu durchbrechen. Sie versucht die heimische Nachfrage zu stärken und überschüssiges Kapital zu exportieren. Welche Ergebnisse dieser Plan bringen wird, ist aber noch offen.

**Juan Ferre: Die US-Regierung hat China wiederholt mit einem Handelskrieg gedroht und Zölle auf chinesische Produkte erhoben. Welche Auswirkungen hat das gehabt?**

**Au Loong Yu:** Da der Handelskrieg gerade begonnen hat, ist es schwierig, seine volle Auswirkung einzuschätzen, obwohl die betroffenen Sektoren jetzt den Schaden

sehen. Es gibt schon Berichte über Schiffe mit amerikanischen Soja-Bohnen, die auf der offenen See herumirren, weil sie dank der steigenden US-Zölle ihre Waren nicht länger an ihre chinesischen Importeure verkaufen können. Der Bürgermeister von Los Angeles hat gewarnt, dass der Handelskrieg zu einem Rückgang des Handelsvolumens um 20 % führen kann. Wir in Hongkong jedoch erfreuen uns an den billigen US-amerikanischen Kirschen, da diese Produkte nach der Erklärung des Handelskriegs durch Trump nach Hongkong umgeleitet wurden.

Während Trump es hauptsächlich auf Chinas industrielle und technologische Produkte abgesehen hat, konzentriert sich China vorrangig auf die landwirtschaftlichen Produkte der USA. Weil beide Seiten den Krieg eskalieren, werden vorher nicht betroffene Produkte plötzlich in die Vergeltungsmaßnahmen einbezogen. Beispielsweise war Apple bislang nicht von Trumps Maßnahmen betroffen. Aber die letzten Maßnahmen betreffen auch chinesische Halbleiter und so kann es am Ende auch Apple treffen, selbst wenn das iPhone außen vor bleibt.

Angesichts des Umfangs des Handelskriegs wird es beängstigend, wenn Trump seinen Plan weiterhin umsetzt. Es erinnert uns an die Ausweitung der Zollschränken

durch die USA in den 30er Jahren, die zu einem Handelskrieg und zur Schrumpfung des Welthandels um mehr als 60 % führten. Der Rest der Geschichte ist allgemein bekannt. Obwohl wir dem sogenannten Freihandel immer skeptisch gegenüberstehen, ist seine Ablösung durch einen derartigen Handelskrieg weitaus problematischer.

Aber ein extrem rechter Populist wie Trump ist unberechenbar. Er kann seinen Kurs später ändern. Sicherlich ist es gut möglich, dass er das nicht tun wird. Darüber hinaus hat er eine Vielzahl von Absichten und Zielen und es ist nicht klar, was seine Hauptpriorität ist.

Trumps Administration kann zwei Ziele haben: Das Handelsdefizit drastisch zu verringern und die Made-in-China-2025-Strategie (die Produktion von hoch-technisierten Waren substantiell zu steigern) zu blockieren. Das erste Ziel ist schwer zu erreichen, wenn die USA ein Land mit einer sehr niedrigen Sparquote bleiben. Selbst wenn Trump es schafft, das Defizit mit China zu verringern, wird das nur dazu führen, dass andere Länder die Lücke schließen werden und das Handelsdefizit wird bleiben. Jobs zu retten ist ein noch schwerer zu erreichendes Ziel. Wenn der Handel zurückgeht, werden Jobs das erste sein, das verschwindet. Vielleicht gehören Jobs letztendlich gar nicht zu Trumps Prioritäten. Trump ist entschlossen, Chinas Plan, seine Technologie weiter zu modernisieren, scheitern zu lassen. Aber eine so radikale Generaloffensive wie ein Handelskrieg, um ein so spezifisches Ziel zu erreichen, kann sich als ein verheerendes Angriffsmittel erweisen. Vor noch nicht so langer Zeit hat sich Trumps direktes hartes Durchgreifen gegen die ZTE Corporation (ein weltweit führender Telekommunikationsausrüster mit Sitz in Shenzhen) als wesentlich effektiver erwiesen.

Vielleicht favorisiert Trump die große Beachtung in den Medien und liebt den großen Auftritt. Aber diese Art Handelskrieg wird zu Verletzungen auf beiden Seiten führen. Vor einiger Zeit schrieb Handel Jones ein Buch mit dem Titel „Chinamerica“, um die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu beschreiben. Wenn sie einen Handelskrieg gegeneinander führen, ist das so, als ob eine zweiköpfige Schlange gegen sich selbst kämpfte: Kein Kopf kann sich vor den Angriffen des anderen wegducken. GM Cars z. B. verkaufte mehr in China als in den USA. Nach einem Bericht von JP Morgan von 2015 sind Technologie-Firmen, die zum S&P 500 gehören, insbesondere Teilehersteller, in Bezug auf ihre Erträge sehr abhängig von China.

Gefährlicher sind der Nationalismus und die Fremdenfeindlichkeit, die Trump auf den Plan gerufen hat. Trump

macht viel Aufhebens vom Handelsdefizit mit China. Es ist lächerlich, jetzt über „nationale Wirtschaft“ zu reden, ohne bedeutende Einschränkungen zu machen. Tatsächlich stammt die Hälfte der chinesischen Exporte von ausländischen Firmen, die in China investieren. Ein Handelskrieg dieses Ausmaßes wird auch einer Menge westlicher Firmen wehtun. Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts hat nicht nur einen globalen Markt, sondern auch eine globale Wertschöpfungskette; das gilt zumindest für viele Güter. Während früher ein Telefon innerhalb eines Landes gefertigt wurde, wird heutzutage ein iPhone nicht in China hergestellt, sondern dort zusammengesetzt. Es gibt sogar einen Bericht, nach dem ein iPhone, das in China zusammengesetzt wird und 179 US-Dollar kostet, Komponenten im Wert von 172 US-Dollar enthält, die von außerhalb nach China importiert werden.

Was geschehen wird, hängt zum großen Teil davon ab, was Trump am meisten will. Es gibt einen Bericht über Differenzen im Weißen Haus. Während der US-Finanzminister Steven Mnuchin das Handelsdefizit mit China verringern will, verlangt der Falke und Handelsbevollmächtigte Robert Lightizer von China einen strukturellen Politikwandel. Dieses Durcheinander trägt sicherlich zu den großen Unsicherheiten bei, denen die beiden Länder und die ganze Welt jetzt ausgesetzt sind.

Wenn die Priorität letztlich darin besteht, Chinas Aufstieg zu stoppen, dann bedeutet das einen historischen Bruch mit der früheren China-Politik der USA und – sicherlich noch beängstigender, obwohl von dieser Perspektive aus gesehen der Handelskrieg Sinn macht – das Auslösen einer großen ökonomischen Krise in China.

**In den letzten Jahrzehnten hat China gekämpft, um einen heimischen Markt aufzubauen und dadurch seine Abhängigkeit vom Export zu reduzieren. Gab es diesbezüglich schon einen Fortschritt? Und wie verhält sich dieser Korrekturversuch zur Schuldenaufhäufung?**

Der starke Absturz des chinesischen Aktienmarkts 2015 hätte eine wirtschaftliche Krise auslösen können, wenn der Staat nicht wieder zu seiner Rettung gekommen wäre (die letzte große Rettungsaktion geschah anlässlich der Krise 2008/09). Allerdings sind die diesen Krisen zugrunde liegenden Probleme keineswegs beseitigt worden. Wir meinen damit die langfristigen ökonomischen Ungleichgewichte, die auf der besonderen Wachstumsstrategie basieren, einen unglaublich großen Anteil des Nationalprodukts für Kapitalinvestitionen zu verwenden und

gleichzeitig die Konsumption zu dämpfen. Wenn wir den Anteil der Konsumption an Chinas Bruttosozialprodukt betrachten, sehen wir, dass er jetzt, wegen der Regierungsanstrengungen, die heimische Nachfrage anzuregen, ein wenig höher ist, als in den vergangenen Jahren. Aber es handelte sich 2016 nur um 39 %.

Das ist nicht nur viel niedriger als der weltweite Durchschnitt (und viel niedriger als der von Niedrigeinkommensländern), sondern auch bedeutend niedriger als der eigene Rekord von 48 % im Jahr 1960. In der Folge leidet China an einem typischen Ungleichgewicht von Überakkumulation und Überproduktion. Vor mehr als 10 Jahren haben Regierungsvertreter schon offen zugegeben, dass sie dadurch gezwungen wären, Investitionen im Ausland zu tätigen, um diese Ungleichgewichte zu beseitigen.

Was die Exporte betrifft, so war der Anteil des Nettoexports am Wachstum des Bruttosozialprodukts laut einem Weltbankbericht von 2018 sowohl 2015 als auch 2016 negativ. 2017 wurde er positiv, aber das Wachstum dieses Anteils betrug immer noch nur 0,6 %, während das reale Bruttosozialprodukt um 6,7 % wuchs. Die Prognosen für dieses und das nächste Jahr sind 0,1 % und 0,0 % für 2020. Unter der Bedingung des jetzigen Handelskriegs mögen Bedenken aufkommen, ob die Prognosen nicht nach unten korrigiert werden müssen. Wenn sich der Nettoexport verringert, verringert sich auch der Handelsüberschuss.

Aber es gibt keine effektive Gelddruckmaschine, die die fallenden Beiträge aus dem Nettoexport ersetzen kann.

Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts ist nur halb so hoch wie vor einem Dutzend Jahren. Und selbst das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts kann täuschen, weil es jede Investition enthält, aber nicht alle Investitionen werden unter den Bedingungen von Überakkumulation Einkommen generieren. Die Geisterstadt ist ein typisches Beispiel ineffektiver Investition, die am Ende nur zum Wachstum der Schulden beiträgt, die dann nur mit Hilfe der Regierung abgetragen werden können. Das hat zu andauerndem Gesamtschuldenwachstum geführt. Die Situation wird immer gefährlicher.

Der IWF veröffentlichte im Dezember 2017 einen Bericht, in dem drei „größere Spannungen“ im chinesischen Finanzsystem identifiziert wurden, die die Wirtschaft entgleisen lassen könnten; und die Schulden sind eine davon. In einem folgenden Bericht der Bank of International Settlements im März wird gewarnt, dass Chinas Verschuldung einen Betrag überschritten hat, der zu einem Systemausfall führen könnte.

Er veranschlagte die Gesamtverschuldung auf 256 % des Bruttosozialprodukts. Das ist vergleichbar mit entwickelten Ländern, aber außerordentlich hoch für ein Entwicklungsland wie China. Dazu kommt, dass die Verschuldungsstruktur unterschiedlich ist, weil Chinas Schulden meist von staatlichen Unternehmen und lokalen Regierungen gemacht worden sind. Positiv ist, dass die Auslandsverschuldung gering bleibt, obwohl man sofort anfügen muss, dass es immer versteckte Auslandsschulden gibt. Ihre Höhe ist nicht bekannt, bis eine Krise ausbricht.

Andere Quellen veranschlagen die Gesamtschulden bis auf eine Höhe von 342 %. Darin scheinen die Schulden, die Banken untereinander haben, enthalten zu sein, die in der vorherigen Zahl nicht auftauchen. Wenn man das Defizit des Sozialversicherungsfonds einbezieht, dann sind die Gesamtschulden noch höher. Die strenge staatliche Kontrolle erlaubt es der Partei, scharfe Krisen einzudämmen, in dem sie Geld von Helikoptern schmeißt, aber das legt nur den Grundstein für weitere Schulden. Und Schulden müssen am Ende beglichen werden. Wenn der Tag der Abrechnung kommt, wird der Partei-Staat wieder einmal noch mehr Menschen enteignen müssen, um das Geld zur Bezahlung der Schulden aufzutreiben. Aber die unbequeme Tatsache ist, dass das auch dazu führen wird, die Leute, die heute noch zum großen Teil apolitisch sind, noch mehr gegen sich aufzubringen.

**In deinem Buch „China’s Rise: Strength and Fragility“ stellst Du das imposante Wachstum von Chinas transnationalen Korporationen bis 2007 dar. In den 10 Jahren seit damals haben sich die chinesischen Auslandsinvestitionen in Lateinamerika, in Afrika und anderswo mit großer Geschwindigkeit noch weiter vergrößert. Kann man von China als neuem Imperialismus sprechen? Und wenn, hat er spezifische Ausprägungen? Wie passt die One-Belt-One-Road-Initiative ins Bild?**

Als China 2016 zur zweitgrößten Quelle von Auslandsinvestitionen in der Welt wurde, bedeutete dies auch, dass China bedeutende Interessen im Ausland zu verteidigen hatte. Das insbesondere, weil der Schwerpunkt auf Investitionen in Infrastruktur lag, die nur langfristig profitabel sind.

Um ihr Ziel zu erreichen, effektiver ihren Anteil am Weltmarkt zu vergrößern und gleichzeitig ihren Status in der Wertschöpfungskette zu verbessern, ignoriert die Regierung notwendiger Weise ihre offiziell verkündete Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegen-

heiten anderer Länder. Die wachsende Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und China, das sich zu einer bedeutenden globalen Macht entwickelt, muss auch berücksichtigt werden. Diese Spannung zwingt China dazu, seine Verbindungen mit anderen Ländern, insbesondere mit seinen Nachbarn zu verstärken – daher die BRI (Brasilien, Russland und Indien). Sicherlich zwingt auch die Enge des heimischen Marktes und der Überschuss brach liegenden Kapitals die Bürokratie dazu, mit Hilfe von BRI-Projekten Kapital zu exportieren.

Chinas bürokratischer Kapitalismus beinhaltet notwendiger Weise eine globale expansionistische Logik, zuerst auf wirtschaftlicher, dann aber zunehmend auch auf politischer und militärischer Ebene. Wenn man den Grad der Monopolisierung und der Fusion von Finanz- und Industriekapital – möglich gemacht durch den bürokratischen Kapitalismus und auch durch den Grad der Auslandsinvestitionen – in Betracht zieht, dann zeigt China bereits starke Elemente eines modernen Imperialismus, das heißt, eines Imperialismus, der mit Unterstützung durch militärische Macht und überschüssiges Kapital versucht, schwächere Länder zu dominieren, aber nicht notwendiger Weise direkte politische Dominanz über sie sucht, wie das früher der Fall war.

Aber es ist wichtig, das aktuelle Stadium zu identifizieren, das China nun durchläuft. Wenn wir uns nur einfach damit zufrieden geben, ein kompliziertes und sich verwirrend schnell änderndes Land, das eine solch lange Geschichte hat, mit einigen Etiketten zu versehen und sie dann mit anderen imperialistischen Ländern auf eine Stufen zu stellen, könnte man einen großen Fehler machen. Da gibt es zwei Faktoren, die wir berücksichtigen müssen. Der erste ist die koloniale Vergangenheit, die noch schwer auf dem Partei-Staat lastet.

Wenn wir sagen, dass China imperialistisch ist, dann würde es sich um das erste imperialistische Land handeln, das früher halbkolonial war und außerdem um eines, das in einem Jahrhundert einer Vielzahl von Invasionen durch verschiedene Großmächte ausgesetzt war. Das macht die chinesische Bevölkerung besonders empfindsam für Fragen nationaler Selbstverteidigung. Man muss unterscheiden zwischen diesem legitimen Anliegen und dem aggressiven Expansionismus der Partei.

Eine weitere Facette dieser kolonialen Vergangenheit sind die Fragen von Taiwan und Hongkong. Die Vereinigten Staaten betrachten Taiwan als ihr Protektorat. Ich unterstütze die Haltung der chinesischen Kommunistischen Partei (KPCh) zu Taiwan nicht, da wir an dessen

Recht auf Selbstbestimmung glauben, das die KPCh leugnet. Allerdings gestehen selbst die Vereinigten Staaten zu, dass Taiwan ein Teil von „China“ ist, während sie die Volksrepublik China als Chinas einzig legitime Regierung anerkennen. So erkennen die Vereinigten Staaten mehr oder weniger die Legitimität von Chinas Fahrplan zur nationalen Vereinigung an.

Obwohl Taiwan durch seinen Status als US-Protektorat vor der Aggression durch die KPCh geschützt ist, bedeutet das auch eine auswärtige Bedrohung, zusätzlich zur Tatsache, dass viele Chinesen das als ein Hindernis für Chinas Wiedervereinigung mit Taiwan sehen – die für sich genommen kein illegitimes Anliegen ist. Sie wird nur illegitim, wenn sie der taiwanesischen Bevölkerung aufgezwungen wird. Es gibt auch viele Chinesen und eine Minderheit in Taiwan, die sich gegen die KPCh-Position wenden, die Vereinigung durch Krieg als eine Option anzusehen, die aber gleichzeitig die Vereinigung durch zweiseitige Verhandlungen auf Augenhöhe unterstützen. Wir müssen alle diese legitimen Anliegen von den Interessen der herrschenden KPCh unterscheiden. Obwohl viele gegen die Aggression der KPCh gegen Taiwan sind, bedeutet das nicht, dass sie eine US-Intervention begrüßen würden.

Ein zweites koloniales Vermächtnis ist Hongkong. Obwohl es schon vor 20 Jahren an die Volksrepublik zurückgegeben wurde, ist ein bedeutender Teil der Bevölkerung – hauptsächlich seine Mittelklasse – immer noch eher pro-westlich als pro-Volksrepublik eingestellt. Nicht nur das; es gibt auch den problematischeren Einfluss des internationalen Kapitals und der hegemonialen westlichen Mächte auf die Stadt.

Im Vergleich: Alle anderen imperialistischen Länder haben kein koloniales Erbe, sondern profitieren von ihrer imperialistischen Vergangenheit, was sowohl zu ihrer harten als auch ihrer weichen Macht beiträgt. Chinas Aufstieg ist immer noch durch seine koloniale Vergangenheit belastet, was gegen seine Interessen wirkt. Diese Asymmetrie bestimmt die Wahl unserer Taktiken im Umgang mit der Rivalität zwischen den USA und China.

Chinas Expansion ist zunehmend imperialistisch, aber wir müssen in Betracht ziehen, dass China sehr widersprüchlich ist. Es besitzt eine expansionistische Logik, aber es wird gehemmt von seiner abhängigen Akkumulation – abhängig sowohl von den westlichen Märkten als auch von der westlichen Technologie. Daher muss es einen geringwertigen Status in der globalen Wertschöpfungskette akzeptieren. Sicherlich ist China ein Komplize



der imperialistischen Länder bei der Betreibung der globalen Wertschöpfungskette, aber es ist noch ein vergleichsweise untergeordneter Akteur. Diese Asymmetrie muss auch berücksichtigt werden, wenn wir eine kluge Taktik in Bezug auf die Taiwan-Frage entwickeln wollen.

### **Bis zu welchem Grad ist das Privatkapital in der chinesischen Wirtschaft angewachsen?**

In Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Investitionen in Anlagevermögen und das Steueraufkommen, kommt der private Sektor heute auf einen Anteil von 50 bis 60 % der Gesamtwirtschaft. Aber es ist schwierig, die genauen Details zu kennen, die verwirrend sind. Bei der Kategorie der Aktiengesellschaften zum Beispiel hat es einen großen Anstieg sowohl bezüglich des Anlagevermögens als auch des Anteils am BIP gegeben. Das, weil viele Staatsbetriebe seit 1990 im Stillen von Parteifunktionären privatisiert und in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden.

Die Besitzverhältnisse dieser Gesellschaften sind sehr kompliziert. Es gibt sowohl private als auch öffentliche Anteilseigner und alles wird sehr sorgfältig geheim gehalten. Zur weiteren Konfusion trägt die Tatsache bei, dass es in der Kategorie der „Einzelunternehmer“ sehr viele kleine Kapitalisten gibt, weil Einzelunternehmer laut Gesetz nicht mehr als sieben Angestellte beschäftigen dürfen. Vor einigen Jahren warnten Liberale vor dem neuen Trend zu „guojinmintui“ oder, dass der Staat den privaten Sektor auspresst.

Es gibt eine heftige Debatte und keine einfache Antwort, da viele unterschiedliche Arten und Niveaus der Messung existieren.

Aber man muss sich bewusst machen, dass sich außer diesen Zahlen auch die Frage stellt, welcher Sektor mehr Gewicht in der Wirtschaft hat. Der Staatssektor kontrolliert die Kommandohöhen der Wirtschaft und auch alle städtischen Flächen, was ihm mehr Macht gibt, als die einfachen Zahlen des BIP vermuten lassen. Zum Beispiel ist der Staatssektor eher Preisführer als Preisnehmer.

**Du hast Chinas Klassen- und politisches System als „bürokratischen Kapitalismus“ charakterisiert, was bedeutet, dass die kommunistische Parteibürokratie ihre Regierungsposition benutzt, um auf kapitalistische Weise Profite zu machen. Siehst Du eine Vertiefung dieses Musters unter der Regierung von Xi Jinping? Führen die vielen kurz- und**

### **mittelfristigen Widersprüche zu Ungewissheiten bei dieser Definition?**

Mit „bürokratischem Kapitalismus“ meine ich nicht einfach, dass „die Bürokratie ihre Positionen ausnutzt, um mit kapitalistischen Mitteln Profite zu machen“. Um genauer zu sein, würde ich eher sagen, dass es sich bei China um eine Art staatskapitalistisches System handelt, in dem die Bürokratie die staatliche Zwangsmacht mit der Macht des Kapitals in ihren Händen verschmilzt. In vielen Ländern der Welt sind eine Menge Regierungsvertreter korrupt und in Ländern wie Pakistan und Ägypten findet man vom Militär geführte Firmen wie in China. Aber ich behaupte, dass nur China ein solches Niveau der Verschmelzung von oben nach unten, von der Gesundheitsfürsorge bis zur Bildung und von allen anderen Sektoren erreichen kann.

Diese einzigartige Situation ist das Ergebnis einer einzigartigen Entwicklung seit der chinesischen Revolution von 1949. Der bürokratische Kapitalismus wurde unter Xi gestärkt und das Risiko ökonomischer und politischer Krisen scheint sich erhöht zu haben. Daher haben die Liberalen auch wegen „guojinmintui“ Alarm geschlagen. Wahrscheinlich ist die Argumentation nicht ganz korrekt, aber sie bezeichnet einen wichtigen wirtschaftlichen Wendepunkt: Früher, als der Markt groß genug war und die Partei den Staatssektor schnell privatisiert hat, hatte die private Bourgeoisie ihre beste Zeit. Nun aber, mit der Sättigung des Marktes und dem Abschluss der Privatisierung merken sie, dass sie viel weniger Raum haben, um Geld zu machen, und sogar noch vom Staatssektor ausgepresst werden können. Daher ihre Unzufriedenheit. Heute stehen die kleinen und mittleren privaten Unternehmen schlecht da, besonders weil die Staatsbanken ihnen weiterhin Kredite verweigern, während sie fortfahren, dem Staatssektor Geld hinterherzuwerfen.

**Lass uns jetzt über die Lage in Festland-China reden. Nach der globalen Finanzkrise 2008 gab es einen Aufschwung der Arbeitskonflikte mit einigen Höhepunkten wie dem Tonghua-Anti-Privatisierungskampf 2009 und dem Honda-Streik in Guangdong 2010. Die Regierung hat das mit verschärfter Repression beantwortet. Konnte sie die Arbeitsunruhen unterdrücken? Gibt es irgendwelche Grenzen für das, was die staatliche Repression erreichen kann?**

Seit vielen Jahren gibt es keine Arbeiterbewegung, sondern nur Arbeitskämpfe. Bei vielen handelte es sich um sponta-

ne Streiks. Ich glaube nicht, dass die Autoritäten spontane Streiks verhindern können. Sie wissen, dass das sehr unwahrscheinlich ist, wenn zwei Dinge in Betracht gezogen werden: Erstens sind die Arbeitsbedingungen, obwohl sie sich zwischenzeitlich verbessert haben, immer noch sehr rau und das führt notwendiger Weise zu Revolten. Zweitens ist die zweite und dritte Generation von Wanderarbeiter\*innen sich ihrer Rechte bewusster und hat höhere Ansprüche, was sie notwendiger Weise von Zeit zu Zeit zu Aktionen veranlasst. Aber viele Streiks führen nicht zu irgendeiner Form von Organisierung; nicht nur wegen der Repression, sondern auch weil die Wanderarbeiter\*innen dafür noch nicht bereit sind.

Die Autoritäten können heute härter auf spontane Streiks reagieren, aber ihr Hauptaugenmerk liegt nicht darauf, alle spontanen Streiks gänzlich auszumerzen, sondern darauf, sicher zu stellen, dass die Arbeiter\*innen unorganisiert bleiben. Daher auch ihr hartes Durchgreifen gegen Arbeiter-NGOs. Das ist etwas, was sie sehr leicht erreichen können. Aber die nicht zu stoppenden spontanen Streiks sind, auch wenn sie nicht zur Organisierung führen, für sich selbst genommen gut, weil sie das Bewusstsein und das Selbstvertrauen der Arbeiter\*innen erhöhen können.

■ **Au Loong Yu** ist ein in Hongkong lebender Arbeitswissenschaftler und langjähriger politischer Aktivist. Er ist der Verfasser von „China's Rise: Strength and Fragilities“ und von vielen Artikeln über chinesische Politik und Ökonomie.

■ *Übersetzung: W. W.*

## „Die endlich entdeckte politische Form“ Fabrikräte und Selbstverwaltung von der Russischen Revolution bis heute



Herausgegeben von Dario Azzellini u. Immanuel Ness, 2012

540 S., € 29,80, ISBN 978-3-89900-138-9

Die Herausgeber Dario Azzellini und Immanuel Ness haben in der Einleitung zu dem Sammelband über Betriebsbesetzungen, Arbeiterräte, selbstverwaltete Unternehmen geschrieben: „Die Kapitel dieses Buches dokumentieren Erfahrungen mit Arbeiterkontrolle und beleuchten die Praktiken und Intentionen von historischen und aktuellen Arbeiterbewegungen, die bisher weitgehend im Dunkeln lagen.“

Mit Beiträgen von Elaine Bernard, Alberto Bonnet, Sheila Cohen, Patrick Cuninghame, Pietro Di Paola, Andy Durgan, Donny Gluckstein, Ralf Hoffrogge, Marina Kabat, Zbigniew Marcin Kowalewski, David Mandel, Goran Musić, Henrique T. Novaes, Peter Robinson, Maurício Sardá de Faria, Gabriella Scodeller, Arup Kumar Sen, Samuel J. Southgate, Jafar Suryomenggolo, Alan Tuckman, Victor Wallis

Neuer ISP Verlag GmbH  
Belfortstr. 7, D-76133 Karlsruhe  
Tel.: (0721) 3 11 83  
neuer.isp.verlag@t-online.de  
www.neuerispverlag.de

# KRISE UND WELTWEITES CHAOS

Der vorliegende Artikel versucht, das weltweite Chaos von seinen ökonomischen Wurzeln her zu verstehen.

■ **Michel Husson**

Zehn Jahre nach der Insolvenz der Lehman Brothers werden zunehmend wieder Stimmen laut, die um zwei Themen kreisen: Wie konnte dies passieren? Und: Kann sich das wiederholen? Aber nahezu alle Beiträge drehen sich um die vergangenen oder bevorstehenden Auswüchse in der Finanzwirtschaft. Leitgedanke dabei ist, dass sich die Dynamik des Kapitalismus erschöpft hat und die Globalisierung deswegen und im Zuge der damals begonnenen Krise zunehmend chaotischere Züge annimmt und zu weiteren wirtschaftlichen und sozialen Krisen führen wird.

Die Dynamik des Kapitalismus rührt letzten Endes daher, dass die Produktivität immer weiter steigt, sodass immer mehr Waren pro Arbeitsstunde gefertigt werden können. Seit den weltweiten Rezessionen von 1974/75 und 1980/82 hat sich diese Produktivitätssteigerung tendenziell verlangsamt. Aus dem „Goldenen Zeitalter“ – wie es manche der Außergewöhnlichkeit halber bezeichnen – ist nunmehr ein neoliberaler Kapitalismus geworden, dem eine lang anhaltende Stagnation droht. Dabei hat es der Kapitalismus in dieser Zeit immerhin fertiggebracht, die Profitrate wieder nach oben zu treiben, obwohl der Produktivitätszuwachs abnimmt (Grafik 1).

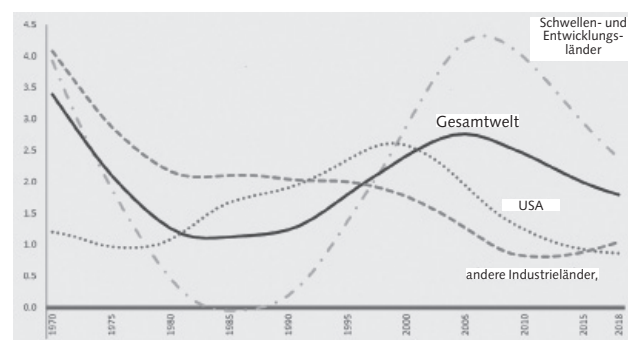
Möglich machte dies eine nahezu durchgängige Lohnbremse, weswegen der Lohnanteil am Gesamteinkommen tendenziell abnimmt. Verantwortlich dafür waren multiple Faktoren (Globalisierung, Finanzialisierung, technologische Innovationen, Verschuldung), die

sich wechselseitig beeinflussen, ohne dass wir hier ihren relativen Anteil aufschlüsseln wollen. Die steigende Ungleichheit ist eine logische Folge dieses Systems, das wiederum selbst auf tönernen Füßen stand und dessen innere Widersprüche die Krise von 2007/08 ausgelöst haben. Die Globalisierung ist zwar integraler Bestandteil dieses Modells, hat aber unter dem Eindruck der Krise neue Formen angenommen.

## Die Welt im Umbruch

Die Jahre vor der Krise waren durch den Aufstieg der Schwellenländer und besonders von China geprägt. Deren

**GRAFIK 1: STEIGERUNG DER ARBEITSPRODUKTIVITÄT**



„Durchbruch“ verdankt sich der weltweiten Umstrukturierung des Produktionsprozesses, der vom Entwurf über die Fertigung bis hin zur Belieferung des Endverbrauchers segmentiert und auf mehrere Länder verteilt wird. Diese „weltweiten Wertschöpfungsketten“ werden unter der Ägide der multinationalen Konzerne eingerichtet, die die Weltwirtschaft regelrecht am Gängelband führen. Ein Smartphone wird heutzutage quer durch die Welt entworfen, gefertigt und gehandelt.

Diese neue Form der Globalisierung hat Anfang der 1980er Jahre als Schlupfweg aus der Krise fungiert, indem ein Reservepool an billigen Arbeitskräften geschaffen wurde, der nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ noch weiter zugenommen hat. Zugleich jedoch kam es dadurch zu einem regelrechten Umbruch in der Weltwirtschaft, was in erster Linie auf die Verteilung der industriellen Produktion (ohne Energiewirtschaft) zurückzuführen war: Sie wuchs zwischen 2000 und 2018 um insgesamt 62%, wobei sie sich in den Schwellenländern mehr als verdoppelt (+ 152%) und in den Industrieländern mit 16% nur geringfügig zugenommen hat. Auf die Schwellenländer entfallen mittlerweile 42% der weltweiten Industrieproduktion, während es in 2000 nur 27% waren (Grafik 2). In manchen Ländern wie China und Südkorea beschränkt sich diese Industrialisierung zunehmend weniger auf die Endfertigung (Textilien oder Elektronik), sondern geht mit einem Wachstum von Branchen einher, die Hochtechnologie oder gar Ausrüstungsgüter fertigen.

Die Gegenüberstellung von Industrie- und Schwellenländern folgt jedoch einem irreführenden Schema. Anfang des vorigen Jahrhunderts konnte Rosa Luxemburg den Imperialismus noch als „politischen Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf [zwischen den kapitalistischen Ländern] um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus“<sup>1</sup> bezeichnen. Nikolai Bucharin beschrieb einen „Prozeß der ‚Nationalisierung‘ des Kapitals, d. h. die Schaffung von gleichartigen, in staatliche Grenzen eingeschlossenen, einander schroff gegenüberstehenden wirtschaftlichen Organismen“<sup>2</sup>. Jedes imperialistische Land strebte damals danach, die Welt zu erobern, was dann zum Ersten Weltkrieg „zwischen den imperialistischen Staaten“ führte.

Inzwischen aber sind die Grenzen zwischen den Staaten und den Kapitalien nicht mehr deckungsgleich. Insofern ist die Vorstellung, dass imperialistische Länder und abhängige Länder einander ungleich gegenüberstehen, überholt. Stattdessen gilt ein Konzept, wonach die

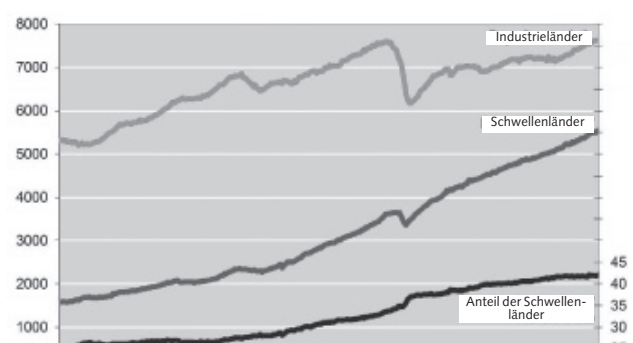
Weltwirtschaft gemäß einer ungleichen und kombinierten Entwicklungslogik, die von den transnationalen Konzernen getragen wird, strukturiert wird.

### Staat und Kapital

Seit das Kapital in zunehmendem Maße nicht mehr nationalstaatlichen Grenzen folgt, haben sich auch die Beziehungen zwischen Staat und Kapital verschoben. Natürlich gibt es noch immer privilegierte Beziehungen zwischen einem multinationalen Konzern und „seinem“ Staat und letzterer wird weiterhin versuchen, die Interessen seiner nationalen Industriekonzerne zu verteidigen. Aber es gibt eine Entfremdung insofern, als die Konzerne den Weltmarkt im Visier haben und sie ihren Profit unter anderem dadurch mehren, dass sie ihre Kosten durch die Organisation ihrer Produktion im Weltmaßstab minimieren und ihre Gewinne in Steuerparadiese transferieren. Sie unterliegen keinem Zwang, auf einheimische Arbeitskräfte zurückgreifen zu müssen und ihr Absatz ist weitgehend unabhängig von der Binnenkonjunktur ihres „Heimatlandes“. Dies bedeutet, dass die Unternehmen eines Landes mit einem schwachen Wachstum des Binnenkonsums in diesem Land leben können, sofern sie über alternative Absatzmärkte auf dem Weltmarkt verfügen. Die Funktion der Staaten liegt, besonders in Europa, nicht mehr so sehr darin, ihre „nationalen Weltmarktführer“ zu verteidigen, als vielmehr alles dafür zu tun, ausländische Investoren für ihr Land zu gewinnen.

Diese Organisation der weltweiten Produktion wurde durch politische Entscheidungen ermöglicht und umgesetzt, deren Ziel die Beseitigung aller Hindernisse für eine freie Kapitalzirkulation in der gesamten Welt war. Die praktische Umsetzung vollzog sich über Institutionen und

**GRAFIK 2: WELTWEITE INDUSTRIEPRODUKTION**



internationale Verträge und meist durch Zwangsmaßnahmen für die abhängigen Länder in Form von „Strukturanpassungsmaßnahmen“.

Die Globalisierung führt insofern zu einer Verschachtelung der Machtverhältnisse, die sozusagen einer zweifach widersprüchlichen Regulierung gehorchen. Einerseits streben die Staaten danach, ihre Position in der weltweiten Rangliste zu behaupten und dabei das Funktionieren des globalisierten Kapitalismus zu gewährleisten. Andererseits müssen dieselben Staaten die divergierenden Interessen der Kapitalien, die auf den Weltmarkt orientiert sind, mit denen der Unternehmen in Einklang bringen, die für den Binnenmarkt produzieren, und dabei auch den sozialen Frieden im Land aufrechterhalten.

Die wirtschaftlichen Machtverhältnisse verlaufen heutzutage entlang zweier Achsen: eine klassische vertikale, die die Nationalstaaten gegenüberstellt, und eine horizontale, die die Konkurrenz zwischen den Einzelkapitalien widerspiegelt. Die internationalen Institutionen fungieren dabei als eine Art Syndikus der kapitalistischen Staaten, wobei es momentan weder einen „Ultraimperialismus“ noch eine „Weltregierung“ gibt. Der Kapitalismus entzieht sich gegenwärtig vielmehr jedweder tatsächlichen Regulierung und funktioniert in chaotischer Weise, hin und her gerissen zwischen scharfer Konkurrenz und der Erfordernis verbindlicher Rahmenbedingungen. Dennoch sind die Vorrechte der Nationalstaaten nicht gänzlich verschwunden, wie manche behaupten. Innerhalb der Weltwirtschaft hält sich eines ganz hartnäckig, nämlich die Kontrolle über die Rohstoffe.

### **Kampf um die Rohstoffe**

Der permanente Kampf um den Zugang zu den Rohstoffen hat niemals aufgehört und gebiert weiterhin Verwerfungen und Konflikte. Natürlich denkt man dabei an die Energieträger: Erdöl, Uran etc. Dazu kommen aber noch der Landraub zum Wohle der Agrarindustrie, die Wasserkraftwerksindustrie und der Bergbau. Auch der Streit um den Zugang zu Wasser schürt zahlreiche Konflikte.

Eine Folge der Globalisierung ist die Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft, ob durch die Importschwemme von Lebensmitteln oder durch Landraub. Zugleich werden internationale Investitionsentscheidungen oft danach getroffen, die Produktion in Länder zu verlagern, wo die Umweltbestimmungen am laxesten sind. Verschärft werden diese Mechanismen durch den Klimawandel, sodass man letztlich die Transfers im weitesten Sinne (Müll, Umweltverschmutzung, Erwär-

mung, Dürren, Starkregen, subventionierte Lebensmittel, patentiertes Saatgut, Düngemittel und Pestizide) für die erzwungenen Migrationsbewegungen verantwortlich machen muss.

Ein solches Schema birgt freilich die Gefahr, in einen allzu vereinfachten Determinismus zu verfallen und dabei das Zusammenwirken mit anderen sozialen und politischen Faktoren außer Acht zu lassen. Beispielsweise wäre es arg verkürzt, den andauernden Bürgerkrieg in Syrien lediglich auf die dortigen Interessen der Energiekonzerne zurückzuführen. Diese spielen natürlich eine Rolle dabei, genauso wie der Waffenhandel, wie die Studie zweier Wirtschaftswissenschaftler gezeigt hat.<sup>3</sup> Darin wird nachgewiesen, dass, immer wenn die Profitrate bei den vier größten Energiekonzernen (BP, Chevron, ExxonMobil, Shell) unter den allgemeinen Durchschnitt fiel, Konflikte gefolgt sind, angefangen vom Sechstagekrieg bis hin zum Dritten Golfkrieg 2003 und später den Krieg gegen den IS. Auch wenn die Autoren zugestehen, dass ihre „Geschichte des Nahen Ostens größtenteils märchenhaft ist“ und dass „die Dramen dieser Region ihrer ureigenen Logik folgen“, macht ihr Beitrag deutlich, dass neben anderen Aspekten auch der Zugriff auf Rohstoffe zu berücksichtigen ist.

### **Globalisierung – ein Auslaufmodell?**

Der Beginn des neuen Jahrtausends wurde geprägt durch eine Achse zwischen China und den USA („Chinamerica“), die einander gewissermaßen ergänzten. Die USA lebten auf Pump mit einem Außendefizit, das durch quasi recycelte Überschüsse vorwiegend aus China finanziert wurde. Die Investitionen in China in Form von Joint Ventures trugen zum dynamischen Wachstum der chinesischen Wirtschaft bei. Andere Länder passten sich in diese internationale Arbeitsteilung ein, wie die Schwellenländer oder auch die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL, 11 ganz heterogene Staaten unter starkem Einfluss Deutschlands). Die transatlantische Wirtschaftsachse zwischen Europa und den USA machte ebenfalls Fortschritte. Aus dem Blickwinkel des Kapitals verlief die Globalisierung perfekt und sämtliche Apologeten des herrschenden Systems priesen deren Vorzüge, beschworen die unumgängliche Anpassung an die globale Konkurrenz oder drohten mit Standortverlagerungen.

Es sieht ganz danach aus, als hätte das vergangene Jahrzehnt seit der Krise von 2008 allmählich die Grenzen dieser wirtschaftlichen Entwicklung aufgezeigt. Auch wenn dies nicht das Ende der Globalisierung bedeutet, gibt



es deutliche Anzeichen für eine anscheinend dauerhafte Ermüdung. Die Schaffung globaler Wertschöpfungsketten war nicht nur vom Wunsch getragen, Lohnvorteile zu nutzen, sondern auch die wirtschaftliche Dynamik und das Potential der Schwellenländer zu nutzen, die Produktivität zu steigern und somit das nachlassende Potential in den klassischen Industrieländern zu kompensieren. Nun hat das vergangene Jahrzehnt jedoch gezeigt, dass sich der Produktivitätszuwachs in den peripheren Ländern deutlich verlangsamt hat: Statt +3,5 % zwischen 2000 und 2007 liegt die Steigerung nur noch knapp über 1 % (2011–2016). Dies trägt zweifelsohne zu der spektakulären Abschwächung des Welthandels bei, der nur noch im selben Maß wächst, wie die Produktion, und nicht mehr doppelt so schnell.

Einer der Gründe ist, dass sich China aus der Wertschöpfungskette rauslöst. „Die Importe von Produktionsfaktoren (Inputs, z. B. Rohstoffe, Maschinen) für die Herstellung von Exportgütern machen nur noch unter 20 % der gesamten Warenexporte aus, während es in den 1990er Jahren noch 40 % waren. Dafür verantwortlich sind höhere Löhne, der vermehrte Einsatz technologisch höherwertiger Verfahren, der Wunsch nach Teilhabe am Erlös und die gestiegene Währungsparität.“<sup>44</sup>

Lässt man China beiseite, könnte man sogar behaupten, dass die Schwellenländer ein Auslaufmodell sind. Die anderen BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und Südafrika) sind – anders als China und Südkorea – nicht über den Status von Rohstofflieferanten hinausgekommen. Manche Ökonomen sprechen sogar im Falle Brasiliens von einem Rückschritt in der wirtschaftlichen Entwicklung hin zur Erzeugung von Primär- statt Industriegütern. Zudem sind diese Länder besonders von den erratischen Kapitalflüssen betroffen, weswegen ihre Währungen und Außenbilanzen besonders anfällig für Schwankungen sind. Jüngste Beispiele dafür sind die Türkei und Argentinien, aber auch die südeuropäischen Länder sind vom versiegenden Kapitalzustrom betroffen.

### Soziale Polarisierung

Die Krise hat auch ein weiteres Phänomen zutage befördert, das durch die Austeritätspolitik noch weiter verschärft worden ist, nämlich dass die Globalisierung zu einer sozialen Polarisierung führt statt zu mehr „Gerechtigkeit“. Selbst die internationalen Institutionen wie IWF und OECD verweisen auf die Zersetzungszeichen durch die Globalisierung, die sich besonders auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen.

In allen Industrieländern lässt sich beobachten, dass die Beschäftigung „an beiden Enden der Fahnenstange“ zunimmt: Sowohl die hochqualifizierten Arbeitsplätze wachsen als auch – am anderen Ende – die prekären Jobs, während die „Mittelschicht“ stagniert und ihre Aussichten auf einen sozialen Aufstieg schwinden. Zugleich vertiefen sich die Einkommensunterschiede. Freilich ist dies nicht bloß auf die Globalisierung zurückzuführen, sondern auch Folge der Finanzialisierung und der Einführung von Hochtechnologien sowie der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit.

An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass die Welt nicht nur aus Schwellen- und Industrieländern besteht, sondern dass ein Gutteil der weltweiten Bevölkerung in Ländern lebt, an denen die Dynamik der kapitalistischen Globalisierung vorbeigeht. Somit verlaufen die Bruchlinien quer durch alle sozialen Formationen und tragen zu deren Auflösung bei.

Insofern überrascht es wenig, dass sich die Studien über die zunehmende Ungleichheit der Einkommensverteilung in jüngster Zeit häufen. Branko Milanović, einer der weltweit führenden Spezialisten auf diesem Gebiet<sup>5</sup>, fasst diese mittlerweile gängige Feststellung so zusammen: „Die Einkommensungleichheiten vertiefen sich innerhalb der einzelnen Länder, nehmen aber durch den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas im Weltmaßstab ab.“<sup>6</sup> Diese wachsende Ungleichheit innerhalb der einzelnen Länder „belastet die politische Stabilität dieser Staaten“.

Diese Vorwürfe veranlassen die internationalen Institutionen gar zum Schuldeingeständnis, dass man die Segnungen der Globalisierung besser hätte verteilen müssen, um sie „gerechter“ zu gestalten. Dieser fromme Wunsch verträgt sich jedoch nicht mit einer der zentralen Triebfedern der Globalisierung, dem zunehmenden Steuerwettbewerb. Der durchschnittliche Steuersatz auf Unternehmensgewinne ist in den Industrieländern von 44 % Anfang der 1990er Jahre auf 33 % im vergangenen Jahr gefallen und beträgt dank der Maßnahmen von Donald Trump inzwischen gar 27 %. Auch global ist die durchschnittliche Steuerlast in diesem Zeitraum um ein Drittel gesunken.

Die Widersprüchlichkeit liegt auf der Hand: Um die „Attraktivität“ für die Unternehmen zu steigern, entgehen immer mehr Steuereinnahmen, die dann nicht mehr zur Verfügung stehen, um die Auswirkungen der Globalisierung „gerechter“ zu machen. Dieses weltweite Fiskaldumping für Profite ist der Türöffner für Steuerhinterziehung, die die Ressourcen der Staaten noch weiter schwächt: 2015 wurden 40 % der Profite der multinationalen Konzerne in

Steuerparadiesen ausgewiesen.<sup>7</sup> Der Sozialstaat wird also von innen bedroht und es überrascht nicht, dass die Anpassung an die globalisierte Wirtschaft mit seiner „Verschlankung“ einhergeht.

### Der Trump-Effekt

Donald Trumps Durchschlagskraft erscheint grenzenlos, aber seine protektionistischen Maßnahmen tragen den Abläufen in der US-Wirtschaft und den gegenwärtigen Kapitalverflechtungen keine Rechnung. Das Modell Chinamerica funktionierte u. a. deswegen, weil dadurch die Sparquote der US-Privathaushalte gesenkt und folglich der Konsum angeheizt werden konnten, wobei die Kehrseite im erheblichen Außenhandelsdefizit bestand, das durch aus aller Welt und besonders aus China einströmendem Kapital finanziert wurde. Daneben betreibt Trump mit seinen Steuersenkungen eine Wachstumspolitik, die das Defizit noch weiter vergrößern wird. Ein ätzender Kommentar dazu lautete: „Wenn es einen Geheimplan gäbe, um das Handelsdefizit in die Höhe zu treiben, dann sähe er so aus wie die gegenwärtige US-Politik“.<sup>8</sup>

Was die US-Regierung unter Trump auch nicht kapiert, ist, dass der Welthandel hauptsächlich über zwischengeschaltete Güter und Dienstleistungen funktioniert, deren Anteil „nahezu doppelt so hoch liegt wie der der Güter und Dienstleistungen, die für den Endverbraucher bestimmt sind“, wie kürzlich der Generaldirektor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich anmerkte. Dem ging es natürlich um ein Plädoyer für den Freihandel, aber dies macht seine Feststellung nicht unrichtig.

Ein Großteil der Importe der USA entstammen US-Investitionen in Ländern wie Mexiko oder China. Nach IWF-Angaben hielten 2015 die USA 44 % der ausländischen Direktinvestitionen in Mexiko und der Anteil von chinesischen Exporten in die USA aus Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung lag 2014 bei 60 %.

Daher überrascht es kaum, dass die US-Geschäftswelt gespalten ist und dass zahlreiche Sektoren befürchten, dass sich ihre Importe von Produktionsgütern verteuern oder Gegenmaßnahmen drohen könnten. „In der gesamten US-Wirtschaft wird die Unruhe über die Folgen der Protektionpolitik von Trump immer größer, da viele Unternehmen die weltweiten Wertschöpfungsketten dazu nutzen, die Preise niedrig und die Profite hoch zu halten, und sie befürchten, dass dies bald vorbei sein könnte.“<sup>9</sup> Eine Gruppe von Unternehmen hat daher auch Rechtsmittel vor dem Internationalen Handelsgericht in New York einge-

legt, um gegen die Strafzölle von 25 % auf Stahlimporte zu klagen. Die IT-Branchenriesen haben auch die Einwanderungspolitik kritisiert, weil durch die Restriktionen hochqualifizierte Arbeitskräfte abwandern könnten.

Die neo-merkantilistische (protektionistische) Politik von Donald Trump ist daher wenig schlüssig. Aus dem Handelsdefizit der USA ergibt sich rechnerisch, dass die im Lande vorhandenen Ressourcen nicht ausreichen, um die Binneninvestitionen zu finanzieren, was durch den infolge der Steuersenkungen noch stärker defizitären Haushalt auch nicht kompensiert werden kann. Dieses Haushaltsdefizit wird auch nicht durch die Strafzölle ausgeglichen werden können, es sei denn, man drosselt den Konsum der Privathaushalte, was wiederum zu Lasten des Wirtschaftswachstums in den USA ginge. Praktisch bedeutet dies, dass weiterhin Kapital aus der übrigen Welt einströmen muss, um das Handelsdefizit zu finanzieren. Dies setzt aber voraus, dass die Rolle des Dollars als Reservewährung nicht infrage gestellt wird, was freilich der Fall sein könnte, wenn die Gläubiger der USA keine Dollars mehr halten wollen, weil entweder der Wechselkurs fällt oder sie durch feindliche Maßnahmen seitens der USA abgeschreckt werden.

Trump's Maßnahmen betreffen auch Europa und insofern die transatlantische Achse, indem er bspw. das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP infrage stellt, dessen Ziel u. a. darin bestand, die Beziehungen zwischen den USA und Europa zu intensivieren, um China beiseite drängen zu können.

### Chinas „Großer Sprung nach vorn“

Während Trump offensichtlich entschlossen ist, die Handelsbeziehungen zwischen China und den USA zu blockieren, steht China seinerseits vor einer Neuausrichtung auf der Grundlage dreier Pfeiler. Der erste besteht darin, seine Wirtschaft wieder auf den Binnenmarkt auszurichten, was sehr zügig in Angriff genommen wird. Zum zweiten will die chinesische Regierung mit dem ehrgeizigen Programm *Made in China 2025* die einheimische Produktionspalette ausbauen. Und drittens treibt China ein Projekt voran, das auf den Namen „Ein Gürtel – eine Straße“ hört. Dies ist ein riesiges Infrastrukturprogramm über fast eine Billion Dollar und betrifft über 60 Länder. Der „Gürtel“ soll dabei China über Mittelasien und Russland mit Westeuropa verbinden, während die „Straße“ auf dem Seeweg verläuft und Afrika und Europa über das Chinesische Meer und den Indischen Ozean erreichen soll.

Branko Milanović sieht darin ein regelrechtes Entwicklungsmodell, das die Verständigungsklauseln mit Washington aushebeln würde, die da lauten: „Man muss nur privatisieren, deregulieren und die Preise und den Freihandel etc. liberalisieren, dann ergreifen die Privatunternehmer die Initiative und die Wirtschaft entwickelt sich von selbst“.<sup>10</sup> Man muss diese positive Sichtweise nicht teilen, die das enorme Finanzrisiko für betroffene Länder wie Pakistan oder Sri Lanka und deren drohende Überschuldung unterschätzt. Zweifelsfrei ist dies auch eine Gelegenheit für China, die „Partnerländer“ fest in den Griff zu nehmen, so dass manche bereits von einem „neuen chinesischen Imperialismus“ sprechen.

Dies ändert aber nichts daran, dass diese „Neue Seidenstraße“ und das Programm *Made in China 2025* die chinesische Wirtschaft erheblich voranbringen und die Weltwirtschaft auf eine neue Grundlage stellen werden. Die OECD ist sich dessen bewusst und macht sich Gedanken über „die Grenzen dessen, was China allein bewältigen kann“, und unterstellt dabei, dass „die OECD-Länder dabei wesentliche Beiträge werden leisten müssen“, was eine „wachsende Rolle der Märkte“ und die Stärkung der „Eigentumsrechte und der Konkurrenz“ voraussetzt.<sup>11</sup>

### **Der Rechtspopulismus als Ausgeburt der Finanzkrise**

Weltweit wird die Vorkrisenordnung mittlerweile durch den Aufstieg und die Regierungsbeteiligung von rechtsextremen Kräften infrage gestellt, die sich zum Kritiker der Globalisierung aufschwingen und selbst der Krise ihren Aufschwung verdanken. Ein Leitartikler der *Financial Times* schrieb dazu, dass „der Populismus das wahre Erbe der weltweiten Finanzkrise ist“.<sup>12</sup>

Natürlich muss man sich vor Schematisierungen hüten. So sind bspw. die am stärksten von der Sparpolitik betroffenen europäischen Länder (Griechenland, Spanien, Portugal) vom Aufstieg der extremen Rechten nur wenig betroffen, während sie in Italien, Österreich, Ungarn oder Polen an die Regierung gelangt sind. Natürlich hat dabei auch der Zustrom von Migrant\*innen während der letzten Jahre eine Rolle gespielt, aber auch dieser Umstand hatte auf die einzelnen Länder eine unterschiedliche Auswirkung. Sieht man es als algebraische Formel, wirken die Folgen des Neoliberalismus und die Fremdenfeindlichkeit zusammen, aber in unterschiedlichem Ausmaß.

In diesem Zusammenhang können wir auf eine recht reizvolle Studie über die Gründe für ein zustimmendes Votum zum Brexit verweisen.<sup>13</sup> Der Autor untersucht

darin die Senkung der Sozialausgaben zwischen 2010 und 2015. Im Durchschnitt liegt sie bei 23,4 %, variiert aber von Bezirk zu Bezirk. Daraus lässt sich eine kartographische Verteilung der Austeritätspolitik ableiten, die mit den Stimmabgaben für die fremdenfeindliche UKIP korreliert werden kann, wobei das Votum sich mit der Zustimmung zum Brexit deckt. Es ergibt sich ein sehr enger Zusammenhang zwischen den beiden, so dass der Autor die Behauptung wagt, dass es ohne die Austeritätspolitik keine Mehrheit für den Brexit gegeben hätte. Allerdings verhalten sich die Dinge komplizierter, je nachdem, ob die Senkung der Sozialausgaben am stärksten in den Bezirken waren, die am meisten von den Auswirkungen des Neoliberalismus betroffen waren: von De-Industrialisierung, Arbeitslosigkeit und Polarisierung des Arbeitsmarkts. Die ausschlaggebenden Faktoren sind insofern komplex und, selbst wenn der Autor die Immigration nicht berücksichtigt, hatte die Fremdenfeindlichkeit durchaus einen Stellenwert bei der Kampagne für den Brexit.

Eine kürzlich erschienene Studie erhebt die wirtschaftlichen Daten und Wählerstimmen und korreliert sie mit den empirischen Daten einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung über die Einstellungen in der Bevölkerung (*European Social Survey*)<sup>14</sup>. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass „die Regionen mit einer höheren Arbeitslosigkeit eher geneigt sind, aus wirtschaftlichen Gründen Immigrant\*innen abzulehnen“. Die Wirtschaftskrise „hat derlei Ressentiments weiter verstärkt, was besonders bei Leuten zutage tritt, die durch die nachteiligen Folgen der Globalisierung und des technologischen Wandels am meisten betroffen sind“. Die Autoren treffen hier eine Unterscheidung zwischen „wirtschaftlichen und kulturellen Wurzeln des Rechtspopulismus“. Ihre Ergebnisse zeigen, dass die Abneigung gegen Immigranten eher wirtschaftlich als kulturell bedingt ist. Zwischen Arbeitslosigkeit und der Wahrnehmung der Immigrant\*innen im kulturellen Leben gibt es keine strenge Korrelation. Es läuft vielmehr so, dass die rechtsextremen Parteien die ökonomischen Motive für diese Ablehnung mit kulturellen Ressentiments unterlegt haben, sodass eine gefestigte Fremdenfeindlichkeit daraus resultiert.

Wolfgang Streeck verweist darauf, dass es „linke“ und „rechte“ Interpretationen des „Einwanderungsproblems“ gibt, die nicht mehr dem klassischen Links-Rechts-Schema über den Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital folgen. Patrick Artus wiederum äußert „Verständnis für das gesellschaftliche Unbehagen“ der Lohnabhängigen in den OECD-Staaten und verweist auf drei Faktoren, denen

sie ausgesetzt sind: „De-Industrialisierung und Polarisierung des Arbeitsmarkts; sinkende finanzielle Ressourcen der Staaten, die soziale Daseinsvorsorge zu erfüllen; sinkender Anteil der Löhne am Gesamteinkommen infolge des Lohndumpings und der wachsenden Renditeerwartungen des Kapitals“.

### Dunkle Wolken am Horizont

Die Aussichten der Weltwirtschaft sind 10 Jahre nach der Krise eher düster. Die EU zerlegt sich zwischen Brexit und dem Aufstieg der Rechtsextremen; die Euro-Zone spaltet sich auf; etliche Schwellenländer sind wieder erratischen Kapitalflüssen ausgesetzt; die Schulden und besonders die privaten wachsen immer mehr; die Reichtümer kommen immer weniger denen zugute, die sie erzeugen, und die Ungleichheit wächst; der Sozialstaat wird durch den Steuerwettbewerb zwischen den Staaten finanziell ausgezehrt etc. Statt allmählich zu verschwinden, haben sich die Folgen der Krise verschlimmert. Der tiefere Grund dafür ist, dass es kein für die Herrscher der Welt hinnehmbares Modell gibt, das jenes ersetzen könnte, das vor 10 Jahren in eine Krise geraten ist. Die Koordinaten der Weltwirtschaft zerfallen nach und nach und besonders unter den plumpen Attacken von Donald Trump. Lediglich China verfügt über ein systematisches Konzept zur Restrukturierung eines Teils der Weltwirtschaft zum eigenen Vorteil.

Unter diesen Umständen gehen viele Kommentatoren mittlerweile von einer weiteren Wirtschaftskrise aus (was mitunter auch daher rühren mag, dass sie sich gegen ihre einstige Blindheit diesem Phänomen gegenüber wappnen wollen), ohne dass jemand sagen könnte, was das auslösende Moment sein wird. Der damalige britische Premierminister Gordon Brown hat einen treffenden Ausdruck für diese Befürchtung gefunden: „Wenn die nächste Krise kommt, werden wir merken, dass wir weder über einen fiskalischen oder geldpolitischen Spielraum verfügen, noch auch über einen Willen, einen solchen zu nutzen.“ Was ihn jedoch am meisten beunruhigt, ist dass „uns der Wille zur notwendigen internationalen Kooperation fehlt“.<sup>15</sup>

Die Instrumente zu einer solchen Zusammenarbeit sind substanzlos geworden oder sind von den noch herrschenden Kräften ad acta gelegt worden. Es gibt keine richtungsgebende Kraft mehr in der Globalisierung. Dabei bedürfte die drohende Klimakatastrophe einer internationalen Kooperation oder vielmehr eines anderen Entwicklungsmodells. Aber das Chaos in der Weltwirtschaft, die fehlende Bereitschaft der Staaten zum Engagement und

natürlich die dem Kapitalismus innewohnende Logik bewirken, dass eine solche Perspektive inzwischen tragischerweise außerhalb der Reichweite zu sein scheint.

■ Übersetzung aus *alencontre.org*: MiWe

- 1 Luxemburg, *Die Akkumulation des Kapitals*, Kap.31, S.391, Gesammelte Werke, Bd.5
- 2 Bucharin, *Imperialismus und Weltwirtschaft*, 2. Abschnitt, 4. Kapitel
- 3 Shimshon Bichler und Jonathan Nitzan, *Energy Conflicts and Differential Profits: An Update*, Oktober 2014.
- 4 Christine Riffart und Alice Schwenninger, *La Chine se normalise et son commerce devient ordinaire*, OFCE, 12. Juli 2018
- 5 Branko Milanović, *Die ungleiche Welt - Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht*, 2016
- 6 Branko Milanović, *Changes in the global income distribution and their political consequences*, Oslo, August 2018.
- 7 Thomas Torslov, Ludvig Wier, Gabriel Zucman, *The Missing Profits of Nations*, vox.eu, 23. Juli 2018.
- 8 Phil Levy, *President Trump's 'Secret Plan' To Grow The Trade Deficit*, *Forbes*, 13. August 2018.
- 9 James Politi, *US tariffs see small businesses plead for mercy as trade war bites*, *Financial Times*, 24. August 2018.
- 10 Branko Milanović, *The west is mired in 'soft' development. China is trying the 'hard' stuff*, *The Guardian*, 17. Mai 2017. In einem Tweet ätzt er: „China bietet für mich etwas Konkretes an (Straßen, Schienennetze, Brücken), während die EU nur endlose Konferenzen zu dem Thema anzubieten hat, wobei EU-Berater das Geld der EU einsäckeln.“
- 11 OECD, *Business and Finance Outlook*, 2018.
- 12 Philip Stephens, *Populism is the true legacy of the global financial crisis*, *Financial Times*, 30. August 2018
- 13 Thiemo Fetzer, *Did Austerity Cause Brexit?*, University of Warwick, Juni 2018. Zahlreiche Studien versuchen, einen Zusammenhang zwischen Austerität und dem Aufstieg der extremen Rechten aufzuzeigen. Eine davon widmet sich dem Aufstieg der Nazis in Deutschland (Gregori Galofré-Vilà *et al.*, 2017). Andere thematisieren das Deutschland von heute (Christian Dippel *et al.*, 2015), die USA (David Autor *et al.*, 2017) oder Schweden (Carl Melin et Ann-Therése Enarsson, 2018).
- 14 Yann Algan, Sergei Guriev, Elias Papaioannou, Evgenia Passari, *The European Trust Crisis and the Rise of Populism*, *BPEA Conference Drafts*, 7/8. September 2017.
- 15 Gordon Brown, *We are sleepwalking into another financial crisis*, BBC, 13 September 2018.

# DEN BANKENSEKTOR SOZIALISIEREN – ABER WIE?

---

In Frankreich und Belgien ist die Diskussion über die Sozialisierung des Finanzsektors erheblich weiter fortgeschritten als hierzulande. Auf Französisch gibt es vom CADTM eine 100-seitige Broschüre mit dem Titel „Für die Sozialisierung der Banken“. Der nachfolgende Text mit dem Untertitel „Bürger\*innen und Behörden dem Einflussbereich der Finanzmärkte entziehen“ ist ein Kapitel dieser Broschüre.

■ **Eric Toussaint und Patrick Saurin**

---

## **Sozialisierung des Bankensektors bedeutet:**

- Enteignung von Großaktionären ohne Entschädigung (bestenfalls entschädigt durch die Zahlung eines symbolischen Euros). Kleinaktionäre werden vollständig entschädigt;
- Übertragung eines Monopols für Finanzdienstleistungen jeglicher Art an den öffentlichen Sektor – mit einer einzigen Ausnahme: Es wird weiterhin einen kleinen genossenschaftlichen Bereich geben, für den allerdings die gleichen Spielregeln gelten wie für den öffentliche Sektor.
- Unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger werden in einem demokratischen Planungsprozess in einer Charta die zu erreichenden Ziele und die zu erfüllenden Aufgaben definiert, welche das Handeln der öffentlichen Spar-, Kredit- und Investitionsinstitutionen leiten sollen.
- Alle Finanzaktivitäten müssen transparent und öffentlich sein. Sie müssen in einer auch für Laien verständlichen und nachvollziehbaren Form öffentlich zugänglich sein.
- Schaffen wir öffentliche Dienstleistungen für Sparen, Kredite und Investitionen mit einer Doppelstruktur: Einerseits soll es ein Netz von kleinen „Hauptgeschäftsstellen“ und andererseits spezialisierte Agenturen geben,

die für die Verwaltung von Fonds und die Finanzierung von Investitionen zuständig sind. Letzteres umfasst jene Finanzaktivitäten, die nicht in den Zuständigkeitsbereich von Ministerien (für öffentliche Gesundheit, Bildung, Energie, öffentlicher Verkehr, Ruhestand, Umweltumwandlungen usw.) fallen. Diese Ministerien erhalten ihrerseits die für ihre Tätigkeit erforderlichen Budgets, um die vorgesehenen Investitionen sicherzustellen und ihr effizientes Funktionieren zu gewährleisten. Die spezialisierten Agenturen werden für die Finanzierung von Bereichen und Aktivitäten sorgen, die über den Zuständigkeitsbereich einzelner Ministerien hinausgreifen oder gar nicht irgendwelchen Ministerien zuzuordnen sind.

- Stellen Sie sich vor, was dies bedeutet: Das Ende des privaten Bankensektors. Deren Beschäftigte werden nach Durchführung der Sozialisierung in den öffentlichen Bank- und Versicherungssektor übernommen. Ihre bisherige Betriebszugehörigkeit wird anerkannt, ihr Lohnniveau garantiert – allerdings nur bis zu einer bestimmten Höchstgrenze. (Damit soll der im Finanzbereich weit verbreiteten Unsitte von astronomisch hohen Einkom-



men ein Riegel vorgeschoben werden) Niedriglohnempfänger werden hingegen Lohnerhöhungen bekommen. Auch ihre Arbeitsbedingungen würden verbessert. Neue Mitarbeiter\*innen würden in den Genuss all jener Vorteile kommen, die Beschäftigte im öffentlichen Dienst üblicherweise genießen.

### **Banken, die der Allgemeinheit dienen**

Das Ungleichgewicht, das sich daraus ergibt, dass in den großen Ballungsräumen eine große Anzahl konkurrierender Bankfilialen konzentriert ist, während gleichzeitig in ländlichen und armen Vierteln sowie in Kleinstädten Bankfilialen fehlen, wird korrigiert. Es wird ein umfassendes Netz lokaler Niederlassungen ausgebaut, um für die Bevölkerung den Zugang zu Bank-, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen, die von kompetenten Mitarbeitern erbracht werden, zu verbessern. Niemandem sollte der Zugang zu kostenlosen öffentlichen Bankdienstleistungen vorenthalten werden.

Örtliche Filialen dieser öffentlichen Finanzagenturen werden die Kontokorrent- und Sparkontoeinlagen verwalten, die im Übrigen für Kleinsparer vollständig gewährleistet sind. Die Ersparnisse werden verwaltet, ohne dass sie in riskante Anlageformen gesteckt werden. Sie werden unter der Kontrolle der Bürger zur Finanzierung groß angelegter lokaler Projekte und Investitionen zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung, zur Bekämpfung des Klimawandels, zum Ausstieg aus der Atomenergie, zur Entwicklung lokaler Märkte und zur Finanzierung der lokalen Landentwicklung unter Einhaltung strenger sozialer und ökologischer Ziele eingesetzt. Die Sparer selbst können wählen, für welches Projekt oder welche Projekte ihre Ersparnisse verwendet werden sollen.

Die lokalen Agenturen würden Einzelpersonen, Haushalten, kleinen und mittleren Unternehmen und lokalen Verbänden, Institutionen und öffentlichen Verwaltungen Kredite ohne Risiko gewähren. Ein Teil ihrer Ressourcen könnte für Projekte verwendet werden, die über den lokalen Gebrauch hinausgehen, natürlich in einem demokratisch definierten Rahmen.

### **Banken im Dienste der Gemeinschaft**

■ Lokale Agenturen würden Finanzportfolios in einer angemessenen Größe verwalten. Dies würde ein hohes Maß an Kontrolle über alle Elemente der Finanzmärkte ermöglichen. Ziele, Programme und Tilgungspläne würden in einer für die KundInnen verständlichen Form aufbereitet

und die Überwachung der verschiedenen Akteure erleichtert.

■ Lokale Projekte würden unter demokratischer Beteiligung finanziert.

■ Lokale Agenturen hätten auch die Möglichkeit, Versicherungsdienstleistungen für Privatpersonen und für Unternehmen anzubieten.

### **■ Unterstützung für den Übergang zu einer sozialen, nachhaltigen und ökologischen Wirtschaft**

Darüber hinaus stehen den Ministern für Gesundheit, Bildung, Energie, öffentlicher Verkehr, Renten und ökologischen Übergang - um nur einige zu nennen - auch Gelder aus dem Staatshaushalt zur Erledigung ihrer Aufgaben zur Verfügung.

Spezialisierte bereichsübergreifende Agenturen würden eingreifen, um Projekte zu koordinieren, an denen mehrere Ministerien und interessierte Parteien beteiligt sind. Ihre Aufgabe wäre die Durchführung spezifischer oder bereichsübergreifender Projekte mit Beteiligung der Bürger\*innen, wie das Programm zum Ausstieg aus der Atomkraft einschließlich der langfristigen Entsorgung von Atommüll.

Viele Aspekte dieses Projekts müssen noch ausgearbeitet werden. Wir sind in der Vorbereitungsphase eines komplett neuen Systems. Diese Arbeit erfordert ehrgeizige gemeinsame Anstrengungen, um Ideen und Vorschläge zu entwickeln. Dies ist nur der Anfang.

### **Kontrolle der Bürger\*innen auf allen Ebenen**

Die Kontrolle der Bürger über die Banken bedeutet Kontrolle durch ein Gremium, bestehend aus Angestellten, Kunden, lokalen gewählten Vertretern, Vertretern von Klein-, Mittel- und Kleinstunternehmen, Selbständigen und lokalen Verbandsdelegierten. Und natürlich wären die Bankaufsichtsbehörden beteiligt.

Wir verwenden das Wort „Sozialisierung“ anstelle von „Verstaatlichung“ oder „Staatseigentum“, um die wesentliche Rolle der Kontrolle durch die Bürger und Bürgerinnen deutlich zu machen. An der letztlichen Entscheidungsfindung werden Direktoren, Personalvertreter\*innen, Kund\*innen, gemeinnützigen Organisationen und Verbände, lokale Beamte und Vertreter der nationalen und regionalen öffentlichen Finanzinstitutionen beteiligt sein. Wie diese aktive Bürgeraufsicht konkret ausgeübt wird, muss auf demokratischem Weg definiert werden. Aktiv gefördert wird die Beteiligung der Beschäftigten an der Aufsicht über die Geschäftstätigkeit der Banken wie

auch über die Organisation der betrieblichen Abläufe. Die verantwortlichen Bankverwalter müssen jährlich einen öffentlichen Bericht über ihre klare und transparente Verwaltung herausgeben. Wir würden lokalen Dienstleistungen den Vorzug vor dem internationalen Geschäft geben. Das Personal der Finanzeinrichtungen wird angehalten, den Kunden eine authentische Beratung zu bieten, also differenzierte Informationen, die Vorteile und Nachteile der jeweiligen Angebote offenlegen.

Die Sozialisierung des Banken- und Versicherungssektors in öffentliche Dienstleistungen wird es ermöglichen,

- dass Bürger\*innen und Behörden sich dem Einfluss der Finanzmärkte entziehen;
- dass von den öffentlichen Behörden Projekte zum Nutzen der Bürger\*innen finanziert werden;
- dass die Tätigkeit der Banken sich unter anderem mit dem Ziel, den Übergang von einer kapitalistischen, produktionsintensiven Wirtschaft zu einer sozialen, nachhaltigen und umweltfreundlichen Wirtschaft in die Wege zu leiten, am Gemeinwohl ausrichtet.

Da Währung, Ersparnisse, Kredite, Kreditaufnahme, Einlagensicherung und die Wahrung der Integrität der Zahlungssysteme von allgemeinem Interesse sind, empfehlen wir die Einrichtung eines öffentlichen Bankdienstes, in dem alle Unternehmen des Bank- und Versicherungssektors sozialisiert werden.

Weil Banken heute ein bedeutendes Werkzeug des kapitalistischen Systems und einer Produktionsweise sind, die unseren Planeten plündert, eine ungleiche Verteilung ihrer Ressourcen erzeugt, Kriege und Verarmung verursacht, nach und nach soziale Rechte abbaut und demokratische Institutionen und Praktiken angreift, ist es wichtig, die Kontrolle über sie zu übernehmen, damit sie zu Werkzeugen werden, die in den Dienst der Gemeinschaft gestellt werden.

Die Sozialisierung des Bankensektors kann nicht nur als eine bloße Losung oder Forderung verstanden werden, die, einmal benannt, dann von den Entscheidungsträgern in Eigenregie in die Praxis umgesetzt wird. Sozialisierung muss als politisches Ziel gesehen werden, das durch einen von einer Bürgerbewegung getragenen Prozess erreicht wird. Es ist nicht nur notwendig, dass die bestehenden organisierten sozialen Bewegungen (einschließlich der Gewerkschaften) diesem Ziel in ihrer Agenda hohe Priorität einräumen. Es ist zudem wichtig, dass die verschiedenen Sektoren (lokale Regierungsstellen, kleine und mittlere Unternehmen, Verbraucherverbände usw.) einheitlich handeln, also am gleichen Strang ziehen. Wichtig ist, dass

die Bankangestellten sich dessen bewusst sind, wie wichtig für das Gelingen der Sozialisierung ihre berufliche Tätigkeit ist. Für die Kunden der Banken ist es wichtig, dass sie darüber informiert sind, was die Bank mit ihrem Geld tut und was nicht.

### **Die Sozialisierung des Bankensektors ist eine notwendige Voraussetzung für tiefgreifende Veränderungen in der Gesellschaft**

Nur eine Mobilisierung von sehr großem Ausmaß kann sicherstellen, dass die Sozialisierung des Bankensektors tatsächlich umgesetzt werden kann. Schließlich ist sie eine Maßnahme, die den Kern des kapitalistischen Systems berührt. Wenn eine Regierung der Linken eine solche Maßnahme nicht ergreift, wird sie nicht in der Lage sein, die radikale Veränderung herbeizuführen, die notwendig ist, um mit der Logik des kapitalistischen Systems zu brechen und einen neuen Emanzipationsprozess einzuleiten.

Die Sozialisierung des Banken- und Versicherungssektors muss Teil eines viel breiteren Programms weiterer Maßnahmen sein, die den Übergang zu einem neuen, postkapitalistischen und nachproduktivistischen Modell vorantreiben. Ein solches Programm muss eine europäische Dimension haben, auch wenn es zunächst nur in einem oder mehreren Ländern in die Praxis umgesetzt werden kann. Es würde den Verzicht auf Sparmaßnahmen, die Streichung illegitimer Schulden, die Einführung einer umfassenden Steuerreform mit hoher Kapitalbesteuerung sowie eine radikale Steuerreform umfassen. Dazu kämen eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Personalausgleich, die Beibehaltung des Lohnniveaus sowie die Sozialisierung des Energie-, Wasser- und Gesundheitssektors. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Gewährleistung der Geschlechterparität, zum weiteren Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen und der Sozialleistungen sowie das entschlossene Angehen einer ökologischen Transformationspolitik.

Für all diese Fragen ist die Sozialisierung des gesamten Bankensystems eine dringende wirtschaftliche, soziale, politische und demokratische Notwendigkeit.

Quelle: <http://www.cadtm.org/Pour-une-socialisation-des-banques>

■ *Übersetzung aus dem Englischen: Paul Michel*



# DIE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE LINKE IN EUROPA

Ein Zehnpunkteprogramm für den Kampf zur Überwindung des Europas des Kapitals von innen heraus – auf dem Weg über den Klassenkampf zu einem solidarischen, sozialistischen Europa. Das ist die Herausforderung.

■ **Eric Toussaint**

Seit Mai 2010 hat die Frage der Verschuldung für Griechenland und den Rest der Eurozone einen zentralen Stellenwert erhalten. Das erste von der Troika aufgezwungene Programm führte zu einer brutalen Zunahme der öffentlichen Verschuldung Griechenlands. Dies gilt auch in unterschiedlichen Formen für Irland (2010), Portugal (2011), Spanien (2012) und Zypern (2013).

Die von den europäischen Führern diktierte Politik hat sechs grundlegende Ziele:

- 1.** Die Rettung der Privatbanken durch öffentliche Gelder, so dass sie die schädlichen Folgen ihrer eigenen privaten Kreditblase vermeiden können;
- 2.** den neuen öffentlichen Gläubigern, die die privaten Gläubiger ersetzen, enorme Zwangsmittel über die Regierungen und Institutionen der Länder der Peripherie zu verschaffen, um eine Politik radikaler Austerität, Deregulierung, Privatisierungen und strikter autoritärer Kontrollen durchzusetzen;
- 3.** den Erhalt des Umfangs der Umgrenzung der Eurozone (d. h. den Verbleib Griechenlands und der anderen Länder der Peripherie innerhalb der Eurozone), die ein machtvolles Instrument in den Händen der multinationalen Konzerne und der Hauptökonomien der Zone ist;
- 4.** die Durchsetzung einer noch entschiedeneren neoliberalen

Politik besonders in Griechenland, aber auch in den anderen Ländern der Peripherie der Eurozone, als Beispiel für alle europäischen Bevölkerungen;

**5.** die Verstärkung einer europaweiten autoritären Regierungsform, ohne auf neue Experimente zurückzugreifen, die faschistischen oder Naziregimen wie denen Francos, Salazars oder der griechischen Obristen (1967–1974) ähneln;

**6.** die Durchsetzung einer einfacheren Arbeitsgesetzgebung und niedrigerer Löhne, um europäische Waren und Dienstleistungen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen und die Profitrate zu erhöhen.

Ein großer Teil der radikalen Linken, die über Parlamentsabgeordnete verfügt, hatte und hat immer noch eine falsche Vorstellung von der europäischen Integration und der Eurozone. Einfach gesagt, sie scheinen in der EU mehr Vorteile als Nachteile zu erblicken. Sie sind der Auffassung, dass die EU, wie auch die Eurozone, vereinbar ist mit einer Rückkehr zu einer sozialdemokratischen Politik, die etwas weniger ungerecht ist, und zu einer keynesianischen Wiederbelebung der Wirtschaft führen würde. Dies ist zutiefst falsch!

Wir sollten uns klar darüber sein: Die EU ist nicht nur ein neoliberales Integrationsprojekt. Sie ist auch ein Projekt des Großkapitals. Sie ist ein Werkzeug zur Integra-

tion der Bevölkerungen Europas in einen einheitlichen Binnenmarkt, worin sie gegeneinander und mit allen anderen Bevölkerungen des Planeten konkurrieren.

Während des 19. und des 20. Jahrhunderts hat es drei gescheiterte Versuche gegeben, Europa zu vereinigen: Zuerst die napoleonischen Kriege zu Beginn des 19. Jahrhunderts, der zweite und der dritte Versuch wurde vom deutschen Großkapital angeführt und verursachte jeweils den Ersten und den Zweiten Weltkrieg. Der vierte Versuch erfolgt gerade auf friedlichem Weg, durchgeführt vom Großkapital der führenden Ökonomien des Kontinents. Er ist nicht nur ein Sieg und eine Errungenschaft der deutschen Bourgeoisie, er ist auch ein großer Sieg für die europäischen Bourgeoisien der Kernländer und auch für die Bourgeoisien der peripheren Länder, die keine eigenen nationalen Projekte haben.

Die europäischen Bourgeoisien benutzen die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie innerhalb der EU als ein Werkzeug im Klassenkampf.

Aus dem Scheitern der Regierung von Alexis Tsipras, 2015 die Fesseln der Austerität zu sprengen, sind Lehren zu ziehen. Es ist aber auch erforderlich, die Grenzen der sozialdemokratischen Minderheitsregierung von António Costa zu erkennen.

Eine alternative Politik im Interesse der Bevölkerungen muss gleichzeitig mit der Austerität, der öffentlichen Verschuldung, den Privatbanken und der Eurozone fertig werden und autoritären Tendenzen entgegentreten, ohne die Umwelt- und Klimakrise, die von der Politik der „Festung Europa“ verursachte humanitäre Krise, die Krise im Nahen Osten, die extreme Rechte und den Aufstieg des Rassismus zu vergessen.

Seit der Wahl von Donald Trump und auch seit dem Aufkommen der radikalen Bewegungen um Bernie Sanders müssen die europäische radikale Linke, die Gewerkschaften, die feministische und die Umweltbewegung Verbindungen zu den Kräften des Widerstands in den USA herstellen.

In Anbetracht der Erfahrungen von 2015 ist es grundlegend, eine authentische ökologische und sozialistische Alternative im Bruch mit der EU, wie sie ist, zu stärken.

### **Weder die EU noch die Eurozone sind reformierbar.**

Die erste Lehre ergibt sich aus der Kapitulation der Regierung SYRIZA: Die Bevölkerung und die mit dem Bruch mit den Austeritätsprogrammen betrauten Regierungen können den von den Gläubigern und großen Konzernen begangenen Menschenrechtsverletzungen kein

Ende bereiten, wenn sie nicht starke einseitige Maßnahmen der Selbstverteidigung ergreifen.

Dies gesagt, ist der Ausweg aus der Krise nicht nationalistischer Natur. Ebenso wie in der Vergangenheit ist es notwendig, eine internationalistische Strategie zu ergreifen und auf eine europäische Integration zu zielen, die alle Bevölkerungen umfasst, die sich der gegenwärtigen Form der Integration widersetzen, welche vollkommen von den Interessen des Großkapitals dominiert wird.

Hätte SYRIZA 2015 eine korrekte Strategie verfolgt, hätte dies sehr wohl ein Wendepunkt sein können. Es ist nicht geschehen. Zweifellos wird die Stärke der Massenmobilisierung ein wichtiger, entscheidender Faktor sein. Wenn der Druck nach einem wirklichen entschiedenen Wandel nicht auf die Straße, in die Nachbarschaften und Arbeitsstätten dringt, wird die Zukunft sehr trübe sein.

Zehn Vorschläge für soziale Mobilisierungen und Aktionen sollten sofort und gleichzeitig von jeder Regierung aufgegriffen werden, die wirklich im Interesse der Bevölkerung handelt.

**Erstens:** Eine linke Regierung muss, entsprechend ihrer vordringlichen Verpflichtung, gegenüber der Europäischen Kommission eindeutig und offen ungehorsam sein.

Die Partei oder Parteienkoalition (das Beispiel Spanien kommt in den Sinn), die den Anspruch zu regieren erhebt, sollte sich gleich von Anfang an weigern, die Austeritätsmaßnahmen durchzusetzen, und sich dazu verpflichten, Maßnahmen zu verweigern, die nur darauf abzielen, den Haushalt auszugleichen. Sie sollten verkünden:

„Wir werden uns den europäischen Verträgen und ihrem Diktat eines ausgeglichenen Haushalts nicht beugen, weil wir die öffentlichen Ausgaben im Widerspruch zu den antisozialen und Austeritätsmaßnahmen erhöhen und einen Kurs ökologischen Wandels einschlagen wollen.“ „Wir werden öffentliche Monopole in den Finanz- und Energiesektoren schaffen und sie in öffentliche Dienste verwandeln.“

**Zweitens:** Eine Entschlossenheit, zu Massenmobilisierungen auf sowohl nationaler wie europäischer Ebene aufzurufen.

Im Jahr 2015 war es offensichtlich, dass die europäischen sozialen Bewegungen in Solidarität mit der griechischen Bevölkerung mit Aufrufen zu Demonstrationen keinen großen Erfolg hatten, die zwar stattfanden, aber nicht die erforderliche Stärke erreichten.

Jedoch ist es auch wahr, dass Aufrufe zu Massenmobilisierungen in Europa oder sogar in Griechenland nicht zur Strategie von SYRIZA gehörten. Und als die Regierung Tsipras tatsächlich zur Mobilisierung in Form des Referendums vom 5. Juli 2015 aufrief, hat sie die Absicht von 61,5 Prozent der griechischen Bevölkerung, die Forderungen der Gläubiger nicht zu erfüllen, nicht respektiert.

Wir erinnern daran, dass beginnend mit Ende Februar 2015 bis Ende Juni 2015 Yanis Varoufakis und Alexis Tsipras Stellungnahmen abgaben, die darauf abzielten, die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, dass ein Abkommen in Sicht sei und die Lage sich verbesserte.

Stellen wir uns stattdessen vor, dass sie nach jeder bedeutenden Verhandlung durch Pressecommuniqués, Medienerklärungen und Kundgebungen an öffentlichen Orten – vor der Zentrale der europäischen Institutionen in Brüssel und anderswo – erläutert hätten, was auf dem Spiel stand. Stellen wir uns vor, sie hätten enthüllt, was wirklich vor sich ging. Es hätte zu Versammlungen von Tausenden und Zigtausenden von Menschen geführt, und die sozialen Netzwerke hätten diesen alternativen Diskurs Hunderttausenden Bürgerinnen und Bürgern vermittelt.

**Drittens:** Die Lancierung eines Schuldenaudits unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Die Lage in den EU-Ländern, und natürlich innerhalb der Eurozone, ist unterschiedlich. In einigen europäischen Ländern – wie in Griechenland – ist es eine Frage der dringendsten Notwendigkeit und Priorität, die Schuldentrückzahlungen auszusetzen, um der Befriedigung sozialer Bedürfnisse und der Sicherung elementarer Menschenrechte absolute Priorität einzuräumen. Das ist auch ein Schlüsselement einer Strategie der Selbstverteidigung. In Spanien, in Portugal, in Zypern und in Irland hängt es vom Kräfteverhältnis und der aktuellen ökonomischen Situation ab. In anderen Ländern ist es möglich, zuerst das Audit durchzuführen und dann über die Aussetzung der Zahlungen zu entscheiden.

Das Audit sollte die Erfahrung des Greek Debt Truth Committee berücksichtigen, das im April 2015 von der griechischen Parlamentspräsidentin [Zoe Konstantopoulou] geschaffen worden war. Die Konzepte illegitimer, illegaler, unhaltbarer und anrüchiger Schulden sollten verwendet werden, um die öffentliche Verschuldung zu analysieren.

Ein Werkzeug in der Hand einer linken Regierung gegen die EZB: die Aussetzung der Zahlung auf die

Staatsanleihen, die von der EZB während der Quantitativen Lockerung (QE) aufgehäuft wurden.

Im Fall Spaniens bspw. besaß die EZB insgesamt 253 Milliarden Euro an spanischen Staatsanleihen (s. <https://www.ecb.europa.eu/mopo/implement/omt/html/index.en.html>).

**Viertens:** Die Kontrolle der Kapitalflüsse.

**Fünftens:** Die Vergesellschaftung des Finanz- und des Energiesektors.

Die Vergesellschaftung des Finanzsektors bedeutet nicht bloß die Entwicklung eines öffentlichen Bankenzentrums. Sie beinhaltet auch die Dekretierung eines öffentlichen Monopols auf den Finanzsektor, einschließlich der Banken, der Versicherungsgesellschaften und anderer Finanzunternehmen.

Das bedeutet eine Vergesellschaftung des Finanzsektors unter Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger. In anderen Worten, die Verwandlung des Finanzsektors in einen öffentlichen Dienst.

Selbstverständlich wird auch die Vergesellschaftung des Energiesektors eine Priorität während des ökologischen Umbaus behalten. Der ökologische Umbau kann nicht stattfinden ohne ein öffentliches Monopol über den Energiesektor, hinsichtlich der Produktion wie der Distribution.

Die Vergesellschaftung des Finanz- und des Energiesektors sollte durch einfache Enteignung ohne Entschädigung durchgeführt werden.

**Sechstens:** Die Schaffung einer komplementären, nichtkonvertiblen Währung und die unvermeidliche Debatte über den Euroexit.

Ob es nun um den Austritt aus der Eurozone geht oder um den Verbleib, notwendig ist jedenfalls die Schaffung einer nichtkonvertiblen Währung, eine Steuerwährung. In anderen Worten, eine Währung, die nur lokal verwendet würde, zum Austausch innerhalb des Landes – bspw. zur Bezahlung von gestiegenen Renten, Lohnsteigerungen für Zivilangestellte, Steuern, öffentlichen Diensten usw.

Selbstverständlich können wir die Debatte über die Eurozone nicht vermeiden. In einigen Ländern ist der Austritt aus der Eurozone eine Option, die von politischen Parteien, Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen verteidigt werden muss. Einige Länder der Eurozone werden nicht in der Lage sein, wirklich mit der Austerität



zu brechen und einen ökosozialistischen Umbau zu lancieren, ohne die Eurozone zu verlassen.

**Siebtens:** Eine radikale Steuerreform.

Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf grundlegende Konsumgüter und Dienstleistungen wie Nahrung, Elektrizität und Wasser (bis zu einem gewissen Grad der Konsumtion je Individuum) und andere Grundbedürfnisse. Andererseits die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Luxusgüter und -dienstleistungen usw. Wir brauchen auch höhere Steuern auf Konzernprofite und Einkommen über einem gewissen Grad – in anderen Worten eine progressive Steuer auf Einkommen, Reichtum und Luxuswohnungen. Die Steuerreform muss unmittelbare Auswirkungen haben: eine sehr beträchtliche Abnahme an indirekten und direkten Steuern für die Mehrheit der Bevölkerung und eine sehr bedeutende Zunahme für die reichsten 10 Prozent und die größten Unternehmen. Auch werden strikte Maßnahmen ergriffen werden gegen Steuerbetrug und Steuerflucht.

**Achtens:** Deprivatisierung – Wiedererlangung der Kontrolle über die privatisierten Unternehmen.

Diejenigen mit nicht mehr als nur einer symbolischen Summe (wenn überhaupt) zu entschädigen, die von den Privatisierungen profitiert haben, wäre eine angemessene Geste und würde den öffentlichen Dienst unter Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger stärken und ausweiten.

**Neuntens:** Die Durchführung eines umfassenden Notplans zur Schaffung gesellschaftlich notwendiger Arbeitsplätze und Gerechtigkeit.

Die Reduzierung der Arbeitszeit ohne Lohnsenkungen. Die Aufhebung antisozialer Gesetze und die Annahme von Gesetzen zur Abhilfe der Situation missbräuchlicher Hypothekenschulden; Länder wie Spanien, Irland, Griechenland usw. sind am meisten betroffen. Dies könnte auf legislativem Wege durchgeführt werden, um Gerichtsbeschlüsse zu vermeiden (um Haushalte vor Enteignungen zu schützen). Zum Beispiel könnte ein Parlament ein Gesetz verabschieden, um Hypothekenschulden unterhalb 150 000 Euro zu annullieren und so derartigen Fällen ein Ende zu bereiten. Ein umfassendes Programm öffentlicher Ausgaben würde in Kraft treten, um Beschäftigung und gesellschaftlich nützliche Aktivitäten durch die Ermütigung lokaler Initiativen zu stimulieren.

**Zehntens:** Die Initiierung eines genuinen Verfassungsprozesses.

Dies impliziert nicht Verfassungsänderungen innerhalb der bestehenden parlamentarischen Institutionen, sondern die Auflösung des bestehenden Parlaments und die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung durch direkte Wahl.

Der Bruch mit der Austeritätspolitik kann nicht erreicht werden, wenn nicht von Anfang an radikale Maßnahmen gegen das Großkapital ergriffen werden.

Der Ökosozialismus muss in das Zentrum der Debatte gestellt werden und darf nicht nur eine Nebenfrage sein.

22. September 2018

■ Übersetzung: HGM



Fortsetzung von Seite 64

Das Problem ist, dass eben dieses Gesetz im Zentrum der Szenarien gesellschaftlicher Evolution steht, die den Klimaprojektionen als Grundlage dienen. Im fünften Bericht des IPCC ist es Schwarz auf Weiß zu lesen: „Die Klimamodelle gehen von voll funktionsfähigen Märkten und einem konkurrierenden Marktverhalten aus.“

Um die Expertise des IPCC kommt niemand herum, wenn es um die Einschätzung des physischen Phänomens Klimawandel geht. Seine Strategien zur Stabilisierung dagegen sind aufgrund der Unterordnung der Forschung unter die kapitalistischen Imperative des Wachstums und des Gewinns verfälscht. Das Szenario einer zeitweiligen Überschreitung der 1,5 °C mit Beibehaltung der Atomenergie und Anwendung von Negativen Emissionstechnologien und Geo-Engineering wird hauptsächlich von diesen Imperativen diktiert.

Der Bericht des IPCC zu den 1,5 °C wird Grundlage der Verhandlungen des COP24 sein. Mit diesen Verhandlungen soll die Kluft zwischen den in Paris beschlossenen maximal 1,5 °C und den 2,7 bis 3,7 °C, die auf der Grundlage der Verpflichtungen, die die Regierungen bis jetzt eingegangen sind, zu erwarten sind, geschlossen werden. Aber die Kapitalist\*innen und ihre politischen Repräsentant\*innen haben den Fuß auf der Bremse: Es kommt für sie gar nicht in Frage, dass die fossilen Brennstoffe im Boden bleiben; nicht in Frage kommt ein Bruch mit dem Neoliberalismus; nicht in Frage kommt eine Vergesellschaftung des Energiesektors, damit die Energiewende und ein Übergang zu 100 % Erneuerbaren geplant und so schnell wie irgend möglich und unter Beachtung von Kriterien der sozialen und Klimagerechtigkeit umgesetzt werden kann. Im Gegenteil: Die Gefahr, dass hypothetische Negative Emissionstechnologien als Vorwand dienen, um die Ziele der Emissionsminderung weiter abzuschwächen, ist groß.

„Jede nicht ausgestoßene Tonne CO<sub>2</sub> zählt.“ Aber wer stellt die Berechnungen auf, auf Grundlage welcher sozialer Prioritäten, im Dienst welcher Bedürfnisse, von wem und wie werden diese bestimmt? Seit einem Vierteljahrhundert sind die Berechnungen von den Kapitalist\*innen und ihren Regierungen angestellt worden, unter Missachtung wahrer Demokratie. Das Ergebnis ist bekannt: mehr Ungleichheit, mehr Unterdrückung und Ausbeutung, mehr Zerstörungen der Umwelt, mehr Aneignung der Ressourcen durch die Reichen ...

und eine größere Klimabedrohung als jemals. Es ist höchste Zeit, die Spielregeln zu ändern.

Eine mächtige weltweite Mobilisierung der Umwelt-, Gewerkschafts-, Bauern-, feministischen und indigenen Bewegungen ist dringend notwendig. Es reicht nicht mehr aus, sich zu empören und auf die Entscheidungsträger\*innen Druck auszuüben. Wir müssen uns erheben, am Zusammengehen der Kämpfe arbeiten, zu Millionen und Dutzenden Millionen auf die Straße gehen, die fossilen Investitionsanlagen, Landgrabbing und den Militarismus blockieren, uns aktiv in die Unterstützung für die Bäuerinnen und Bauern einbringen und die Grundlagen legen für gesellschaftliche Praktiken, die über den Rahmen des Kapitalismus hinausgehen ...

Die Klimafrage ist eine wichtige soziale Frage. Die Ausgebeuteten und Unterdrückten sind als einzige dazu in der Lage, ihren Interessen entsprechende Antworten herbeizuführen. *Ökosozialismus oder Barbarei* – diese Alternative zeichnet sich immer klarer ab. Unser Planet, unsere Leben sind mehr wert als ihre Profite!

Ökologie-Kommission der Vierten Internationale, 8. Oktober 2018

Aus dem Französischen übersetzt von Friedrich Dorn

<https://www.gaucheanticapitaliste.org/rapport-du-giec-notre-planete-nos-vies-la-vie-valent-plus-que-leurs-profits/>  
<http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article5733>



# Unser Planet, unsere Leben sind mehr wert als ihre Profite

Ökologie-Kommission der Vierten Internationale

Es ist keine Überraschung, dass der Sonderbericht des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change – dt. meistens: Weltklimarat) zur Erwärmung von maximal 1,5 °C bestätigt, dass die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels beängstigend sind und dass der Umfang der Auswirkungen sowohl auf die Gesellschaften als auch auf die Umwelt unterschätzt worden ist.

Die Erwärmung um 1 °C, die wir erreicht haben, reicht bereits aus, um große Tragödien zu verursachen: beispiellose Hitzewellen, ultraheftige Hurrikans, Überschwemmungen, Abschmelzen der Gletscher und Abrutschen von Eiskappen. Diese Phänomene zeigen an, was uns bevorsteht, falls die menschengemachte Erwärmung nicht so schnell wie möglich gestoppt wird. Die Katastrophe ist nicht mehr zu vermeiden, es ist aber möglich und unabdingbar, sie so weit wie möglich zu begrenzen.

Der Bericht lässt keinerlei Zweifel: Eine Erwärmung um 2 °C hätte viel gravierendere Folgen als eine Erwärmung um 1,5 °C, wie sie (unter dem Druck von kleinen Inselstaaten, der am wenigsten entwickelten Ländern, von Naturwissenschaftler\*innen und der Klimabewegung) im Dezember 2015 in das Übereinkommen von Paris aufgenommen worden ist. Jüngsten Untersuchungen zufolge könnte bei einer Erwärmung um 2 °C sogar das Umkippen zu einem „Backofenplaneten“ ausgelöst werden. Es muss alles unternommen werden, damit der obere Grenzwert von 1,5 °C eingehalten wird.

In dem Bericht des IPCC ist die Einschätzung enthalten, dass dies extrem schwierig bzw. unmöglich sein wird, selbst bei massivem Einsatz von „Negativen Emissionstechnologien“ (NETs) und von Geo-Engineering (NETs zielen darauf ab, der Atmosphäre Kohlenstoff zu entziehen; mit Geoengineering-Technologien soll der Eintritt von Sonnenenergie in die Atmosphäre begrenzt werden). Der Bericht spricht also das Szenario einer „zeitweiligen Überschreitung“ an, der in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts eine Abkühlung folgen würde – mithilfe dieser Technologien.

Dieses Szenario ist sehr gefährlich. Die Lage ist so schlimm, dass ein zeitweiliges Überschreiten genügen könnte, um ein umfangreiches und unumkehrbares Umkippen wie plötzliches Abrutschen von großen Teilen der Eiskappen in Grönland und in der Antarktis auszulösen, so dass ein Anstieg der Ozeane um mehrere Meter die Folge wäre. Zudem sind die Zauberlehrlings-Technologien, die in Betracht gezogen werden, voller Hypothesen und ihre Auswirkungen, die nicht bekannt sind, könnten sehr negativ sein.

„Jede nicht ausgestoßene Tonne CO<sub>2</sub> zählt“, sagen die Naturwissenschaftler\*innen. Jede Tonne zählt – in der Tat. Das Klima retten, das erfordert, dass jegliche Nutzung von fossilen Brennstoffen so bald wie möglich und vollständig beendet wird. Warum berechnen die Expert\*innen nicht die Emissionen, die auf die Produktion und den Verbrauch von unnützen oder schädlichen Dingen – wie der Rüstung – oder auf absurden Transport zurückgehen, was einzig der Maximierung der Gewinne der multinationalen Konzerne dient?

Eine Sofortmaßnahme zur Verminderung der Emissionen des internationalen Transports mit Flugzeugen und Schiffen müsste in der Einführung einer ständig ansteigenden Steuer auf den verbrauchten fossilen Brennstoff sein. Die Einnahmen aus dieser Steuer müsste über den „Green Climate Fund“ an die Länder des Globalen Südens umverteilt werden.

Jede Strategie, die ernsthaft darauf abzielt, dass die 1,5 °C Erwärmung nicht überschritten werden, macht es erforderlich, dass die unnützen oder schädlichen Produktionen mit Priorität beseitigt werden und dass Agrobusiness zugunsten von lokaler Agro-Ökologie aufgegeben wird (dadurch können enorme Quantitäten Kohlenstoff in den Böden gebunden werden, während zugleich gesunde Nahrungsmittel für alle geliefert werden können). Das bedeutet aber mit dem Gesetz des kapitalistischen Profits brechen.

*Fortsetzung Seite 63*